



Einzelnummer 10 Pfennig
Die Zeitungshändler und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ost Sachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Bergarbeiter / Der kommun. Genossenschaft

Abgabepreis: im Hause monatlich 2.20 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2.20 Reichsmark
(ohne Aufstellungsgebihr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-U. / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postleitzettel: Dresden Nr. 18690
Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr
Betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Abgabepreis: Die unregelmäßig gesetzte Sonntagsausgabe über deren Raum 0.25 R.M., zu Sonntagsanzeigen 0.20 R.M. für die Regelmässige anschließend an den dreisprachigen Teil einer Zeitung 1.20 R.M.
Umlauf-Umfrage wochentlich bis 9 Uhr vormittags in der Zeitung Dresden-U. Güterbahnhofstraße 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Süßen besteht
der Inhalt bestehet kein Bruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurücknahme des Abgabepreises

6. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 22. März 1930

Nummer 69

Die rote Offensive in Sachsen

Überall Vormarsch der roten Listen — Verweilte Verwirrungsmanöver der sozialfascistischen Presse
Antwortet mit verklärter Kraft, für den Sieg der roten Betriebsfront!

Dresden, den 22. März 1930.
In verzweifelter Gegenwehr gegenüber dem Vormarsch der roten Listen versucht die sozialdemokratische Presse Sachens die Erfolge der Opposition herabzuspielen und die Arbeiter zu verwirren. Wir stellen demgegenüber fest, dass im vorigen Jahr die Gesamtzahl der roten Listen in Ost Sachsen 7 betrug, währenddessen in diesem Jahr über 45 Listen der Opposition allein in Ost Sachsen um die Betriebsführung kämpfen. Die ersten getätigten Wahlen in Sachsen zeigen, dass dieser Kampf erfolgreich ist und dass er zu einem vollen Sieg der roten Betriebsfront werden wird, wenn alle klassenbewussten Arbeiter in diesen Tagen ihre ganze Kraft für den Sieg der roten Listen einsetzen. Vorwärts Genossen, tut eure Pflicht!

Ost Sachsische Wahlergebnisse

Gehlert & Kühne, Hohenau

Abgegebene Stimmen	191
Ungültige Stimmen	2
Opposition	110 4 Siege
SPD	79 3
Stimmberechtigte 213. Wahlbeteiligung 90 Prozent	
Vorjährige Wahl: Opposition 94 Stimmen, 4 Siege. SPD	
55 Stimmen, 3 Siege.	

Meurer AG, Cossebaude

Opposition 264 Stimmen und 5 Siege
Reformisten 211 Stimmen und 4 Siege
Abgegeben 475 Stimmen, davon 14 ungültig. Wahlberechtigt sind 587.

Gastwerk Dresden-Reick

Opposition 105 Stimmen und 2 Siege
Reformisten 273 Stimmen und 6 Siege
Christen 33 Stimmen.
Bisher überhaupt keinen oppositionellen Betriebsrat!

Chemische Fabrik Heyden, Radebeul

Opposition 143 Stimmen
Reformisten 583 Stimmen
Bisher überhaupt keinen oppositionellen Betriebsrat!

Rodstrohwerke Heidenau

Opposition 244 Stimmen und 4 Siege
Reformisten 410 Stimmen und 7 Siege

Bei Rodstroh trat die revolutionäre Opposition das erste Mal mit einer roten Liste auf. Der Erfolg für die revolutionäre Opposition ist offenkundig, wenn sie im ersten Anlauf über die Hälfte der sozialdemokratischen Stimmen erreichte.

Die bisher vorliegenden Ergebnisse der diesjährigen Betriebsrätewahlen in Sachsen sind ein Beweis des unaufhaltsamen Vormarsches der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Die Reformisten loben. In festen Lettern schreibt das Dresden sozialdemokratische Blatt, in dem die Lügen der Reformisten kolportiert werden, dass die revolutionäre Opposition zurückgehe, es fälscht vom „Auslos der kommunistischen Partei“. Aber, so muss doch jeder denkende Arbeiter fragen, weshalb ein solches Gescheit über Sterben? Dieses Rätsel ist sehr schnell gelöst, wenn die Tatsachen sprechen.

Bei Gehlert u. Kühne hatte die revolutionäre Gewerkschaftsopposition mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen, eine ganze Reihe oppositioneller Arbeiter wurde entlassen. Dennoch erhielt die Opposition 21 Stimmen und 1 Sieg mehr wie die Sozialdemokraten. Bei der Meurer AG in Cossebaude wurde das erste Mal eine rote Liste aufgestellt, und der Erfolg war durchschlagend. Trotz aller Anstrengungen der SPD, diesen Betrieb ist sich zu erobern, erhielt die revolutionäre Opposition 53 Stimmen mehr. Im Gastwerk Reick wurde ebenfalls das erste Mal eine rote Liste aufgestellt bei einer verhältnismäßig schwachen Veranerkung im Betrieb. Aber die Gastwerker haben nachdem der ehemalige Syndikalist Kirchner in die reformistischen Gewerkschaften einztrat, und obgleich er erst ein halbes Jahr Mitglied ist, schon in die Ortsverwaltung gewählt wurde, erkannt, dass nur die Anhänger der revolutionären Oppositon konsequent die Interessen der Belegschaft vertreten. Auf den ersten Blick, trug der verwegenen Lügen aus dem sozialfascistischen Lager, das ist schmerzlich für sie.

Auch das Ergebnis der Wahlen bei Heyden, Radebeul, ist ein bedeutender Fortschritt der revolutionären Opposition, die auch hier das erste Mal selbstständig mit einer roten Liste auftrat. Dabei war hier noch ein für klassenbewusste Arbeiter unzähliges Zurückweichen durch den Rückzug von zwei Kandidaten zu verzeichnen. Trotzdem erhielt die revolutionäre

Opposition 143 Stimmen. Und die Antwort der Reformisten? Sie haben schon den Ausschluss des roten Kandidaten aus der Gewerkschaft angekündigt, obgleich dieser Arbeiter bereits 26 Jahre Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes ist.

Gegenüber den Lügen der Sozialfascisten können wir jetztstellen, dass die revolutionäre Gewerkschaftsopposition energetisch vorrückt. Besonders der Fabrikarbeiterverband ist arg bedrängt, die Herren Grafe und Co. können fast gesagt sein fallen, ihr Geschrei wird über die Tatsachen nicht läuden. Der glänzende Erfolg bei Hoesch & Co. in Piesna und Heidenau war eine empirische Niederlage der Sozialfascisten. Das Ergebnis von Kraule & Baumann, Heidenau, 523 Stimmen für die rote Liste und nur 115 Stimmen für die Sozialfascisten, zeigt zweifelsohne von einer außerordentlichen Lebendigkeit und Leidenschaft der revolutionären Opposition. In den anderen Teilen Sachsen ist ein ebensolicher Vormarsch zuzeichnen. Bei Schubert & Salzer, Chemnitz, bei Höge, in den Zittauerland und anderen Betrieben marschierte die revolutionäre Opposition voran und erreichte teilweise besonders in größeren Betrieben die Mehrzahl der Stimmen. In den Preßhäusern, Zentraum, bei Dittich, Gehlert und Genossenschaftskomitee wurden nur rote Listen aufgestellt, die Arbeiter verzichteten überhaupt auf die sozialfascistischen Betrüger. In Leipzig erhielt die rote Liste 259 gegen 151 reformistische Stimmen. Auf dem Schlachthof Leipzig, wo das erste Mal eine rote Liste aufgestellt ist, wurden die Reformisten geschlagen.

Das Geschrei der „Linken“ SPD-Presse ist entlarvt als ein Mittel, die Arbeiter zu verwirren. Es wird nicht viel Zweck haben. Auch in den übrigen Betrieben, bei der Straßenbahn in Dresden, bei der NSB in Hirschfeld bei Seidel & Naumann, Dresden, werden trotz allem Geschrei der Reformisten die Arbeiter den bankrotten Betrügern eine Quittung geben, die belagt, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition marschiert vorwärts.

Noch stehen eine Reihe von Wahlen, vor allem in Großbetrieben Dresden bevor. Darum muss die Agitation für die roten Listen in den letzten Tagen verstärkt werden. Es gilt, die Arbeiter, einschließlich der sozialdemokratischen Arbeiter, von den sozialfascistischen Führern und den mit ihnen durch die und dünn gehenden Betriebskonsolidatoren zu lösen. Es gilt, den Weg frei zu machen für den Kampf um die Lebensförderungen der Arbeiterschaft. Darum wählt rote Listen!

Die Ruhrkumpels wählen rot!

In Gruben und Metallbetrieben — überall Vormarsch der Opposition!

Essen, 22. März (Eig. Drahtmeldung)

Gestern fanden die Wahlen des Betriebsrates auf Zeche Renommühle in Hamm statt. Diese rote Hochburg der revolutionären Gewerkschaftsopposition wurde durch den glänzenden Sieg bei dieser Wahl erneut verstärkt. Sie hatte folgendes Ergebnis: (Die Vergleichszahlen zeigen das Resultat der letzten Wahlen im Juli 1929) Gewerkschaftsopposition: 2205 Stimmen (2000), Reformisten 437 Stimmen (510), Christen 487 Stimmen (432).

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat also 205 Stimmen für ihren Betriebs-Einheitslisten gewonnen und damit mehr als eine 1/2 Mehrheit aller abgegebenen Stimmen erhalten. Der große Sieg der Opposition ist auf die aktive Mobilisierungskampagne auf dieser Zeche gegen die ungehinderten Wallenentschlüsse zurückzuführen.

Die „Linken“ als die „Büttel der Bourgeoisie“

Ihr neuestes Beitragsmanöver: „Sachsen nur Verwaltungsparlament“

Was der politischen Unterwerbungserziehung der Mittel- und Arbeiterklasse entgangen ist, ausgedehnte Wissenslosigkeit bezüglich Sozialstaat und Sozialkapital. Die Bourgeoisie zwölft Sozialstaaten und Sozialkapital, welche fast unverhinderbar ist, was nicht gelingt kein soll, doch in einem reinen Verwaltungsparlament wäre in Sachsen aber in den Gemeinden eine Zusammenarbeit unmöglich wäre.“ (Leipziger Volkszeitung vom 20. Februar 1930)

Dresden, den 22. März 1930.

Die Volkspartei als die führende Partei des deutschen Finanzkapitals vollführt den Youngplan brutal und offen. Das Finanzprogramm als die finanzielle Basis der Youngplanpolitik trägt ihren Willensstempel und die sozialdemokratische Koalitionspartei ist nur der Büttel und Vollzieher des bürgerlichen Klassenwillens. Natürlich bedeutet das für die SPD eine außerordentliche Belastung. Immer wieder wird ihre Arbeitsgeschäftsliste von Hass und Empörung gegen die verbrecherische Koalitionspolitik erfasst. Darum versucht sie, ihre Koalitions-politik in Formen zu kleiden, die ihre arbeiterfeindliche Rolle gegenüber den proletarischen Anhängern verschleiern soll. Die Form dieser Verschleierungspolitik ist unter anderem der Ausnahmeparagraph 18, die die Parteien der unmittelbaren und direkten parlamentarischen Verantwortung für die Verabschiedung der arbeiterfeindlichen Steuergefälle entzieht. Bereits kurz vor der Verabschiedung des Youngplanes stand schon einmal der Artikel 48 auf der Tagesordnung. Und es ist nicht ausgeschlossen, dass Hindenburg abermals den Ausnahmeparagraphen benutzen wird, um den gordischen Knoten zu lösen.

Die sächsischen „Linken“, die dem Druck der sozialdemokratischen Arbeiterschaft am meisten ausgesetzt sind, nehmen in ihrer neuesten Nummer ihres theoretischen Organs, dem „Klassenkampf“, vom 15. März dazu Stellung, in dem sie schreiben:

„... Die Tatsache, dass dieser Gedanke ganz ernsthaft von Zentrum und Demokraten diskutiert wird, charakterisiert trefflich die Nähe des faschistischen Regimes, das entsprechend der deutschen Eigenart auf hemmlich loslässt, ganz „geschicklich“ Wege eingeführt werden soll mit Hilfe der Sozialdemokratie, gegen die und deren Anhänger sich jetzt schon und später noch viel schlimmer die Herrschaft des Artikels 48 auswirken wird. Es ist ein Witz der Weltgeschichte, dass unter einer Regierung, die unter der Führung“ der Sozialdemokratie steht, die als stärkste Stütze des parlamentarisch-demokratischen Systems gilt, der nachdrücklichste Stoß gegen dieses System geführt werden soll, und das die sozialdemokratischen Minister nicht von vornherein mit allem Nachdruck und ganz eindeutig gegen

Essen, 21. März (Eig. Drahtmeldung)

Gestern fand hier die Betriebsrätewahl bei Krupp statt. Es wurden abgegeben an Stimmen:
Liste 1: Freie Gewerkschaften 7384 (7703)
Liste 2: Christliche Gewerkschaften 7361 (7032)
Liste 3: Gelbe 1679 (1684)
Liste 4: Christlich-Demokratische Gewerkschaft 204 (398)
Liste 5: Revolutionäre Ge. 3633 (3393)

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat in diesem Jahr 246 Stimmen gewonnen. Die Reformisten verloren 411 Stimmen; die Christen lohnen auf Grund ihrer Arbeitspartizipation in den Krupp-Betrieben im letzten Jahre handig ihre Anhänger hineinschieben. Sie gewannen dadurch 329 Stimmen. Im vergangenen Jahr wurden annähernd 4000 Gewerkschaftsmitglieder entlassen. Der größte Teil der Entlassenen waren Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Bei den Neubesetzungen wurden hauptsächlich Anhänger der Christen und Reformisten in den Betrieb geholt. Die Opposition hat also weit mehr als die offiziell 240 Stimmen aus den Reihen der Christen und Reformisten gewonnen. Der Opposition fehlten 60 Stimmen zum Gewinn eines Sieges.

den Geboten, das Parlament mit Hilfe des Artikels 48 auszuhalten, abstimmen.

Dann würde nicht wie die Frage, ob eine Regierung den Artikel 48 anwenden soll, die Frage, was sie mit dem Artikel 48 durchsetzen will. Wenn jetzt der Reichskanzler zusammen mit dem sozialdemokratischen Reichskanzler den Artikel 48 in Kraft setzt zu dem Zweck, um das für die Sozialfinanzprogramm der Regierung über den Kopf der Volksbefreiung hinweg durchzuführen, so würden die Sozialdemokraten in dieser Regierung des Ausnahmestandes nur die Säfte der Bourgeoisie sein, deren Autokratie gegen die Arbeiterschaft zu durchführen. Die Wirkung einer solchen Handlung müßte für die Partei und die Demokratie katastrophal sein."

Mögen also die „Linien“ die Herrschaft des Artikels 48 als eine Regierungsform bezeichnen, bei der die Sozialdemokratie der „Säfte der Bourgeoisie“ ist, so besteht doch dies noch mehr auf die unterschiedliche, offene Aktion mit der Volkspartei, wie sie gegenwärtig in der Reichsregierung zum Ausdruck kommt.

Welche Konsequenzen gehen aber die „Linien“ Sozialdemokraten in Sachsen aus dieser Tatsache? Ihr Koalitionsangebot an die Volkspartei in Sachsen bemüht es, ihre ehemalige reale Ablösung noch und noch trotz formeller sozialdemokratischer Haltung, ein übler Zweck. Der Bericht der „Leipziger Volkszeitung“, die Koalitionsbereitschaft der SPD damit zu rechtfertigen, daß es sich in Sachsen um ein

„Reichsvertragsparlament“ handelt, ist eine niedrigträchtige Zersetzung der Arbeiterschaft. Sie wird auch nicht dadurch bessert, daß die SPD-Dritte eine solche Anerkennung von der Volkspartei übernommen hat. Die KPD-Regierung verfügt genau wie die Reichsregierung über Gesetzgewalt. Sie entscheidet und verfügt über die Polizei- und Justizorgane, über den Sozialstaat, über die Mietvertragfrage u. a. Auch in Beuerfelder Hinsicht ist es im Rahmen der Reichsgesetzgebung weitgehende Vollmacht eingeräumt. Aber auf welches Steuerungsmaßdorfer müssen nicht für die „Linien“ verfallen, um ihren Regierungseintritt den erzielbaren Maßen plausibel zu machen.

Dort werden sie den Seizing und Räuber vor, daß jenseit des Artikels der Bourgeoisie“ sind. Hier in Sachsen können sie nicht die Zeit abwarten, um nicht nur in den Betrieben und Politikvereinen, sondern auch in der Regierung „Säfte der Bourgeoisie“ zu sein.

Das gilt es, den sozialdemokratischen Arbeitern durch uns klarzumachen. Die „Linien“ demagogischen Versprechen müssen vom uns nichts ausgedeutet werden. Die Erklärung der „Linien“ Räuber muss einbrechen mit der Organisierung der revolutionären Einheitsfront in den Betrieben, Eisenbahnen und Wohnungsbauunternehmen. Sie muss zum Auftakt kommen bei den Betriebssozialversammlungen, wo die Kirche durch die Zahl ihrer über zehntausender Söhne anzuzeigen, ob sie gegen oder für die Große Sozialistische Republik.

Das Kommando der Volkspartei

Mannheimer Parteitag der DDP gegen jedes Zugeständnis an die SPD

Berlin, 22. März. (Eig. Drabtmeldung) Gehört erst in Mannheim der sogenannte Zentralausschuß der Deutschen Volkspartei zusammen. Das Reiteramt Reichsfinanzminister a. D. Dr. Scholtz, an der Diskussion beteiligte sich auch Reichsfinanzminister Dr. Möller und Bauer. Gegenüber bestreitet er das Ergebnis der Ausprache über die Finanz- und Steuerfragen von großer Bedeutung.

Auch Witterung der nationalsozialistischen Korrespondenten wurde beschlossen, daß eine weitere Entwicklung des Wirtschafts durch Steuererhöhung für das Großkapital unabdingbar erforderlich ist.

Die Steuererhöhung soll unbedingt auf eine Bestrafung der ökonomischen Ausgaben, also auf die sozialdemokratische Ausgaben für soziale Zwecke, für Volksschule, für die Arbeit der Organisationen der Arbeiterschaft konzentriert werden.

Die Deutsche Volkspartei betrachtet weiter in diesem Rahmen eben Bambesprognose und jede Unterstützung, ohne gleichzeitig die eigene Sache nach vorne zu bringen. Da sie selbst darüber will, daß die Deutsche Volkspartei auf Durchbruch eines sozialdemokratischen oder feiner Koalitionen verzweigt ist, so kann sie keine Worte des katholischen Frieds auf die aktivierte Rüstungsproduktion und die Herrschaft des Industriekapitals gerichtet und mit der deutschnationalen Firma Henkersberg und in Thüringen mit Hitler die Ressortpolitik durchführen.

In einer Entschließung wurden ausdrücklich die Verhandlungen der Reichsregierung und des Reichsgerichts vom 2. März gekündigt. Darauf wurde das oben erwähnte Abkommen vom 1. März erkennbar in aller Klarheit formuliert. Der letzte Schluß der Volkspartei ist jetzt ein Befehl an die Sozialdemokratie, bestimmt und noch konzentriert als bisher unter Gewalt, durchzuführen. Daß die Partei Seevering aus dem Frieden nicht aus ihrem ganzen Verstecken im Rücken hat, ist bei Kenntnis davon klar.

Drahtbünden der Volkspartei

In Thüringen Fried — in Sachsen Edel

Der Rückzug Seeverings wird erst vollständig klar, wenn man bei den Kommentaren der höchlichen SPD-Politie aus den letzten Tagen erkennt. Da mußte es nur so Fried, der Hochverrät. Fried muß sofort verschwinden. Der Reichsminister muß Wallage wegen Hochverrat erheben. Nichts ist

davon übrig zu klären, Herr Seevering verbündet mit dem Hochverrät. Zu einer Reichsbannewerksversammlung in Weimar, wo er Sonntag sprechen sollte, hat er sein Gesicht abgelegt.

Die Volkspartei will mit ihrem Drabtmessen umzugehen. Im Reichstag unterstellt ihre Kritik hier, Herrn Seevering, im Thüringer Landtag erklärt die Volkspartei ihre Verbündeten mit Fried. Das drückt für ihr gegenwärtiges Verhalten in einem und allem die Bedeutung der sozialen National- oder Sozialdemokratie als Führungspartie des Bourgeoisie-Kampfes gegen die Arbeiterschaft auf. Entsprechend ihrer Sicht wird jedem Kontakt auf die Straßen werden, so von der Bourgeoisie der Regierungspartei herunter bis auf Arbeitern in die Main- und Elbe.

Die sozialdemokratische Dritte kann natürlich über viele sozialdemokratische Parteien der Volkspartei nicht vollständig hinwegsehen. Die DDP ist die SPD, die KPD ist die KPD.

Das ist ein sehr kluger Plan, der noch kein so offener, doch bereits gegen die Rüstungsindustrie im Jahre 1932 durchgesetztes Bündnis zwischen Kämpfern eines sozialen Kampfes gegen einen kapitalistischen Aufstand. Den einen Widerstand, wie die DDP gegen die Volkspartei, keinen kleinen Bruder und den anderen, den KPD, ebenfalls schlafige Bündnisse gegen die Bourgeoisie Friede zu verhindern, doch er nicht nach der Rüstungskampf gegen die Bourgeoisie zu verhindern.

Die DDP ist ein sozialer Bündnis, das mit dem sozialdemokratischen Kämpfer Friede zu machen will, um nicht die Volkspartei zu töten, wie es durch die sozialdemokratische Kämpfer Friede zu machen will, um nicht die KPD zu töten. Es ist ein sozialer Aufstand. Den einen Widerstand, wie die DDP gegen die Volkspartei, keinen kleinen Bruder und den anderen, den KPD, ebenfalls schlafige Bündnisse gegen die Bourgeoisie Friede zu verhindern, doch er nicht nach der Rüstungskampf gegen die Bourgeoisie zu verhindern.

Das alles beweist die ehrliche Sozialdemokratie nicht, ihr Koalitionsangebot an die „Werbefrei“-Rüstungsindustrie aufzufordern. Ihre Empfehlung ist in Wahrheit der Friedenskrieg, um die Große Sozialistische Republik auf die Volkspartei die „Linien“ endlich erhöhen.

Geberings Rückzug vor Fried

Sein Ministerialrat verhandelt mit dem „Hochverräter von Thüringen“

Berlin, 22. März. (Eigene Drabtmeldung) Der Streitpunkt zwischen Seevering und dem nationalsozialistischen thüringischen Innenminister Fried hat die Wendung genommen, die wir vorausgaggt haben. Man erinnerte sich, model Seevering vor Fried kapitulierte. Herr Seevering rückte gestern an das thüringische Arbeitsschutzzentrum ein Schreiben, in dem der Vorstand der thüringischen sozialdemokratischen Regierung Untersuchungen vorzunehmen, aufgefordert und angenommen wird. Der Ministerialdirektor Scholz wird zum Untersuchungsrichter in Thüringen ernannt.

Was die Geldüberweisungen anbetrifft, so erklärte Seevering großväterig, daß für das laufende Etatjahr Zahlungen nicht mehr geleistet werden können. Dies Gesetz ist um so grotesker, als das laufende Etatjahr noch ganze 8 Tage währt und überdies die thüringische Regierung lärmliche Polizeigelder bereits im voraus bekommen hat. Was noch aussieht, sind lediglich einige tausend Mark für den Kultur- und Bildungsfonds. Daß der Sozialdemokrat Seevering vom 1. April wieder mit den ihm zur Verfügung stehenden Geldern die Fried-Regierung unterstützen will, darüber läßt er keinen Zweifel. Er macht es nur von der Untersuchung abhängig, deren Ergebnis ich jeder denken kann.

Drei Tage hat die Komödie zwischen Fried und Seevering gedauert, und beide können sich beide Seiten vorstellen und sagen: Seht mal, wie wir gegen die Reichsregierung bzw. gegen die Nationalsozialisten kämpfen!

Es könnte aber sein, daß die Proleten sie jetzt fragen: Heute ist nicht beide, sowohl Fried wie Seevering, die Polizei gegen die kläglichen Arbeitnehmer? Hat nicht Seevering den Roten Frontkämpfern und die Jungen Antifaschisten aufgelöst und damit praktisch das Spiel des Fried erleichtert? Sündigen nicht beide, Fried wie Seevering, einem politischen Prinzip auf Ausbildung der Gemeindeleibverbewaltung und der Steuereinführung von den Proletariern, wodurch die Erfüllung des Youngplanes erst möglich wird?

Das Duell der ministeriellen Schmierenkommandanten mit ungeschicklichen Theaternotizen ist aus. Jetzt beginnt der proletarische Kampf, und mit eindrucksvollen Herrn Seevering sowohl wie Herrn Fried, dieser Kampf wird mit unerhöhter Härte geführt werden. Unsere Thüringer Genossen werden Punkt für Punkt die Arbeitsergebnisse der nationalsozialistischen Polizei nachweisen und gegen das Regiment des Rüstungskriegs Fried mit demselben Elan operieren, wie die revolutionäre Arbeiterschaft in

ganzem Reich gegen die Gefährlichkeit der Seevering und Hermann Müller.

Verboten — der Opfer des Kapp-Putsches zu bedenken

Eben, 22. März. (Eig. Drabtmeldung)

Das Eßener Polizeipräsidium hat die für heute 17 Uhr angekündigte Massenkundgebung an den Gründern der proletarischen Kapp-Putsch-Opfer auf dem Friedhof verboten.

Roter Sieg auf Anilin

Halle, 22. März. (Eig. Drabtmeldung)

In dem bedeutenden Werk der 15-Jahrigen Jubiläums-Ausgabe ist bei Bitterfeld errang die revolutionäre Gewerkschaftsopposition einen schönen Erfolg. Bei der Betriebswahl erhielt die Opposition 869, die Reformierten 837 Stimmen, 57 Stimmen waren ungültig. Die Opposition erhält 7, die Reformierten 6 Sitze im Arbeiterrat. Bisher standen nur 3 Oppositionelle 9 Reformierte gegenüber.

Dieses Ergebnis ist auch im Kampf gegen den Brandkrieg errungen worden. Erst vor ganz wenigen Tagen wurde auf Beschluss der gesamten Belegschaftsversammlung der bisherige kommunistische Spartenkandidat aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Er war unter dem Einfluß des Brandkriegs und der Reformierten von der oppositionellen Linie zurückgetreten. Aber auch dieser Verrat konnte die Reformierten vor dieser bedeutenden Siebelage nicht bewahren.

Eben, 22. März. (Eig. Drabtmeldung)

Die am Donnerstag und Freitag stattgefundenen Betriebsratswahlen der Klöcknerzeche Victor 3/4 in Ruhpolding brachten folgenden ersten Durchbruch der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Opposition 1498 Stimmen, Reformierten 736 Stimmen, Gelbe 106 Stimmen. Auf dieser Zeile hat es bisher keinen einzigen Genossen im Betriebsrat gegeben, auch noch nicht auf einer gewerkschaftlichen Linie. Die Betriebsverwaltung hatte alle aufgestellten oppositionellen Kandidaten gefündigt. Die Opposition eroberte 1 Mandate.

509 neue Mitglieder für die KPD Sachsen

Die jährlichen Arbeitnehmer animierten auf das Zuchthausgefecht durch Masseneintritt in die KPD

Wie am 19. März traten, wie aus dem Bezirkssekretariat der KPD gewußt wird, 509 neue Mitglieder der Partei in diesem Monat bei.

Dieser Masseneintritt der Arbeitnehmer in die Partei der Revolution ist eine Katastrophe auf den Youngbauern in Deutschland, wie sie dieser nicht kennt. Sie ist die Erkenntnis der Arbeitnehmer, daß die Lösung der Kommunistischen Partei Deutschlands zur proletarischen Revolution erreicht den Youngplan“ richtig ist, ziemlich wichtig. Die neuen Parteimitglieder, Arbeiter und Arbeitnehmer, sind in die Kommunistische Partei eingetreten, um die proletarische Revolution zu organisieren. Eine Übersicht über die täglichen Beiträge zeigt folgendes Bild:

Am 17. März traten 30, am 18. März 26, am 19. März 38, am 20. März 38 und am 21. März 55 Mitglieder in die Kommunistische Partei ein.

Selbstverständlich für die Werbetätigkeiten ist die starke Zunahme von Mitgliedern und Zeitungsleuten in den kleinen und mittleren Ortsgruppen. In den großen Orten und Städten in den Betrieben ist die Werbetätigkeit umgenügend. Die Hochburg der proletarischen Revolution ist der Youngplan“ richtig ist, ziemlich wichtig. Die neuen Parteimitglieder, Arbeiter und Arbeitnehmer, sind in die Kommunistische Partei eingetreten, um die proletarische Revolution zu organisieren. Eine Übersicht über die täglichen Beiträge zeigt folgendes Bild:

Am 17. März traten 30, am 18. März 26, am 19. März 38, am 20. März 38 und am 21. März 55 Mitglieder in die Kommunistische Partei ein.

Rot-Front-Demonstration gegen Republikfluchtkauf

Dresden, den 21. März

Gehör demonstrierten in Dresden-Löbtau 100 uniformierte Rotfrontkämpfer gegen das Zuchthausgefecht. Begleitete Rotfrontkämpfer der Werke von Löbtau begrüßten die führen Soldaten der Revolution. Diese Demonstration zeigt, daß sich Herr Seevering und seine Auftraggeber irren, wenn sie glauben, daß revolutionäre Arbeitnehmer das Verbot ihrer Organisation durch die Treibhauseigene und ihre Freunde respektieren. Die Dresden Roten Frontkämpfer marschierten trotz Seevering, trotz Rühs. Der geistige Aufmarsch ist Beweis dafür, daß die revolutionären Arbeitnehmer allen Widerstand zum Trotz vorwärts marschieren.

Landarbeiter wählen rote Guteräte

Bei den Landarbeitern bis aufs Blut neiniert, von den Stadtbeamten und Beamten geschürt und von den Bonzen des Landwirtschaftsministeriums in die Gutsbesitzer verwandt und verführt, trafen die Landarbeiter allen ihren Feinden. Im Kreis Meißenberg, in der „Stadt“ Stern“ in Halberstadt, Rittergut Weißbach, in der „Stadt“ Domäne Gröningen, in Domäne und Rittergut Weißbach, Domäne und eine ganze Reihe anderer Güter haben die Landarbeiter bei dem DDP-grammophon-Gesang reformiert und den Liedern der KPD-Solidarität.

Wer die Lied der Landarbeiter hört und weiß, welche Lieder es gibt, wie z. B. „als revolutionär zu zeigen, wer sie ist, doch die revolutionären Landarbeiter nicht nur aus der Arbeit, sondern auch aus der Wohnung gewissmachen werden, der muß alle Rücksicht auf diese Arbeitnehmer haben, die allen Gegnern zum Trotz treiben um Güter zu erlangen.“

Um diesen mutigen Landarbeitern können sich auch Redakteure ein Bildspiel nehmen.

Schloßhof Leipzig

Bei den gestern stattgefundenen Betriebsratswahlen auf dem Schloßhof Leipzig erhielt die rote Liste 119 Stimmen und 4 Sätze, die Reformierten 84 Stimmen und 3 Sätze.

Der Dolmetsch

Plauehain, 22. März. (Eig. Drabtmeldung)

Der Sieg der Belegschaft der Betriebsräte ist durch eine läudliche Vereinbarung des reformistischen Betriebsrats und des Gewerkschaftsbürokrates mit der Direktion abgewendet. Demnach soll die Arbeit zu den Bedingungen des Scholz-Abmachtes wieder angenommen werden. Es sollen nur die Bildungsstunden einziger Überlebenden um etwa 30 Prozent erhöht werden. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition stellt sich gegen diese Vereinbarung. Dem verfeindeten Begriff des Betriebsrats und des Gewerkschaftsbürokrates gelang es jedoch, die Belegschaft zur Wideraufnahme der Arbeit zu bewegen.

Begleitete Durchführung der Saatcampagne in der Sowjetunion

Die „Promda“ vom 16. März zeigte mit, daß nun auch im Osteuropäer-Bauern in einigen Regionen die Saatcampagne begonnen hat. 150 Maschinen-Traktoren-Stationen arbeiten bereits intensiv. Am unteren Don werden täglich 300 Sowjetische Saatgetreide ausgetragen. In Rostock und an der mittleren Wolga hat ebenfalls die Saatcampagne einen guten Anfang genommen. Im Uralomwinkel Bezirk wurde vor Beginn der Auslast ein Rosting veranstaltet. Mit dem Beginn der „Internationale“ wurde auf den Feldern die Auslast begonnen. Auf der Sowjetwirtschaft „Giant“ arbeiten 25 Traktorenkolonnen, die in 4 Tagen 45.000 Hektar Acker bearbeiten werden. Aus Amerika und mit dem Dampfer „Weiting“ 750 schwere Traktoren in Odessa angelangt, die zur Saatcampagne auf Sowjetwirtschaften und in den Maschinen-Traktoren-Stationen Verwendung finden.

Witterungsausichten. Keine wesentliche Veränderung des Witterungscharakters der letzten Tage. Wollt bis heißer, ohne erhebliche oder längere dauernde Niederschläge. Temperaturdehnung wenig geändert. Taglicher im Flachland mild schwüle bis mögliche Winde aus südlichen bis westlichen Richtungen.

Warum kam ich zur KPD?

SPD-Redakteur u. früheres Mitglied der georgischen menschewistischen Partei

Darüber spricht am Dienstag, dem 25. März, 20 Uhr, im „Reichsbanner“ der ehemalige Unkostenbeitrag 20 Pt. Erwerbslose 10 Pt.

Herr Rösch:
Ministergehälter werden erhöht

Von Kasimir Sublimer

Es ist kein Geheimnis mehr, dass die Gehälter der Ministerialen und Beamten der Republik Deutschland erhöht werden. Das ist eine Tatsache, die sich nicht versteckt halten kann.

Weil's den Ministern elend geht,
hat man jetzt ihr Gehalt erhöht,
Und zwar, wie sich's gehört, recht willig...
Müller hat handelszwangsvolle Mille.

Weil Hermann uns bepanzt steigt,
Kriegt er pro Tag dreihundertdreißig
Reichsmark bar zu den Tisch gehau'n...
Ja, lohnend ist das Kreuzerbau'n!

Und wie bei ihm, ja ill's bei allen:
Ob sie sich richtig umsehn, fallen —
Ob bürgerlich, ob通俗地 —
Jehauende ins Portemonnaie.

Da wird bei Kavia und Gelt
Auf Brunkantetten rumgeschleift
Für Deutschlands Wiederauferstehung
Und lohnende Gehaltserhöhung.

Jedes drehn hungrende Proleten
Den Gasbahn auf, um sich zu töten —
Minister Klippern, hauchgeschwollt,
Mit ihrem Geld... mit unserm Geld...
So knurreich ist es auf der Welt!

Liebespaar begeht Selbstmord

Um Mittwochabend in der fünften Stunde wurde die Sanitätsabteilung der Feuerwehr nach einer Wohnung auf der Johanna-Meyer-Straße gerufen, wo eine 17jährige Hausmutter und ein 19jähriger Maurer gesuchsfrei aufgefunden wurden. Beider Überlebensversuche blieben ohne Erfolg. Die beiden jungen Leute sind, nach bürgerlichen Bestattungen aus bestimmt in den Tod gegangen.

Wer hat, dem wird gegeben

Welcher Herrsch in Dresden. Wer mit 7, 10 oder 12 RM Erwerbslosenunterstützung Arbeitsservice erzielt, ohne sie dem Arbeitsamt zu melden, ist nach dem „Gesetz“ ein Betrüger und muss ins Gefängnis. Wer aber mit monatlich 250 RM Pension täglich 1,50 RM Arbeitserdienst erzielt, hat schief auf Grund der heutigen „Ordnung“ erhöhte Bedürfnisse. Derselbe kommt auch unter Polizeivizepräsident o. D. Müller, mit seiner Pension nicht aus und muss im Parkhotel die Eintrittskarten abziehen. Scheinbar ist unter den 60 000 Dresdner Erwerbslosen keiner, der diese Tätigkeit ausüben kann. DR 878.

Ein Kindergarten von einem Pferdegesicht ungeraut. Um der Straßenkreuzung Löbtauer Ecke Tharandter Straße ereignete sich in den Mittagshunden am Freitag ein bedauerlicher Unfall. Die Kinder eines Kindergartens und der Kutscher verlor die Gewalt über das Pferd, so dass dieses auf den Kindern geriet und dort einen Kindermagen umwarf. Das darin befindliche Kind muhte infolge seiner Verletzungen in das Krankenhaus gebracht werden.

Autobrand. Am Freitag gegen 12 Uhr brannte auf dem Autobahnplatz ein zweifaches Automobil. Das Feuer vernichtete den Wagen bis auf das Unterfahrtstück.

Vom Leichhaus. Die im Juli 1929 aufgenommenen, im Oktober 1929 fällig gewesenen Wanddarlehen sind bis 2. April 1930 zurückzuzahlen oder zu verlängern, andernfalls die Pfänder vom 14. April an verstiegen werden.

Die österreichische genossenschaftliche Propaganda-Revue kommt nach Dresden

Vom Sekretariat des Konsumvereins „Normärts“ wird uns geschrieben: Die österreichischen Genossenschaften stellen den österreichischen Dienst genossenschaftlicher Propaganda. Nicht nur das Wort, das den Wert und die Bedeutung der Genossenschaften darstellt, nicht nur das Bild, das die Leistungen der Genossenschaften zeigt, soll nun werden, sondern ein Spiel, das gewirbelt und bunt um die Welt führt, um die Welt der Genossenschaft. Am 22. März kommt diese Revue, die in Österreich zahllose Male aufgeführt worden ist, nach Sachsen. Sie kommt, wie sie ist, mit Kind und Regel, d. h. mit Dekorationen und Lautsprecheranlagen, mit Scheinwerferbatterien und Rollbühnen, mit Tanzierinnen und Darstellern. Dr. Denk, Hans Gregor und Rudolf Anetel sind die drei Hauptdarsteller des Spiels, bewährte Schauspieler. Gisela Geert, eine bekannte Wiener Tanzmeisterin, hat die Tänze einstudiert; Maria Lenz sang drei Solonummern; ein ganzes, großes, farbiges Theater ist diese Revue.

„Marxist“ Dr. Ebert als „Arbeiterfreund“

Ein handelskritisches Urteilsspruch des Arbeitsgerichts / Die Glashölle liegt über den Arbeiterrat — vor einem sozialdemokratischen Arbeitsrichter

Die Aktiengesellschaft für Glasindustrie norm-Siemens (im Volkswund als Glashölle Löbtau bekannt) ist das jüngste Unternehmen einsteils bei der Auspionierung ihrer Arbeiterschaft, andernteils aber auch bei der Missachtung der gewählten Arbeiterräte. Reformistische Arbeiterräte können die Unternehmer in der Durchführung ihrer weitreichenden Maßnahmen nicht — anders aber zögernd — unterstützen. Diese unzählig zu machen, ist das Hauptziel der Direktion der Glashölle. Und dazu gibt es genügend reaktionäre Maßnahmen. Die beliebteste und durchschlagendste Methode hierzu ist die Teilstilllegung eines Betriebes.

Auf diese einstige und ebenso das gesteckte Ziel (Stolzlösung) von aufrechten Arbeiterräten zu erreichen! Hierzu nun möchten der Scharfmacher Dr. Boden und der Oberarbeitermeister des Glasindustrieverbandes, Dr. Hirsch und der Oberarbeitermeister des Glashandel (siehe Bild). Gebraucht. Sie könnten auch gar nicht den Tag des Herauslösens des oppositionellen Betriebsrates, des Kons. Magistr. erwarten, und benötigten beim Gewerbeaufsichtsam die gesetzliche vierjährige Sperrfrist, auf 14 Tage zu verkürzen! Der Scharfmacher des Glasindustrieverbandes, Dr. Hirsch, rief sie aber hinterunter. Aber am 26. Februar sagten dann prompt 30 Kochmacher (Diese Abteilung wurde stillgelegt.) Da aber Ge-



Der Scharfmacher des Glasindustrieverbandes, Dr. Hirsch.

Arbeiterstimme

Nr. 69

6. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Statistik des Glends in Dresden

Der Fleischverbrauch sinkt hart, aber der Verkauf an Kraftfahrzeugen wächst
(Von unserem HS-Arbeiterkorrespondenten)

Die Bereitstellung breiter proletarischer Bewaffnungsrichtungen folgen die Zahlen des Statistischen Amtes der Stadt Dresden, die in den Berichten „Dresdner Statistik“ enthalten sind. Wie sich die Arbeitslosigkeit auswirkt, wird erstaunlich, wenn man die Beförderungsziffer bei der Straßenbahn vom Januar 1929 mit der im Januar 1930 vergleicht. Befördert wurden:

Januar 1929 20 351 000 Personen.
Januar 1930 18 300 000 Personen.

Also ein starker Rückgang an beförderten Personen, der auch nicht im entferntesten weitmehr wird durch das etwas angestiegene Beförderungsziffer bei den Automobilen ausgelöscht, wo befördert wurden:

Januar 1929 1 183 000 Personen.
Januar 1930 1 196 000 Personen.

Bei dem Eisenbahnbahnhof zeigt sich das gleiche Bild des starken Rückganges. Im Stadtgebiet wurden an Fahrtorten verlastet:

im Januar 1929 640 000
im Januar 1930 604 000

Dass es einer Schicht von Leuten, der Schicht der Besitzenden, besser und besser geht, zeigt die Zunahme an Personenstrafwagen, von denen vorhanden waren:

im Januar 1929 7472
im Januar 1930 9421

Das ist einer Schicht von Leuten, der Schicht der Besitzenden, besser und besser geht, zeigt die Zunahme an Personenstrafwagen, von denen vorhanden waren:

im Januar 1929 waren es 42 476
im Januar 1930 waren es 62 050

Ein- und Auszahlungen bei der Sparkasse spiegeln ebenfalls die Größe der Wirtschaftskrise wider

Einzahlungen:
Januar 1929 4 114 126 RM
Januar 1930 3 283 618 RM
Zuszahlungen:
Januar 1929 1 616 882 RM
Januar 1930 2 667 308 RM

Die immer wachsende Zahl der Ausgebauteiten in der Erwerbslosenversicherung zeigt sich in der steigenden Zahl der vom Fürsorgeamt unterschätzten Erwerbslosen:

im Januar 1929 1228
im Januar 1930 5426

Wie gering der Betrag ist, der auf den Einzelnen kommt, wird nicht verraten. Und wie viele mag es geben, die überhaupt nichts bekommen? Das Elend und die Not derjenigen, die die Handstrafen bevölkern, ist ebenfalls im Steigen. Immer größer wird ihre Armee. Das Obdachlosenstädt war belegt:

im Januar 1929 von 5028 Männern,
im Januar 1930 von 7174 Männern.

Um Karsten kommen aber die Not und die außerordentlichen Belastungen in dem Rückgang an Schlachtungen zum Ausdruck. Mit den Besitzernden bedeutet eben Arbeitslosigkeit in dieser kapitalistischen „Ordnung“ tatsächlich: Kleinen eingeschnallten, hungrigen.

Schlachtungen v. Rindern, Kalbern, Schweinen, Schafen, Ziegen

Januar 1929 3000 7200 12 573 2311 11

Januar 1930 2937 6138 11 087 2374 11

Diese wenigen Zahlen zeigen die wachsende wirtschaftliche Verschwendungen des Proletariats. Wehr auch organisiert den Kampf! Der nächste Schlag:

Wahl roter Betriebsräte!**Gashahn, Strich und Sprung ins Wasser**

Find kein Ausweg aus dem Glend! — Kampf gegen Bereitstellung hilft: Wahl roter Betriebsräte!

In der Nachtmeldung am Freitag gegen 1.25 Uhr wurde in der Polizeiinspektion am Sachsenplatz eine Abteilung mit Einschiffern und Augenvisierpistolen der 16 Jahre alten Gruppe Bertha Kellner von der Abteilung. 35 Männer waren die Teilnahme zur Polizei auf der Überbrücke gefunden und von den unbekannten Tätern sehr schrecklich behandelt. Sie waren von der Gruppe in die Höhe gezogen und, wie es scheint, in einer Schrankenwelt gegen 1. Uhr getötet, was es nicht in ihrer Wohnung konnten. Sie wurde aus bisher nicht angegebenen Gründen des Vorwurfs auf der Überbrücke werden und Wissung nach dem Kriminalamt, Nummer 122, geben.

Vor einigen Wochen konnte man in den bürgerlichen Zeitungen in einer prominenten Rolle lesen, daß 1928 in Deutschland 16 000 Menschen durch Selbstmord starben, aber darüber geht die Bürgerpreise ohne Anstoß hinweg. Es handelt sich in Wirklichkeit nur um 16 000 Proletarier, die sich durch ihren Tod sogar noch „um's Vaterland verdient gemacht haben“. 16 000 Menschen weniger müssen vom Staat unterstützt werden. Und schließlich wäre man gegrunzt, manch zu sagen, was kein gutes Bild auf die gottgewollte Ordnung, in der sich die Schreiber der Bürgerpreise sehr wohl fühlen, werken könnte.

Ein großer Teil all dieser Selbstmörder sind Kleingewerbetreibende, Handwerkmeister und Geschäftsfreunde, die durch die Konzentration des Kapitals und Wirtschaftskrisen mittelmäßig zusammenbrechen, wenn sie nicht den Weg des Verbrechers gehen, oder nicht stark genug sind, sich ins Klassenbewusste Proletariat einzureihen, greifen sie zum Gashahn oder Fenster. Ein ebenso großer Teil der Selbstmörder kommt direkt aus dem Proletariat. Jahreslange Erwerbslosigkeit, mangelnde Unterstützung und damit verbundene Zerrüttung der familiären Verhältnisse treiben unzählige Männer, Frauen und auch Jugendliche in den Tod. Ein dritter und wichtiger Grund ist auch die Geschlechternot im Proletariat, sowie der Schandpatentparagraph 212.

16 000 Selbstmörder im Jahre 1928. Neben das Jahr 1929 liegen noch keine Statistiken vor, die Zahl wird aber sicher noch größer sein. Inzwischen ist auch das Jahr 1930 herangefommen. Das Lebensniveau der Arbeiter wird weiter fallen und die Zahl der Selbstmorde wird steigen. Aber keine Angst: auch des Klassenbewusstsein des gesamten arbeitenden Volkes wächst und der Tag der endgültigen Abrechnung mit den Verantwortlichen für die unzähligen Selbstmorde wird nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen. Dann werden wir die Bilanz aus der Selbstmordstatistik ziehen. Die Vorbereitung dazu sind die Betriebsräte.

Kämpft gegen Not und Elend durch Wahl roter Betriebsräte!

Hundsfötische Verleumder in der Volkszeitung

geben „Eigenberichte“ an den Lügner-Vorwärts, die nicht den Tatsachen entsprechen
Fälschermethoden der sozialfascistischen Presse gegen die KPD

Die Presse der sozialfascistischen Partei verteilt den Beifall der kapitalistischen Ausbeutung. Sie tut es raffiniert aber mit den erbärmlichen Methoden des Bürgertums, gegen die die sozialdemokratische Bewegung vor der Jahrhundertwende einen zähnen und erbitterten Kampf geführt hat. Die Sozialfascisten haben von ihren früheren Feinden viel gelernt. Sie haben das Lügen gelernt und beherrschen die Methode besser

als die, bei denen sie in Schule gingen. So schreibt der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialfascisten, in seiner Ausgabe vom Donnerstag unter den jetzigen Überschriften „RFB-Tatik: Kommunisten verschwinden — Mittäler erhalten Heile“ folgende Gemeinnützige, die den Krieg stellen darf, was sich die sozialfascistische Journaile am Lügen bis jetzt aus den Fingern gelogen hat:

Dresden, 19. März (Eigenbericht)

Die Hälfte der bei den jüngsten Dresdner Unruhen verhafteten Personen sind nach den Feststellungen der Polizei Leute, die schon wegen gemeiner Verbrechen oder Vergehen vorbestraft sind. Bekannte Kommunisten wurden auch bei den Dresdner Unruhen von der Polizei nicht gefasst. Die Tat findet keine Lösung durch eine Mitteilung der „Dresdner Volkszeitung“, nach der sich der 28 Jahre alte kommunistische Funktionär Oskar Hennig, der zweimal zu Kurzen in Russland weilte, wie folgt geäußert hat: „Den unteren Leuten geht es nicht gut.“ Durch die Polizei ist dies nicht geschehen. Durch ein Rundschreiben der Partei ist allen Mitgliedern der RFB befohlen, sich bei Zusammenstößen mit der Polizei sofort aus dem Raum zu entfernen und zu verschwinden.“ Als Opfer der RFB-Tatik sind also die unorganisierten Erwerbslosen von der kommunistischen Führung ausgeschieden.“

Kein Mensch wird beim Nachlesen der Dresdner Volkszeitung eine solche Mitteilung in ihren Spalten entdecken. Es ist aber damit bewiesen, daß die Volkszeitung von sich aus Meliorungen an den Vorwärts gibt, die selbst abzudecken sie sich nicht wagt, weil sie mit den Verhältnissen vertrauten Dresdner Arbeitern den Schwindel sofort erkennen würden. Wie hängen die erbärmlichen Methoden der hundsfötischen Verleumder in der Dresdner Volkszeitung hiermit niedriger. Die Arbeiters werden erkennen, daß sie sich an dem erbärmlichen Eigenorgan Dresdner Volkszeitung die Finger schmutzig machen! Sie werden die Volkszeitung aus ihren Wohnung wischen und dafür die Arbeitersstimme abstimmen; denn nur diese vertritt ernsthaft den Freiheitkampf der Arbeitersklasse, den die KPD längst vergessen und fortwährend verraten hat.

Wollen Sie in der schweren Zeit sparen? Die Frage wird von allen Hausfrauen sicherlich mit ja beantwortet; es fehlt ihnen aber nur der Wegweiser. Auflösbarkeit der Seite im Freien, größte Schonung der Wölfe durch Ruminatio. Ergänzung ihres Haushaltstandes durch die aufgedruckten Wertmaßen. Das ist Sparmaß!

Textilproleten wählen nur rote Betriebsräte

Warum schweigt die Textilarbeiterverbandsbürokratie?

Von Herbert Wehner, Dresden

Am 2. März tagte in Altenburg der Verrat des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Er beschäftigte sich unter anderem auch mit der Lohnfrage. In dem Bericht des "Textilarbeiter" von dieser Tagung, der sich lang und breit über Abhandlungen über das Berufsausbildungsgesetz beschäftigt, sind der Lohnfrage folgende Zeilen gewidmet:

"Teinhalo, Berlin, berichtete noch über „die gegenwärtige lohnpolitische Lage“. Der Verrat beschloß, im Sinne der Ausführungen des Kollegen Teinhals zu handeln."

Das ist alles, was die Verbandsbürokratie für die Mitglieder übrig hat. Nicht ein Wort verriet sie zur Mobilisierung, nicht eine Zeile denkt sie zur Darlegung der elenden Lage der Textilarbeiterheit. Dabei läuft der Tarif in der jährlichen Textilindustrie ab, und bis heute wissen selbst die Mitglieder des DTB noch nicht, was werden soll. Es wird ihnen nur immer klarer, daß an der Spitze ihres Verbandes Saboteure der Arbeiterbewegung stehen, die ihre ganze Kraft zur Verschwörung der hungernenden und fordernden Arbeiter verwenden.

Vor wenigen Wochen wurde ein Schiedsspruch für die württembergische Textilindustrie gefällt, der die 80-Stunden-Woche als Möglichteit vorsieht. Angesichts der riesigen Erwerbslosenzahl im Textilarbeiterstand wirkte dieser Spruch als Provokation. Die Verbandsinflanzen verloren jedoch ihre letzte Ruhe nicht. Sie haben nicht die Lösung aus, jetzt alle Kräfte zu mobilisieren, um in Sachsen den Textilkapitalisten eine Schlappe zu liefern, sondern sie ruhen weiter. Jetzt ist dem württembergischen Spruch eine neue Entscheidung gefolgt, nach der die badischen Textilarbeiter festgelegt werden, bis zum 1. März 1931 zu Löhnen zu arbeiten, die im Lohntarif vom Dezember 1927 vereinbart wurden. Auf diese neue Prostitution erwidert der "Textilarbeiter" nichts weiter, als daß er den Spruch als "unfaßbar" bezeichnet (notan sich die Unternehmer nicht hogen werden).

Die Textilarbeiter stehen jetzt vor der entscheidenden Frage, ob sie weiter diese Schiedssprüche über sich ergehen lassen wollen, oder ob sie aus eigener Kraft an die Organisierung des Kampfes um den Siebenstundentag und höhere Lohn gehen wollen.

Der erste Weg bringt weitere Verluste in dem kleinen Elend, in dem sich schon jetzt die Textilarbeiter befinden. Selbst die Bürokratie, die zu den eifrigsten Einheitschern der Nationalisierung gehört, muß jetzt schreien: Durch die einseitigen Rationalisierungsmassnahmen der Unternehmer sind dauernd Tausende und aber Tausende von Textilarbeitern arbeitslos." (T.A. Nr. 11.) Gebunden durch die Hungertarife der vergangenen Jahre hat sich die Lage der Textilarbeiter immer mehr verschlechtert.

Der Stundenlohn des gelernten Textilarbeiters liegt 29 Prozent unter dem Geländedurchschnitt, der einer ungelerten Textilarbeiterin gar 44,2 Prozent.

Und selbst der "Textilarbeiter" muß zugeben, daß die Textilkapitalisten sich durch diese Hungerlöhne mästen können. In Nr. 11 lesen wir: "Von einem Notjahr kann man also beim besten Willen nicht sprechen. Selbst wenn man von der Dividendenhöhe ausgeht, muß man feststellen, daß die Textilindustrie an der Berliner Börse noch immer die Papiere hält, die eine gehältnismäßig hohe Dividende zahlen."

Gerade die jährlichen Textilarbeiter erlebten in den vergangenen Monaten einen Angriff der Unternehmer nach dem anderen. Der Versuch, den Rechen-Arbeitern in Hartmannsdorf über 35 Prozent ihres Lohnes zu klären, steht nicht ver einzelt da. Ihre Lage ist bedrohlich geworden.

Die Feindschaft u. Co., die sich 1928 über den jetzt ablaufenden Tarif scheinheilig entrüsteten, rümmen nicht einen Finger zur Verbesserung der Lage der Arbeiter. 1928 schrieben sie: "Die jährlichen Löhne, die früher mit an der Spitze der Textilarbeiterlöhne im Reich standen, stehen heute an letzter Stelle. Hier tragen die Schlüchtigungsanstalten, die den Erfordernissen der Textilarbeiterchaft jedenfalls aus Unkenntnis nicht entgegengekommen sind, die Schuld. Die Löhne in Sachsen sind im allgemeinen zu einer wirtschaftlichen Bezahlung geworden, da dieselben teilweise unter dem von Staat und Reich anerkannten Existenzminimum liegen." Der Vorwärts schrieb zu den Schieds-

„Unorganisierte, Gelbe und Wirtschaftsfriedliche“

Schlecht der "Proletarier" am 22.2.30. „wollen nur, was die Unternehmer wollen“, und deswegen darf kein gewerkschaftlich organisierte Arbeiter die nicht gewerkschaftlich Organisierten als gleichberechtigte Kollegen betrachten. Längst haben sich die Hoffnungen der freien Gewerkschaften, der gelben und christlichen, friedlich neugierig und machen gemeinsame Burgfriedenspolitik mit den Unternehmern, und sind selbst zu Altlasten geworden. Dieser Einheitsfront zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsvertretern muß die Einheitsfront aller revolutionären Kräfte in den Betrieben gegenübergestellt werden. Daher gilt es bei den Betriebsrätewahlern Abrechnung halten. Hinter den Schimpfworten der Reformisten verbirgt sich die Angst vor den revolutionären Listen.

Aus der Stadt der fünflichen Blumen, Gebniz

Die Auschlußmaßnahme des Hauptvorstandes des Bauarbeiterverbandes ist jetzt auch in Gebniz in Tätigkeit. Ausgeschlossen wurde mit sofortiger Wirkung der Genossen Josef Hasberg. Warum? Der Genosse hat das „verbandsabständige Verbrechen“ begangen, in einer Blumenarbeiterveranstaltung den Referenten Goethmann aus Hannover Sozialfascist zu nennen. Zweitens hat er auch an dem Erwerblosenkongress teilgenommen. Das ist die Auschlußgrundierung des Verbandsvorstandes. Ganz anderer Meinung sind die Funktionäre und die gesamte Mitgliedschaft der Gebnizer Zahlstelle. In einer stattgefundenen Versammlung wurde zum Ausdruck gebracht, daß wohl Hakenkreuzler in den sogenannten freien Gewerkschaften Platz haben. Kommunisten aber nicht.

Auschlußanträge waren nach Meinung selbst der SPD-Funktionäre und der Mitgliedschaft nur aus dem Jahrestellenbereich gestellt worden. Klar erkannten die Bauproleten, daß die Taktik des Hauptvorstandes den Verband spalten muß. Die wunderbare Lügenparole der Verbandszeitungen, daß die Kommunisten im Auftrage Moskaus die Gewerkschaften spalten, ist mit einem zerstört. Nicht in Moskau, sondern in Berlin und Hannover agieren die gutbezahlten Spalter der proletarischen Kampforganisationen, im Auftrage der deutschen Truchbourgeoisie. Diese Meinung wurde den Herren in der Verbandsleitung unter schärfstem Protest mitgeteilt und die Wideraufnahme des genannten Kollegen verlangt. Bis jetzt hatten die Herren noch keine Zeit, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Die Kommunisten und die ausgeschlossene Opposition werden in

prüfen: Den Textilarbeitern soll der Hungerriemen auf den Weihnachtstisch gelegt werden. Ober sind die jährlichen Textilarbeiterprämien keine Hungerriemen? Sie lassen, wie wir bereits an einigen Beispielen gezeigt haben, den Lohn noch unter der Lohnunterstützung."

Die Schönredner, die so tun, als gebe ihnen die Lage der Textilarbeiter nahe, sind nicht an einer Stelle gegen die willkürlichen Lohnabschließungen aufgetreten. In der Praxis handeln sie wie der Streikbrecherführer Nessel, der es sich zur Ehre anrechnen darf, den Hartmannsdorfer Streit, den selbst ein Blutbad nicht zum Zusammenbruch brachte, durch einen feigen Dolchstoß beendet zu haben.

Die Haltung der DTB-Bürokratie zum Hartmannsdorfer Streit, das Nichtständigen des Arbeitszeitabkommen und die jegliche Haltung zu den Schiedssprüchen für Württemberg und Baden sind deutliche Fingerzeige für die Haltung, die diese Bürokratie zur jährlichen Bewegung einnimmt.

Wo hat die Führung des DTB-Unterlagen zur Aufnahme des Kampfes getroffen? Wo wurden auch nur die Arbeiters mit ihren Forderungen gehört? Riesenges. Im engsten Kreis der Bürokratie wird über die Taktik gesprochen, und die Taktik ist einfach und klar: Verrat an den Arbeitern, wo sich dazu die Gelegenheit bietet.

Deshalb kann es für das jährliche Textilarbeiterarbeiterat nur einen Weg geben: Organisierung des Kampfes von unten her in den Betrieben.

Die Betriebsrätewahl müssen der Aufgabe sein.

Ist die Quittung für den Verrat der Teinhals, Zwanzig und Co. Stein ehrlicher Textilarbeiter fand seine Stimme einem Kandidaten geben, der für die Politik der Bürokratie eintritt.

Doch die Betriebsrätewahlen sind nicht alles. Zur Vorbereitung des Kampfes gehört die Bildung betrieblicher Kampfleitungen,

an die ohne Jäger heranzugehen ist. Unverzüglich müssen in Betriebsversammlungen Kampfleitungen aus den kampfesmütigen und fassenbewußten Arbeitern und Arbeitersinnen gewählt werden. In Delegiertenkonferenzen der revolutionären Textilarbeiteropposition werden dann gebietsweise zentrale Leitungen gebildet.

Auch die Organisationsstelle des DTB dürfen nicht müßig sein. Ohne auf die Bürokratie zu hören, müssen die Mitglieder in Versammlungen zu den Lohn- und Arbeitszeitforderungen Siebenstundentag, wollen Lohnausgleich.

15 Prozent Lohn erhöhung für alle Textilarbeiter und Arbeitersinnen

Nur durch eine solche, von unten her, unter der Führung und den Lösungen der revolutionären Textilarbeiteropposition organisierte Bewegung werden die jährlichen Textilarbeiter ihre Forderungen durchsetzen können. Niemals dürfen sie auf die Bürokratie verzauen! Sie schweigt, damit die Zeit verstreicht. Sie wird sich mit allen Mitteln gegen jeden Kampf wehren.

Zwei Wege:

Abwarten und verstellen nach dem Scheitern der Teinhals und Co.

Organisierung des Kampfes um die Forderungen: Siebenstundentag, Lohnausgleich und 15 Prozent Lohn erhöhung unter der Führung der revolutionären Opposition.

Den zweiten Weg muss das jährliche Textilarbeiterarbeiterat gehen und den entschiedenen Kampf führen, gegen die Unternehmer und die sozialfascistische Bürokratie, die täglich bemerk, daß sie der erbitterte Feind der Textilarbeiter ist.

Sozialfascistische Betriebsräte in der Waggonfabrik Bouken als Denunzianten

In den Sozialfascisten verfügt die Bourgeoisie über die wichtigsten Werkzeuge, die den blutigen Unterdrückungskampf gegen die Werktagen organisieren und durchführen. Diese schon festgesetzte Tatsache lädt sich aufs neue Tag für Tag beweisen.

Was ging und geht gegenwärtig in der Waggonfabrik vor? Der Wahlvorschlag und die reformistischen Betriebsräte müssten sich von der Opposition erzählen lassen, daß ihr Wahlausdruck nicht dem VBG entspricht. Die Daten zur Einreichung der Kandidatensätze waren auf vierzehn Tage festgelegt, obwohl nach dem VBG die Frist sieben Tage beträgt. Insofern verhinderten die Reformisten die Einreichung ihrer Listen zum geschäftlichen Termin. Das ist die „Sachkenntnis“ der „ostßen“ Gewerkschaftsbürokraten.

Die Opposition hat Klage beim Arbeitsgericht um Anerkennung der Listen der revolutionären Gewerkschaftsopposition eingereicht.

Aber die Reaktionen machen es sich leicht: das alte Wahlzettelchen wurde abgenommen und an seine Stelle wurde mit neuen Daten ein anderes ausgehängt. Diese Arbeit wurde vollbracht, nachdem der DGB-Vorze Herzog mit seinen Getreuen und der Betriebsleitung einen Tag lang konfektionierte. Diese

Elemente stehen im Bunde mit der Direktion gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

Im Bunde mit den sozialfascistischen Knacken geht man dazu über, die Kandidaten aus dem Betrieb hinauszumachen. Der Spitzenkandidat der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist gefündigt worden. Die Listenvertreter und einige andere ebenfalls. Der Arbeiterrat befürchtet gegen zwei Stimmen, den Einspruch eines vor einer Woche gefündigten Kandidaten abzulehnen. Das ist die Praxis sozialfascistischer Betriebsräte". Im Bunde mit dem Unternehmer — wahrlich eine nette Gesellschaft.

Die Kollegen der Waggonfabrik haben diese Maßnahmen zu kritisieren. Nun erst reicht rote Betriebsräte, das muß die Antwort der in den Betrieben ausgebaute und gefestigten Proletarien sein.

Abrüttung vor, während und nach den Betriebsrätewahlen ist das Gebot der Zeit.

Kollegen der Waggonfabrik, am 26. März wählt die Liste der fassenbewußten Arbeitern, die Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Arbeitersprechend 891.

Betriebsstilllegung und Einchränkung in der Glasindustrie Pirna-Copitz

Die Glasbarone gehen zum Generalsangriff über. Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen dienen als Druckmittel zum Abbau der schon an und für sich schlechten Löhne.

In der Stempelschen Glassfabrik Copitz ist durch Aushang die vierzehntägige Kündigung ausgesprochen worden. Nach dem 28. März erfolgt nach Belieben die einjährige Kündigung. Angeblich soll der Osten nicht mehr mitmachen.

Auch auf dem Zwieseler Harzenglaswerken ist am 18.3. eine Bekanntmachung herausgegeben worden, die eine bedeutende Einschränkung des Betriebes anzeigen. An die 70 Arbeiter sollen aufs Straßenpfosten geworfen werden, wobei sämtliche Kategorien in Mitgliedschaft gezwungen werden. Absatzmangel wird hier vorgeworfen. Das bekannte Ziel, welches die Arbeiterschaft schon längst als Mittel zum Zweck erkannt hat. Gerade die gebrauchten Farben, die jetzt gearbeitet werden, sind nicht im Ueberfluß vorhanden.

Wir sind der festen Überzeugung, daß diese Stilllegungen und Einschränkungen ganz andere Gründe haben. Wie bei vielen

anderen Industriegruppen, so ist auch in der Glasindustrie am 1. April der Tarif abgelaufen. Jetzt heißt es, die Arbeiterschaft mürbe und gefügsig zu machen, damit die verderblichen Abschlagsnahmen durchgeführt werden können. Diese Stilllegungen und Einschränkungen sind kein Zufall, sondern liegen in der Linie der Tarifpolitik, die sämtliche Unternehmensverbände durchfließen werden. Die Glasbarone haben schneller als sonst den Tarif selbst gefündigt und fordern 8 Prozent Lohnzuwachs. Deshalb auch das nieberträchtige Mänter.

Die Arbeiterschaft muß zur Abwehr und zur Erringung höherer Löhne alle Kräfte mobilisieren. Überall gilt es jetzt rote Betriebsräte zu wählen!

Arbeitersprechend 896.

Die Arbeiter wählen rot

Ein Sieg für die Opposition ist die Betriebsrätewahl in der Sammelabrik Berlin, Weißensee. Von 261 abgegebenen Stimmen erhält Liste 3 (Opposition) 182 Stimmen, Liste 1 (Reformisten) 129 Stimmen. Die revolutionäre Opposition erhält diesesmal einen Sieg mehr mit 4 Vertretern im Arbeiterrat, während die Reformisten einen Sieg abgeben müssen und dieses Jahr 3 Siege erhalten.

Roter Sieg im Schuhmacherverband Weißensee

Vereinigte Sozialfascisten und Brandenriten gejagt

Im Schuhmacherverband Weißensee fand am 18. März die Wahl der Ortsverwaltung in der Generalversammlung statt. Brandenriten und Sozialfascisten hatten der Opposition einen gemeinsamen Wahlvorschlag entgegengestellt. Der sozialfascistische Hauptvorstand der Schuhmacher hat die im Januar dieses Jahres mit 227 gegen 159 Stimmen der SPD gewählte oppositionelle Ortsverwaltung in Weißensee nicht bestätigt. Der aus der RBD erst vorige Woche ausgeschlossene Angestellte Schüßler machte offen für die SPD Propaganda und enttarnte sich als bezahlter Diener der Gewerkschaftsbürokratie.

Die Stimmenzahl ging jetzt von 159 auf 149 in der Spalte zurück. Die Opposition erreichte mit 258 Stimmen (im Januar waren es 227) den Sieg. Eine rein oppositionelle Ortsverwaltung wurde auf Grund politischer Kampfveränderungen gewählt.

Jur Seifertsworke nach Erfurt wurden mit 281 Stimmen sechs Kollegen von der Opposition gewählt. Der sozialdemokratische Angestellte Kubitsch erhielt 86 Stimmen.

Der rote Sieg von Weißensee ist von weittragender Bedeutung. Er zeigt, daß die Brandenriten, die mit ihren schändlichen Verleumdungen der RBD dem Seifertsworke die Verhängung des Republikanerlauges erzielt haben, der lieben Berichtung aller flauenbewußten Arbeitern anheimgefallen sind. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition profitiert.

Aus der Stadt der fünflichen Blumen, Gebniz

unverblümlicher Treue Seite an Seite mit den Bauproleten für Lohn und Brod weiter kämpfen, bis das sozialfascistische Verzittergesindel aus den Reihen der Arbeiter entfernt ist (869)

Bauarbeiterverband Gebniz borgt Unternehmern Geld!

Bei der Jahresabrechnung des Gewerkschaftsrates stellte sich heraus, daß einige tausend Mark, die eingenommen waren, nicht mehr im Kassenkonto waren. Es werden wohl Arbeiterschäden, genannt Beiträge, gewesen sein. Wer sucht, der findet — und so wurde bald erklärt, daß man die tausende Mark (es soll sich um acht bis zehntausend handeln) an einem Unternehmer verpumpt hätte. Der betreffende Unternehmer bestimmt augenblicklich sein Geld herein, sonst hätte er es bestimmt schon wieder zurückgezahlt. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat ein Interesse daran, zu wissen, wer dieser Unternehmer ist. Sollte man etwa bürgerlichen Unternehmer Gewerkschaftsgelder hängen, aber hat man einem Mitglied des Bauarbeiterverbandes, der nebenbei Unternehmer ist und im letzten Geschäftsjahr allein für circa 150.000 RM, in Werten einhundertfünfzigtausend Reichsmark,

stähltliche Aufträge hatte, Gewerkschaftsgelder gekämpft? Sollte Letzteres zutreffen, dann können wir allen handfrohen Aus-

zuhörern sagen: Hin ein in den Bauarbeiterverband, unter dem Motto: „Zu führe deine Hand, Verband, und allen finanziellen

Noten soll ihr entheben.“ (870)

SLUB
Wir führen Wissen.

Rund um den Erdball

Kofain für USA.

Fieberhafte Suche nach dem gemeldeten Kofaintransport — Neuhorfer Hafen im Kriegszustand — Raünsierter Schmugglerbluff — Kriminalpolizei in Erwartung der „Europa“

Trotzdem die Pariser Polizei bereits vor Wochen ersten New Yorker Kollegen die Meldung zukommen ließ, daß sich zur Zeit riesige Mengen von Kofain, das aus Deutschland stammen soll, auf dem Transport nach Amerika befinden, ist es der New Yorker Kriminalpolizei nicht gelungen, auch nur die leiseste Spur von diesem geheimnisvollen Transport zu ermitteln.

Im Hafen von New York herrt zur Zeit ein Leben, das an die aufgeregten Spionagelogaden während des Krieges erinnert. Patrouillenboote der Polizei durchqueren Tag und Nacht den Hafen und begleiten jedes einlaufende Schiff, das von Übersee kommt, bis zum Liegeplatz.

Auf dem soeben eingelaufenen Ozeandampfer „France“ ist die Suche ohne jeden Erfolg geblieben, trotzdem man im ganzen Schiff das unterste zu oberst gesucht hat. Die Schiffe, die in den nächsten zehn Tagen New York anlaufen, werden mit denselben Vorsichtsmahrgeln behandelt werden. Auch die „Europa“, die in den nächsten Tagen in New York eintreffen wird, soll keine Ausnahmbehandlung erfahren.

Nach der französischen Meldung soll

das Kofain vor zwei Monaten in Deutschland entweder gestohlen oder aber hier heimlich hergestellt und dann von Berlin über Straßburg nach Paris transportiert worden sein.

Wohin das Kauschift von hier aus transportiert wurde, war nicht zu ermitteln. Bisher steht nur das eine fest, daß die New Yorker Polizei, die den Transport auf der „France“ vermutete, auf einen gefälschten Bluff der Schmuggler hereingefallen ist, die nämlich selbst die Kaufmarkantie der Polizei auf diesen Dampfer gelenkt haben. Während also die Polizei ihre Nachforschungen auf die Durchsuchung dieses Schiffes konzentrierte, ist es nicht ausgeschlossen, daß zu derselben Zeit das Kofain auf anderen Schlechzügen an Land gebracht worden ist.

Doch es ist hier um eine gut organisierte internationale Kauschiftschmuggelbande handelt, beweisen verschiedene Berichtigungen in Paris, London und New York. Von dem in London Verhafteten, namens Joseph Blum, steht bereits einwandfrei fest, daß er an diesem geheimnisvollen Kauschifttransport irgendwie interessiert ist. Ihm konnte nachgewiesen werden, daß er mit einem in New York verhafteten Karl Wimmer zusammengearbeitet hat, der als einer der geschicktesten Schmuggler von Kauschift belangt ist. Dieser Wimmer hat nach eigener Geständnis jahrelang mit großem Erfolg Kofain in einem Koffer geschmuggelt, auf dem er den Namen eines bekannten Amerikaners anbrachte. Bei der Zollkontrolle erstaunten dann regelmäßig

die Beamten vor Erbucht und Erbietung und ließen ihn nach einer verhältnismäßig leichten Durchsuchung höllisch passieren.

Der einmal verschlief dem Kaltblütigen bei dieser „Kontrolle“ doch die Ruhe. Er wurde unsicher und nahm Reihau. Bei dem

Versuch, am anderen Tage seinen Koffer abzuholen, wurde er dann verhaftet.

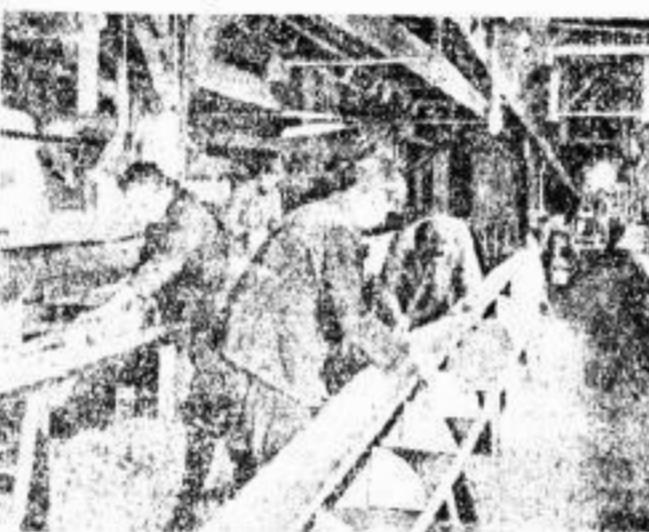
Die Namen seiner Schmuggelfreunde in Europa und Amerika, sowie die Namen der Großabnehmer verbleibt er hartnäckig. Die einzige Hoffnung der New Yorker Polizei ist nun der in London verhaftete Josef Blum, der sich bereits auf dem Transport nach Amerika befindet.

Inzwischen, bis also das Kauschift im illegalen Handel gebracht ist, wird sich die deftigste amerikanische Bourgeoisie nach anderen Kofain- und Morphiumquellen umsehen müssen. Was ihr übrigens nicht schwer fallen wird, da sie ja genügend Mittel zur Errichtung des Kauschiftkaisers besitzt.

„Europas“ Jungfernreise

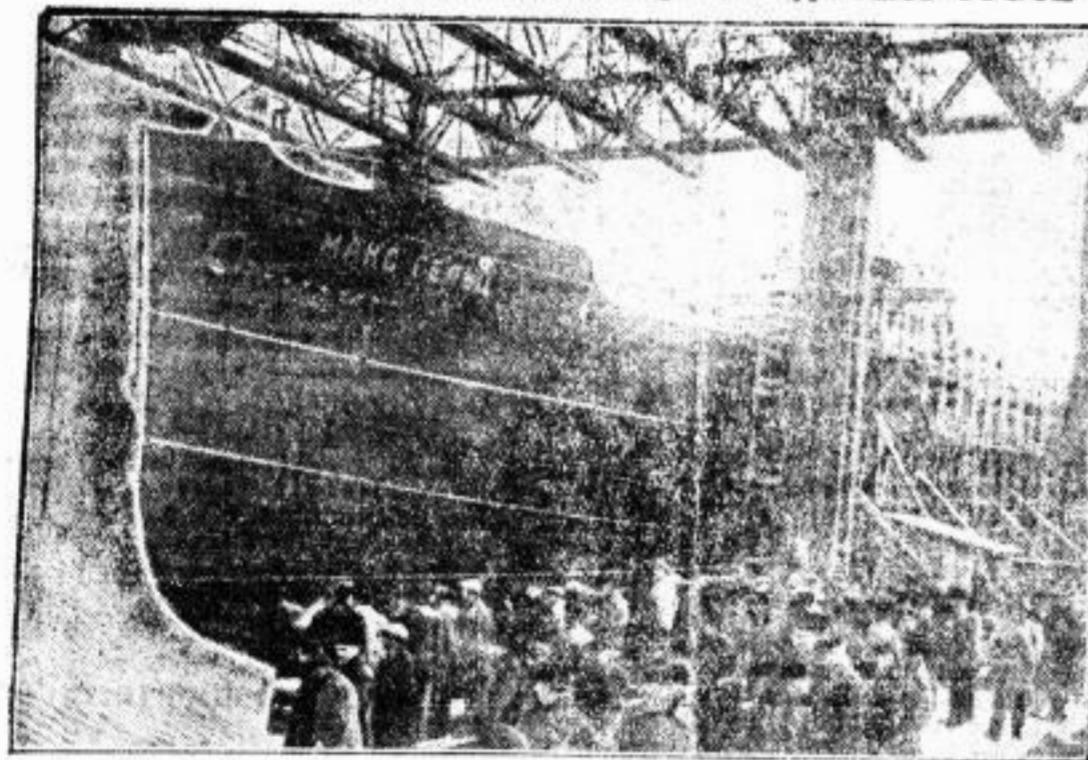
Der Schnelldampfer „Europa“ des Norddeutschen Lloyd, der zur Zeit seine erste Reise nach Amerika macht, polierte gestern auf der Fahrt von Southampton nach Cherbourg sein Schwesterschiff die „Bremer“, die von Amerika kam. Diese Begegnung wurde von den Passagieren beider Schiffe zum Anlaß einer lärmenden patriotischen Kundgebung genommen.

Hochkonjunktur im Bootsbau



Bei den Bootsbauern ist jetzt Hochkonjunktur. Vereine und Einzelpersonen, die es sich leisten können, lassen sich für den bevorstehenden Beginn der Wassersportsaison neue Fahrzeuge anfertigen, oder die alten unbrauchbaren und aufrissigen interessieren. Unser Bild zeigt die Bootsbauer bei der Arbeit. Ein Rennvierer wird beplankt. Die Modellspannen werden später wieder entfernt. Auch die Ausbalancierung des Rennbootes muß bei der Bauarbeit genauestens berücksichtigt werden.

Sowjetdampfer „Max Hötz“



Auf der Leningrader Nordwerft ist das neue Kühlschiff, das den Namen unseres unerschrockenen Mitkämpfers Max Hötz trägt, der sich zurzeit auf einer Reise durch die Sowjetunion befindet, vom Stapel gezogen. So ehren die russischen Arbeiter einen proletarischen Kämpfer und erbitterten Todfeind der bürgerlichen Klasse.

Schwert und Weinrauch



Bajuvarisch-katholische Sittlichkeit

Im Februar 1929 wurde die Ehe eines Bauarbeiters im Schwäbischen Oberfranken gerichtlich geschieden. Nach der Scheidung fanden aber Mann und Frau vereinbar, sich nicht zu trennen. Sie lobten also in aller Freundschaft weiter zusammen und haben sich inzwischen in aller Form wieder miteinander verheiratet. Da sie aber in der Zeit zwischen Scheidung und neuer Heiratung als unverehelichte Person zusammengelebt haben, erhielten sie von einer bayrischen Polizeibehörde einen Prozess an den Hals gehängt. Die bajuvarisch-katholischen Sittlichkeitsjunktionen drohten es tatsächlich fertig zu machen und Kraut wegen „Mantudinats“ zu bestrafen.

Zu welcher Höhe dieses „Sittlichkeitsoberstroms“ geblendet wurde, verrät leider die bayerische Zeitung, aus der wir diese Ungewöhnlichkeit entnehmen, nicht. Immerhin: Ob leicht, ob schwer bestraft, tut hier nichts zur Sache! Das Standardstück ist, daß sich heute noch im zweiten Jahrzehnt der glorreichen deutschen Republik derartig unethischerlich Reaktionäres ereignen kann.

Wahrsch, liebliche Aussichten eröffnen sich für den Fall, daß es diesen freudigen Änderungen gelingen sollte, die Welt nach ihrem Rezept zu beobachten.

Der Osnabrücker Justizstand

Eros erwiesener Unschuld zwei Jahre Gefängnis für Dielingen

Zum Wiederaufnahmeverfahren des Nordprozesses gegen den Knecht von Dielingen kam das Osnabrücker Schwurgericht zu dem Urteil, daß das gegen den Augenfliegen gefallte Todesurteil zwar aufgehoben, es dafür aber wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu verurteilen sei.

Dieses empörnde Urteil kam jährlinde, trübend, jämmerliche Sachverständigen für den Angeklagten günstige Gutachten abgeben hatten. Nur um diese eigene Blamage nicht eingestehen zu müssen, fordete das Gericht die Fiktion, auch jetzt noch dem Angeklagten, der nach wie vor seine völlige Unschuld beteuert, die schärfste Strafe auf dem Tode der Emma Hooge aufzubüren. Trotzdem dieses unerhörte Urteil am Donnerstag in später Nachtsunde gefällt wurde, hatte sich vor dem Gerichtsgebäude eine große Menschenmenge eingezammt, die ihre Empörung über diesen menschen Schandstrafe der Klassenjustiz ergriffen zum Ausdruck brachte. Polizei erschien und hielt die Protestierenden mit brutalen Gummiknüppelchen auseinander.

Drei Kinder verbrannten

In Okon im amerikanischen Staate Oklahoma wurde durch einen Brand die Schule vollkommen eingehöllert. Dabei fanden drei Kinder den Tod in den Flammen. Nur mit knapper Not gelang es, 40 weitere Kinder zu retten.

Arbeitslosenträgödie in Remscheid

In seiner Wohnung in der Düsseldorfer Straße stand man den Arbeiter Gehtner mit schweren Halsschwellungen auf, während sich seine Frau auf der Polizeiwache mit durchschnittenen Pulssadern meldete. Infolge des starken Blutverlustes ist sie noch nicht vernichtungsfähig. Aller Wahrscheinlichkeit nach sind Chezwürtig um die infolge der langen Arbeitslosigkeit des Mannes entstanden sind, der Grund zu der Bluttat.

Warum Arbeiter-Sender?

Weil auch gegen den bürgerlichen Rundfunk gekämpft werden muß

Darum heraus mit den bürgerlichen Rundfunkzeitungen

Neuerscheinung!

Jeden Freitag erscheint

Arbeiter-Sender

Der „Arbeiter-Sender“ enthält das gesamte Berliner und Auslandsprogramm, ist reichhaltig illustriert, — Mithilfe prominenter Techniker zum Besten, Anleitung zur Bereitung von Störungen, Mitarbeit von Arbeiterfunkkorrespondenten, Roman, Erscheint mit den Mitteilungen des Freien Radiobundes Deutschlands, des Hörfunkkreises der Funkstunde e. V. aus dem INHALT: Rückblick auf zwei Tagungen — Kritische Programmvorlesung; Flucht vor der Wirklichkeit / Anstatt Republikschutzgesetzdiskussion: Bewußte Freiheit — Wo bleiben unsere Funkkolleginnen? Das Wunder der Reichspost — Gertrud Morauer-Hillebrand: Wohnungs- und Küchengeschichte im Rundfunk — Wie ein Luxusboot gesieht wird — Die Kurvenlenkempfänger des Arbeiteramts — Albert Hodges Jack und sein Jimmy — Zu bestellen bei dem Verleger Artur Müller Berlin N 54, Grenadierstr. 45. — Preis 25 Pf. Durch die Post zu bezahlen im Abonnement 90 Pf. Außerdem erhältlich bei allen Spezialisten und Austrägern unserer Zeitung sowie bei allen Literatur-Kolporteurs.

Bestellschein

Ich bitte um laufende Zustellung des

Arbeiter-Sender

durch die Botendienst zum Preis von 25 Pf. pro Nummer.

Name und Adresse

Arbeiterschach

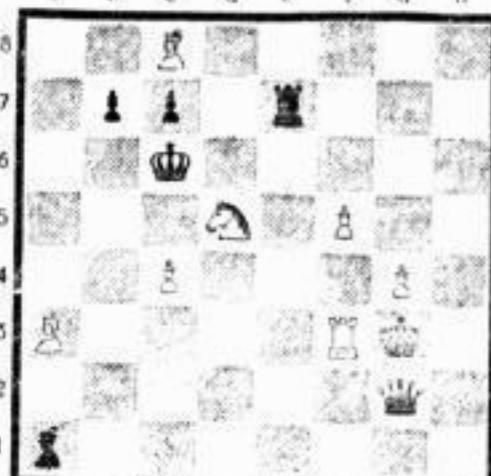
Bearbeitet vom Dresdner Arbeiter-Schachverein
(Mitglied des Proletarischen Kulturratels)

Preislösungsturnier der Arbeiterstimme

Lösungsfrist 12 April 1930

Aufgabe 139
Fritz Wolf, Altona a. d. Elbe (Original).

a b c d e f g h



Weiß zieht an und setzt in zwei Zügen matt.

Kontrollstellung

Weiß: Kg3, Dg2, Td3, La3, e8, Sd5, Be4, f5, g4.
Schwarz: Kb7, Te7, Ld7, Bb7, c7 (95; in 2 Zügen matt).
Lösung zur Aufgabe 134: C. Vollertsen (Hamburg).

1. Ta4–h4 (!), Tf8–f5; 2. Lg6–h5+, T15×h5; 3. Th4–f4 matt.

1., Td5–f5; 2. Tb4–f4+, T15×f4; 3. Sd3–e5 matt.

Der weiße Turm als „Protagonist“ schafft den Verlust des Königs, während die schwarzen Pferde und das Pferd verloren gehen. Sie ist kein Hindernis für den Gewinn des weißen Königs.

Die schwarze Dame kann nicht auf den weißen König springen, da sie sonst verloren geht.

Ein sehr leichtes Matt, aber doch mit leichten Meisternden. Solche leichten Matten gibt es immer nur zu verbauen.

Fritz Wolf, Altona a. d. Elbe (Original).

Schachgedanken

Dresden. Bildungskreismitglieder einer Frau, die 3. Stunde, sehr in die familiären Wörter ein. Auch diese Passagen sind Beispiele davon,

daß sehr gefragt werden wird. A. 9.1.17. Am 25. 3. im Kreis. Richter, Abteilungen, und damit bedeutsam, dass sie die Arbeitsschule haben, die sie nicht

gewollt haben, sondern sie haben es gewollt, was wohl nur am Ende gewollt haben, um sie nicht zu verlieren.

Am 27. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis kann man nur nicht sprechen. Weiß hat keinen Platz, während die anderen Ausbildung haben. Ob die Weißschule nur die Ausbildung der Bildungskreise haben, wird man nicht wissen.

Altona. Bilder, die sie haben, und die Weißschule hat ebenfalls 16.1.17 zu verbessern. Die Richter haben einen, wenn sie nicht weitermachen, was einen Nachteil nach sich ziehen und dass sie nicht mehr erhalten werden können, um sie nicht zu verlieren.

Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1. ein kleinerer Kreis ist erwartet.

Am 26. 3. im Berliner Kreis. Richter, Straße 20, 100-102, Berlin. Der Bildungskreis hat 2. Bildungskreis 2. Der 1.

Sammelt

für den



Jeder Arbeiter nimmt eine Verteidigungsmarke!

Brief aus den Käfigen der Trustbourgeoisie

heraus mit den proletarisch-politischen Gefangenen! Gedacht am 18. März der Opfer des proletarischen Klassenkampfes!

Genosse Ludwig Kaiser schreibt aus Görlitz:

.... Ich verfolge mit großem Interesse die lebhafte Steigerung der von Euch durchgeföhrten Amnestiekampagne. Besonders im Interesse derjenigen Genossen, die — wie hier bei uns Karl Peters — hinter Zuchthausmauern sitzen, und deren Lage eine ungemeinlich schreckliche ist als die unsere, hoffe ich, daß die Massenbewegung der Arbeiterschaft für die Amnestie von Erfolg begleiter sein möge.

Wir hatten heute Gelegenheit gehabt, mit Genosse Karl Peters, der bekanntlich zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt ist, zu sprechen. Genossen, wer gesehen hat, mit welcher Schnelligkeit dieser aufrechte Klassenkämpfer den Augenblick erwartet, wo er wieder im Rhythmus des Klassenkampfes stehen kann, der wird seine Arbeit im Kampf um die Befreiung der politischen Gefangenen verdoppelt haben.

Nicht um meiner wegen, die nur verhältnismäßig kurze Zeit mit Gewalt zu tragen, sondern um dieser Opfer einer vertierten Klassenjustiz willen, die schon seit Jahren lebhaftig bestreitet wird, und die noch Jahrzehnte dieses entsetzlichen Vergräbense vor sich haben, um dieser Klassenkämpfer willen bitte ich Euch, nicht zu erlahmen, den letzten Proletarier aufzurütteln, damit diese Helden ihrer Klasse endlich wieder gewonnen werden. Mit diesem Wunsch und den herzlichsten revolutionären Grüßen bleibe ich mein bestes Schreiben.

Ludwig Kaiser"

Ungeheure Anwältschaften der politischen Prozesse

steigerte die Ausgaben der Roten Hilfe für Rechtsschutz. Allein in den Monaten Juli, August, September 1929 waren mehr Rechtschutzfälle als im ganzen Jahre 1928! Das neue Zuchthausgesetz wird an die RH für Rechtshilfe noch verzehnfachte Anforderungen stellen.

Stärkt den Verteidigungsfonds der RHD!

Marxistische Arbeiterschule Dresden

24. 3 20 Uhr	Strafrecht Rechtsfragen usw.	Büro der D.A.P., Bobrikg 18
24. 3 20 Uhr	Aktuelle Polit. Probleme Schwerpunktfrage	Weisse Schleife, Joh.-Georg-Ufer
26. 3 20 Uhr	Marginalien Bau- und Börse	Weisse Schleife, Windelmannstr.

Anfragen, Schulberatung und Anmeldung in Buchhandlung Albertstraße 21 (Literaturbetrieb) sowie bei den techn. Kursteilnehmern während der Dauer der einzelnen Kurse

Funktionäre

der Arbeiter-Organisationen finden alljährlich Überbrückung bei hohem Verdienst als

Werber

für die größten proletarischen Zeitungen
Annoncen-GmbH, Berlin SW 48, Friedrichstr. 27, I

Honorarunterschriften sind zu richten an Herrn Carl Döhl, Freital-Deuben, Restaurant „Stadt Freital“ / Mündl. Besprechung dortselbst ab 8 Uhr abends

Kluge Frauen

sehr preiswert

+Gummi+

Häutöpfer, Leibbinden

Gummi-Strümpfe

Kleiderformen, waschbare

Vorleibbinden, Urinale

und Frauen-Spül-

Mutterspülzettel

Kisses, Duschen

und Frauen-Artikel

Fraufreischen

Postplatz

Filiale: Wallstr. 4

Fabrik: Frauenbedienung

Max schreibt mit Firma

Gummi-Freiesleben

Wahlstraße 63

FELLE

billig
billig
billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

billig

Der sächsische Hungeretat für 1930 und die Gemeinden

Wie Bürger „sparen“ will

Akt am 28. Januar 1930 vom „Landesministerium der Gemeindeangelegenheiten“, herausgegeben vom Landesverband der KPD Sachsen nachstehende Ausführungen:

Die Regierung auf Abdruck, die in Sachsen bis zum endgültigen Abschluß des Aufbaus um die Verbesserung der Wirtschaftslage im vorliegenden sozialpolitisch-bürgerlichen Raum heranzutreten die Gesellschaft führt, hat dem Landtag den Etat für 1930 vorgelegt. In diesem Etat sind die Besetzung der Industriellen Punkt für Punkt eingearbeitet. Die Bürgerregierung hat den Ehrenrat, vor ihrem Tode ihren Auftraggeber einen Dokumenten, d. h. im Einvernehmen und Ausgabe ausgegleichenen Etat entgegen. Diese Regierung des Hungers, wie durch die Herren Bürger und Weber monatelang mit ihrem Willen zum Sparen“ Reklame machen, zeigt ihren Auftraggeber, daß sie Verpflichtungen zu halten versteht. Sie legt einen sogenannten verfügbaren Etat vor. Sowohl diese Verpflichtung zeigt den Kurs. Es soll dadurch angeblich Zeit und Mitteln gespart werden. In Wirklichkeit ist es die Durchführung eines Teiles der Verwaltungsumform, nämlich die Einführung einerjähriger Staatsperioden, wie sie von den Industriellen gefordert wird auf sollem Wege. Mit dieser Verpflichtung, bei der sie keinen vollständigen Etat, sondern nur die sich gegenüber dem Vorjahr ergebenden Veränderungen zur Gemeinschaft vorlegt, erleichtert sie sich die Durchführung ihrer sozialreaktionären Pläne. So hat sie das Minister sozialreaktionärer Vorschläge für 1930 vorgelegt.

Die fortgesetzten Bemühungen zur Herabsetzung und reellen Preisstellung der Sozialpolitik in den Etats der letzten Jahre werden in diesem Etat verstärkt. Er übertrifft in seiner reellen Haushaltssicht alle seine Vorgänger der Nachkriegsperiode. Die Liebesgabenpolitik an die Bourgeoisie, die Steuerung der Massenbelastung, die Drosselung der sozialen Ausgaben haben nunso mehr erreicht, die von der Arbeiterschaft nicht willentlich hingenommen werden können.

Youngplan über Sachsen

Der Angriff, den die Bürgerregierung mit diesem Etat auf die Lebenshaltung der Werktätigen führt, ist ein Teil des von der Bourgeoisie zur Abmilderung des aus dem Youngplan ergebenden Lasten geführten Generalangriffs. Er ist die Ergänzung der von der Trustbourgeoisie mittels Rationalisierung und Antreibersystem in den Betrieben gegen die Arbeiter geführten Offensive und verhöhnt diese. Wenn die Bourgeoisie, um den Lohnanteil an den Gestaltungskosten herabzulehnen, die Rationalisierung verschärft und die Antreibermethoden verstärkt, wenn diese zum dritten Angriff auf die durch diese Methoden in ihrem realen Wert gesunkenen Lohnsätze übergeht, Verteile hilft und Hunderttausende von Proletarien auf Straßenspaziergang warten, dann sind die Existenzvoraussetzungen der Bourgeoisie (genannt Regierungen) zur Unterstüzung dieses Kampfes verpflichtet, deshalb trotz steigender Arbeitslosigkeit: Abbau der Sozialausgaben.

Die Lohnklassen sollen auf diese Weise gezwungen werden, sich dem Unternehmer zu jedem Preise anzubieten, womit das Ziel der Bourgeoisie erreicht sein würde.

Die Bürgerregierung kommt ihre Ausgaben und handelt danach. So sind gegenüber dem Haushaltplan 1929 die Gesamtausgaben des ordentlichen Haushaltspolitik für 1930 von 434.928.640 RM auf 14.642.980 RM auf 420.285.860 RM, die gesamten Ausgaben des Haushalts des Aufbaus von 419.518.340 RM auf 18.226.800 RM auf 408.288.740 RM, und der Gesamtzuschuß des Haushalts der Zuschüsse von 300.928.480 RM auf 17.748.120 RM auf 288.178.360 RM herabgesetzt worden.

Die Möglichkeit für die sozialen Drosselungen muß die letzte Summe genommen werden. Die Herabsetzung der Zuschüsse um 17.748.120 RM läßt allein den Grab dieser Drosselungen noch nicht erkennen. Diese Herabsetzung erfolgt nämlich bei gleichzeitiger Steigerung der Zuschüsse auf anderen, nicht in die Sozialausgaben hineinfallenden Gebieten. So liegt z. B. die Zinsenlast für die Staatsschulden um 4.249.000 RM, der Bedarf zur Tilgung der Anleiheschulden um 919.000 RM. Weiter wurde 1.000.000 RM zur Tilgung der schwedenden Schulden des Staates eingestellt, und außerdem sind die persönlichen Ausgaben für

Die Beamtenbefördlung

Wegen Vergrößerung des Bürokratischen Apparates um 1.300.000 RM geliegen. Diese Summe, insgesamt 7.469.000 RM, muß hinzugezahlt werden.

Die Gesamtkasse der Einsparungen ist nicht nur durch Streichungen und Kürzungen, sondern auch durch Steigerung der Einnahmen in den betreffenden Kapiteln erreicht worden. Diese Steigerungen sind die zu ihrer Wirkung brüderlichen, die man sich vorstellen kann. Sie offenbaren den ganzen sozialrevolutionären Kurs dieser Regierung.

So sind beispielweise die Einnahmen im Kapitel 38, Wohlfahrtspflege, herabgesetzt worden von 650.000 RM auf rund eine Million RM, das ist um 35 Prozent. Dieses Mehr soll durch längere Handhabung der Rückerstattungspflicht herausgeholt werden. Weiter sind in den Frauenlinien, den Heil- und Pfleganstalten und den Universitätslinien die Verpflegungsgelder für die Kranken erhöht worden. Diese Erhöhung soll bei den Frauenlinien allein rund 700.000 RM, und bei den Heil- und Pfleganstalten 830.000 RM für den Staatsbedarf einbringen.

Mit brutalstem Rücksicht erläutert der Finanzminister Weber (Wirtschaftspartei) in seinen allgemeinen Erläuterungen zum Haushaltspolitik, Seite 2/8:

„Nebenbei ist es im Hinblick auf das Vermögen der Sozialfürsorge verkehrt (?) und auch notwendig erüben, die Verpflegung bei den Frauenlinien, den Heil- und Pfleganstalten, sowie den Universitätslinien um kleine Beträge (für die Tochter des Ministers, der 30.000 RM Jahresgehalt erhält — d. Red.) zu erhöhen.“

Zuherdem ist eine 15prozentige Erhöhung sämtlicher Gehälter vorgesehen. Herr Weber legt zur Begründung in denselben Erörterungen:

„Endlich hat sich die Regierung, unter Zurückstellung erheblicher Bedenken, dazu entschlossen müssen, auf die Dauer eines, als Notjahr (Was ist denn da und für wen? — d. Red.) voraussehenden Jahres, die Erhöhung eines Zuschusses von 15 % u. h. zu den Gehältern vorzuleben, die nach dem Verwaltungsauftragsetzen und dem tatsächlichen Geschäft über die Gerichtskosten erhoben werden...“ Daraufhin sollen 3.267.120 RM mehr einkommen.“

Durch „Rückerstattung“ (Wie vorsichtig! — d. Red.) des Zwangs-punktionssystems in der Weise, daß den Beamten „fristgestellt“ werden soll, bis zum 66. Lebensjahr zu Dienste zu verbleiben,

will die weiteren Einsparungen machen. Diese Maßnahme mag die Regierung vorschlagen in einem Moment, da Hungerstaaten in Sachsen ohne jede Einkommensmöglichkeit ein familiäres Dasein fristen müssen.

Ein weiterer Angriff wird geführt gegen die Lehrer an den Volksschulen. Diesen soll im ersten Jahre ihrer Tätigkeit des Gehalt, bei gleichbleibender Arbeitsleistung, um 50 Prozent, d. h. um die Hälfte gesenkt werden.

Während sie hier abbaut, hat sie bei der Justiz und bei den staatlichen Aufsichtsorganen über die Gemeinden persönlich Jahr für Jahr ausgebaut. Diese Kapitel erfreuen sich der besonderen Fürsorge Bürgers, sind es doch die Organe zur Sicherhaltung der Arbeiterschaft. So wurden mehr eingestellt bei der Justiz 97 Beamte, bei der Polizei 24 Angestellte, den Kreis- und Amtshauptmannschaften 14 Angestellte. Zur Unterstützung der Luftschiffahrt legt sie im aeronautischen Etat 78.850 RM neu ein. Für die Staatstheater ist der Aufbau gleichfalls wieder um mehrere Hunderttausend gestiegen.

Spitzenleistungsteuerliche Massenbelastung

Auf dem Gebiet der haushaltlichen Belastung der Massen werden Spitzenleistungen erreicht. So erhält Sachsen vom Reich als Anteil an der

Einkommensteuer	111.410.000 RM
Körperchaftsteuer	16.980.000
Umlaufsteuer	12.900.000
Kraftfahrzeugsteuer und Kennzeichnungssteuer zusammen	8.275.000
gleich 250.000 RM mehr als im Jahre 1929.	

Aus eigenen Landesteuern sind eingeteilt aus der Steuer vom Gewerbebetrieb

Stromsteuer	20.500.000 RM	2.500.000 RM
Gewerbesteuer	21.600.000	1.500.000
Steuer vom Gewerbebetrieb im Umbergleben	450.000	100.000
Schiffsteuer	18.000.000 RM	2.500.000 RM
Stampfsteuer	8.000.000	—
Mietginststeuer	40.000.000	1.000.000

Die sonstigen Einnahmen sind in die Höhe geschaucht. So sollen die Zugungen des Staatsvermögens und der Staatsanstalten gegenüber 1929 ein Mehr erbringen von 3.890.940 RM, darunter

das Elterbar	30.000 RM
die staatlichen Kraftmagneten	625.000
die Landeslotterie	1.216.440
die Garben	423.600

die landwirtschaftlichen Betriebe 51.400
die allgemeine Kostenverminderung 1.257.000
und so weiter.

Diese Bundessteuern sind durchweg massenbelastende Steuern. Sachsen ist das einzige Land, in dem die Schlosshainer zahlen. Diese belastet, nach amtlichen Angaben, jedes Pfund Fleisch mit 3½ Pf.

Es ist ein beispielhaftes Werk der Gesellschaft, daß ausgerechnet der Staat, der ein Mitglied der Wirtschaftspartei zum Finanzminister hat, in deren Programm die Fortsetzung noch Wissenshaft dieser Steuer enthalten ist, von Jahr zu Jahr steigende Erträge aus dieser Steuer herauszohlen.

Sieben Millionen wäre eine Festschaltung, welche zusammen durch die geknüpft auf dem Verordnungsweg erlaubte Steuerung der Mietginststeuer den Haushaltern geschenkt werden. Darüber schweigt sich Herr Weber aus. Sicher dürften 4½ Millionen RM nicht zu hoch geprägt sein. An den Abbau dieser Gehaltssteuer denkt Herr Weber nicht. Seine Freunde, die Haushälter, sind nach seiner Meinung sicher nocheinander als so mancher langstirnig Erwerbslose, dem durch die Steuerungen in diesem Etat die leichten Hoffnungen zerstört werden.

All die Mahnungen übertrifft die Bürgerregierung durch ihre rigorosen Streichungen bei den sozialen Positionen, sowie bei dem Kapitel Volksschule.

Abbau des Sozialstaats

Unbekümmer um die täglich wachsende Not, als ob überhaupt keine Erwerbslosigkeit und Hilfsbedürftigkeit unter den beiden Massen bestünde, reicht sie diese Ausgaben zusammen, hier stellen ihrer Sparwut zum Opfer: die Schwangerenbelastung für erwerbstätige Frauen, die sie um 50 Prozent, also um die Hälfte, herabläßt. Titel 24 betrifft einmalige Sonderzuschüsse und Darlehen an Bezirkssfürsorgeverbände zur Behebung des durch die allgemeine Wirtschaftskrise verursachten Notstandes, ist von 800.000 RM auf 300.000 RM, das ist mehr als 60 Prozent, herabgekehrt. Die Staatsförderung für Aufgaben der Wohlfahrtspflege an die Bezirksverbände sind von 1.847.500 auf 1.097.500 RM, das sind 250.000 RM weniger, herabgesetzt. Ferner sind die Zuschüsse herabgesetzt bei den

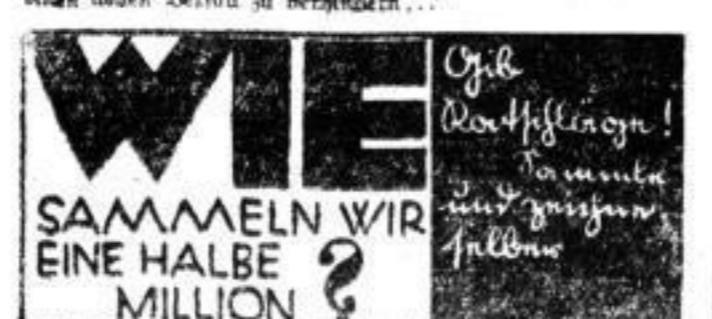
Frauenlinien	um 1.334.900 RM
Heil- und Pfleganstalten	um 563.200
Landesgegenstandsamt	um 15.500
Instanzen für öffentliche Gesundheitspflege	um 47.270
Reichsheimen und Arbeitserziehungsanstalten	um 17.100
Reichsverfürsicherung und Reichsberatung	um 87.000
Erziehungsinstitutionen	um 356.700
Sozialfürsorgeverband und Wohlfahrtspflege	um 1.025.000
Volks- und Berufsschulen	um 825.000

Gerade toll sind die Einsparungen an den Ausgaben, die als wirtschaftliche Arbeitslosenfürsorge angesehen werden fassen und deren Ausbau für die Gemeinden in der gegenwärtigen Periode zu einer Lebensnotwendigkeit wird.

So sind die Ausgaben im Kapitel 38 für Unterhaltung der Straßen und Brücken herabgesetzt von 12.700.000 RM im Jahre 1929 auf 8.700.000 RM, das sind 4 Millionen RM weniger.

In einer Denkschrift waren für dieses Jahr für diesen Zweck 24 Millionen RM für unumgänglich notwendig gehalten worden. Die Regierung erklärt dazu in ihren Erläuterungen:

„Die Finanzlage verbietet es, die in der Denkschrift für das Rechnungsjahr 1930 vorgesehenen Mittel in Höhe von 24 Millionen RM aufzumachen. Es bleibt daher nichts anders übrig, als die weitere Verbesserung des Straßennetzes auf eine längere Reihe von Jahren zu erstreben und sich im Rechnungsjahr 1930 darauf zu befrüchten, nur das für die Straßen aufzumachen, was unbedingt notwendig ist, um einen neuen Berfall zu verhindern...“



Diese Stellungnahme bedeutet starke Belastung der Gemeinden, die niemals davon denken können, die schwangeren Frauen loszuwerden und deren Ausgaben für die Zuwachs der Straßenunterhaltung damit gezeigt werden. Sie bedeutet aber gleichzeitig Verstärkung der Erwerbslosigkeit in den Gemeinden, für die nach der Drosselung des Wohnungsbauens in den Gemeinden jede Hoffnung, Notstandssatz zu erhalten, schwindet.

Der Abbau der sozialen Ausgaben, wie der bei den Schulen, bedeutet starke Belastung der Gemeinden. Bei den Schulen sind gerade die Behelfen für notwendige Bauen und bauliche Verbesserungen an die Schulgemeinden der Sparwut zum Opfer gefallen.

Trotzdem hat die Bürgerregierung den Mut, in den Erläuterungen zu behaupten, daß bei den Schulen, grundlegend vermieden worden sei, eine Erleichterung der Finanzlage des Staates durch eine Verschiebung von Ausgaben auf andere Träger herbeizuführen. Auf derselben Seite möchte aber Vorschläge, die das Ziel haben, den Gemeinden noch weitere Ausgaben zu überwälzen und auf diesem Wege legitime Ausgaben abzubauen. Es heißt dort:

„Weiter schlägt die Regierung zur Vermeidung des häufigen Steigens der Ausgaben bei Kapitel 38, Titel 2 (Unterstützung Hilfsbedürftiger), die dem Landesfürsorgeverband zur Last fallen) eine Abänderung des Wohlfahrtspfleges und des Gesetzes über die Verwaltungspflege vor.“

Bor ich schweren Auseinandersetzungen in den Gemeinden

Das alles zeigt, daß der Kurs in den Gemeinden noch jetzt werden wird. In den Gemeindeparlamenten werden die Stoßberatungen unter dem Druck der Sparwut der Bürgerregierung stattfinden. Bei den Stoßberatungen in den Gemeinden ist der Kampf aufzunehmen gegen die sozialreaktionären Pläne und Absichten der Bourgeoisie, deren Beauftragte die Bürgerregierung ebenso ist, wie die Hermann-Müller-Regierung im Kriege und wie es die kommende sozialföderalistische Koalitionsregierung in Sachsen sein wird.

Die sozialföderalistische Kommunalpolitik und ihre Bürgermeister sind in den Gemeinden viel zu gern bereit, den Kurs, den Bürger für Sachsen führt, in den Gemeinden zur Anerkennung zu bringen. Sozialföderalistische Bürgermeister sind hier genau so schwime Finanzdirektoren wie die nationalföderalistischen Minister, und in der Durchführung der Stoßberatungen noch rücksichtloser als diese.

Die kommunalen Gemeindebezirke müssen vor dem Forum der wirtschaftlichen Massen den Massencharakter dieser Regierung und ihres Gemeindezals aufzeigen und die Zusammenhänge feststellen. Den Trägern der Stoßberatung der Bourgeoisie und ihrer sozialföderalistischen Händlanger in Staat und Gemeinde gilt der schärfste und rücksichtloseste Kampf. Organisiert den sozialparlamentarischen Kampf gegen rechts. Versammlung und Ausbeutung der breiten Massen!

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ost Sachsen

E

Bautzen



Trinkt die erstklassigen Biere der
Bautzener Brauerei und Mälzerei A.G.

Eisenwaren Werkzeuge

Paul Seidler

Ausfertigungsbürostraße 16

Drogerie, Parfümerie, Fachhandlung
JOHANNES TEICH

Merkenstraße 10

Kaffeesterei und Kolonialwaren
Georg Nitsche

Ritterstraße 4

Herren-Garderoben und Maßarbeit
Herrn-Garderobe 181000 **SIDOR GROSSMANN**

Wendlandstraße 1

Kleiderstoffe u. Konfektion
Paul Otte, Kornstraße 10

Kaufland Fleisch- und Wurstwaren bei
Erwin Guteke, Mönchsgasse 7

3806

Molkerei **Bautzen - Siedau**

Wittels Ziegelseite 14

D. Geige, Kolonialwaren
Gieger Käuerlein 38, Obermarkt 10, Bautzen 1

3808

Kaufland bei der

Gutsmolkerei Puschwitz

an den Fleischbänken 5

Zeitungswirtschaft Arbeit Reden Sie im Herren- u.

Fleischerladen **Walter Rettig**, Hintergasse 13

3807

Ebau

W. Wünsche, Ebau

Kohlen, Briketts, Heideholz

3809

Photohaus **Ebau**

Carl Peter, Obermarkt 10b

3809

Engel-Apotheke, Ebau L. & S.
A. Weile

3809

Uhren und Schmuck

Wolff Klemm, Hauptstraße 1

3809

D. Hausefeld, Hauptstraße

Deutsche Einkaufsgenossenschaft für

Zigaretten

3809

Ihres & Sohn, Job, Gold, Werkstatt

Goldschmiede

3809

C. Julius Reumann jr.

Goldschmiede

Manufakturzucker, Damentonfettion

3809

Michael Thomé, Hauptstraße 1

Sächsische Untergruppe für Delikatessen, Herre-

Haus- und Küchengeräte

3809

Seiffenheuersdorf

Bäckerei und Konditorei

Alex. Berner, Oberstraße 27

3807

Karl Große, Hauptstraße 879

Herrnhütte, Schuh-, Herrenartikel, Schuhe

Futterwaren, Damenputz, Reparaturen

3809

Poststellen- und Reisekonserven

Postamt, Bautzen, Hauptstraße 90

3809

Paul Stettner, Nr. 49

3809

Dr. Stettner, Zahlungsstelle, Bautzen

3809

Bruno Schier Nachf., J. A. Rötsch

Seiffenheuersdorf

3809

Fritz Buske, Bäckerei u. Konditorei, Seiffen-

Heuersdorf Etage 612

3809

Stadtcafé, Bäckerei, Konditorei, Schuh-

Reparaturwerkstatt

3809

Großschönau

Greifel, bei ausgezeichnetem Bäckereibetrieb

b. Greifel, Bäckerei, Brot, B. d. Teile 1

3809

Zigarettenhaus Karl Ulrich

Seiffenheuersdorfstraße 50

3809

Hermann Seifert, Gerichtstraße 71

3809

Seine Zeitung, nach Elster, Schenkschänke

Spezialität für Brotbackerei

3809

Carl Seifert, Spieghenheuersdorfer Straße 15

3809

Wurst- und Metzgerei

Villa Jungmichel

Theodor-Hochstet.-Straße 36

3809

Alwin Schossig

Lebens- und Haushaltswaren

Woll- und Kurzwaren

Elsterstr. 56

3809

Bautzen

Trinkt die erstklassigen Biere der
Bautzener Brauerei und Mälzerei A.G.

Eisenwaren Werkzeuge

Paul Seidler

Ausfertigungsbürostraße 16

Drogerie, Parfümerie, Fachhandlung
JOHANNES TEICH

Merkenstraße 10

Kaffeesterei und Kolonialwaren
Georg Nitsche

Ritterstraße 4

Herren-Garderoben und Maßarbeit
Herrn-Garderobe 181000 **SIDOR GROSSMANN**

Wendlandstraße 1

Kleiderstoffe u. Konfektion
Paul Otte, Kornstraße 10

Kaufland Fleisch- und Wurstwaren bei
Erwin Guteke, Mönchsgasse 7

3806

Molkerei **Bautzen - Siedau**

Wittels Ziegelseite 14

D. Geige, Kolonialwaren
Gieger Käuerlein 38, Obermarkt 10, Bautzen 1

3808

Kaufland bei der

Gutsmolkerei Puschwitz

an den Fleischbänken 5

3807

Ebau

W. Wünsche, Ebau

Kohlen, Briketts, Heideholz

3809

Photohaus **Ebau**

Carl Peter, Obermarkt 10b

3809

Engel-Apotheke, Ebau L. & S.
A. Weile

3809

Uhren und Schmuck

Wolff Klemm, Hauptstraße 1

3809

D. Hausefeld, Hauptstraße

Deutsche Einkaufsgenossenschaft für

Zigaretten

3809

Ihres & Sohn, Job, Gold, Werkstatt

Goldschmiede

3809

C. Julius Reumann jr.

Goldschmiede

3809

Manufakturzucker, Damentonfettion

3809

Michael Thomé, Hauptstraße 1

Sächsische Untergruppe für Delikatessen, Herre-

Haus- und Küchengeräte

3809

Seiffenheuersdorf

Bäckerei und Konditorei

Alex. Berner, Oberstraße 27

3807

Karl Große, Hauptstraße 879

Herrnhütte, Schuh-, Herrenartikel, Schuhe

Futterwaren, Damenputz, Reparaturen

3809

Poststellen- und Reisekonserven

Postamt, Bautzen, Hauptstraße 90

3809

Paul Stettner, Nr. 49

3809

3809

Dr. Stettner, Zahlungsstelle

3809

Bruno Schier Nachf., J. A. Rötsch

Seiffenheuersdorf

3809

Fritz Buske, Bäckerei u. Konditorei, Seiffen-

Heuersdorf Etage 612

3809

Stadtcafé, Bäckerei, Konditorei, Schuh-

Reparaturwerkstatt

3809

Großschönau

Um das Ausnahmegesetz gegen die österreichische Arbeiterschaft

Der Kampf um das „Antiterrorgesetz“ genannte Ausnahmegesetz gegen die österreichische Arbeiterschaft hat eine ernste Wendung genommen.

Die Sozialdemokraten hatten mit den bürgerlichen Parteien die Vereinbarung getroffen, daß die Winterfeier des Nationalrates am 18. März geschlossen werde, so daß das „Antiterrorgesetz“ erst in der Frühjahrstagung vor die Volkslistung des Hauses gekommen wäre. Inzwischen dachten sie die Arbeiterschaft auf den Umfall vorsichtig vorzubereiten und hofften, mit den christlichen und deutschösterreichischen Gewerkschaften zu irgend einem Abkommen zu gelangen.

Die sozialdemokratische „Arbeiterzeitung“ saß ihr Urteil über das Vorgehen der christlichen und völkischen Gewerkschaften in den Worten zusammen: „Sie desertierten zum Feind!“ Wie diese gelben Gewerkschaften sind nicht der Feind der klassenbewußten Arbeiterschaft, sie gehörten eigentlich als gleichberechtigte Mitglieder in eine Front mit den freien Gewerkschaften, bloß jetzt sind sie daran, zum Feind zu desertieren! Das ist der Antikommunismus in der Gewerkschaftsarbeit.

Die Sozialdemokraten waren bemüht, den eigentlichen Zweck des „Antiterrorgesetzes“, nämlich das Monopol der freien Gewerkschaften zu brechen und den Geldern alle Betriebe zu öffnen, durch eine Vereinbarung mit den Gelben aus eigenen freien Stücken durchzuführen.

Was will die Regierung, wenn sie auf das Infrastruktur des Gesetzes im Wege eines Diktates im Nationalrat besteht? Man kann nur sagen: Schober provoziert bewußt die Arbeiterschaft. Die Regierung will eine Kraftprobe.

Die Arbeiterschaft meint das. Die Arbeiterschaft ist sich durchaus der Gefahren bewußt, die ihr aus diesem Zuchthaus gehen drohen.

Die faschistische Regierung will aber das „Antiterrorgesetz“ so wie es ist, ohne Abänderungen und Vermössungen“, und zwar sofort. Daher haben die Regierungsparteien das Abkommen mit den Sozialdemokraten ganz gebrochen, die Tagung des Nationalrats geht weiter. Zweitens haben die Vertreter der christlichen und völkischen Gewerkschaften die gemeinsame Beratung mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten gesprengt.

In den Fabriken herrscht eine Erregung, wie sie selbig während des Kampfes um die fachliche Verfassungsänderung nicht zu bewerten war. Die Regierung, die von der Kampfesstimme der Arbeiter unterrichtet ist, hat darauf in Wien wieder die öffentlichen Gebäudefeuer unter verstärktem Polizeischutz gestellt, hat neuordnungs auf den wichtigsten Straßen und Plätzen Doppelposten aussöhnen lassen, schickte Polizeipatrouillen in der Stadt umher und hat sich sogar die Provocation gefestigt, die Zugänge zu den größten Fabriken mit Polizei besetzt zu lassen.

Die Arbeiter der Fiat-Werke in Wien-Floridsdorf haben auf der Stelle mit Streik geantwortet. An die Direktion wurde die ultimative Forderung gestellt, daß sie für das sofortige Verhören und der Polizei jenseits der Arbeitsschicht sorgen, und so wurde die Arbeit nach kurzer Zeit wieder aufgenommen. In den anderen Fabriken ist die Stimmung ähnlich. Es kann täglich zum Ausdruck eines großen Kampfes kommen.

In einer Vertrauensmännerkonferenz der Sozialdemokratischen Partei in Floridsdorf kam es zu einem Sturm gegen die Taktik der Räuber. Viele Redner verlangten, daß das Antiterrorgesetz mit allen Mitteln verhindert werden müsse.

Nächste Woche will die Regierung das Ausnahmegesetz im Nationalrat durchsetzen. Und von den sozialdemokratischen Führern wird sie bestimmt keinen ernsthaften Widerstand finden.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsleiter laufen in den Fabriken herum und warnen die Arbeiter vor „Unbedonnenheiten“. Sie sind bemüht — trotz aller Fügungen, die sie von Schober erhalten —, auf jeden Fall ihre Zutrittserrolle für den Faschismus zu spielen.

Aber ob es der Gewerkschaftsbürokratie gelingen wird, diesmal die Arbeiter zu beruhigen, ist noch gar nicht sicher. Denn das stand von allem Anfang fest, daß dieses „Antiterrorgesetz“

Katholischer Priester widerlegt flerifale Lügen

Der Verweiser der Diözese Minsk über die Kirche in der Sowjetunion

Minsk, 21. März (TASS). Der Verweiser der Diözese Minsk-Wilno, der katholische Priester Augustin, erklärte in einem Interview mit Pressevertretern auf die Frage, ob ihm Fälle von Verfolgungen der katholischen Geistlichkeit wegen Aussöhnung religiöser Amtshandlungen bekannt seien: Ich muß bekennen, daß mir kein einziger derartiger Fall bekannt ist.

Ich sehe Fälle der Verhaftung von Priestern, die zu meinem kleinen Bedauern eine mit ihrer Würde unvereinbare, regelwidrigkeitliche Tätigkeit, ja sogar Arbeit zugunsten fremder Staaten trieben. In diesen Fällen wurden die Schuldigen unabhängig von ihrer geistlichen Würde in gleicher Weise wie andere Bürger gemäß den Sowjetgesetzen zur Verantwortung gezogen. Darin vermöge ich nicht etwa Religionsverfolgungen in der Sowjetunion zu erkennen.

Zu der Frage, ob Fälle der Verfolgung von Katholiken wegen ihres Glaubensbekenntnisses zu verzeichnen waren, erwiderte Augustin: Die römisch-katholische Kirche und ihre Gläubigen waren Verfolgungen und Unterdrückungen seitens der Jarenregierung ausgesetzt. Alle erinnern sich noch der Gewalttätigkeiten der zaristischen Verwaltung gegenüber Katholiken und Uniaten, die gewaltsam zum griechisch-orthodoxen Glauben gebracht wurden.

Die Sowjetmacht hat Kirche und Staat getrennt, die privilegierte Stellung der griechisch-orthodoxen Kirche aufgehoben, alle Konfessionen rechtlich gleichgestellt und ihnen durch die Verfassung Glaubensfreiheit gesichert. Aus meiner Amtszeit in verschiedenen Gebieten der Religion- und Glaubensfreiheit durch Organe der Sowjetmacht ausgelegt werden kann.

Sowjetunion und sieht als Verweiser der Diözese Minsk-Wilno kann ich keinen einzigen Fall anführen, der als Beweis dafür, daß die durch die Verfassung gesicherte Freiheit des Glaubensbekenntnisses von den Sowjetbehörden verletzt werde, ausgelagert werden könnte.

Auf die Frage, ob Fälle der gewalttamen Schließung katholischer Kirchen durch Behörden vorliegen und ob ihm solche Fälle bekannt seien, erklärte Augustin: Die im Auslande eifrig verbreiteten Meldungen, die Sowjetunion schließe Kirchen, entsprechen nicht den Tatsachen. Es gab und gibt keine derartigen Fälle, sondern es kommt etwas ganz anderes vor; und zwar übergeben Gläubige aus eigener Initiative, geblüft auf das verhältnismäßige Gehege über die Glaubensfreiheit, manchmal ihre Kirchen zwangsweise Einrichtung von Kulturstätten, was keineswegs als Verlegung der Religions- und Glaubensfreiheit durch Organe der Sowjetmacht ausgelegt werden kann.

Diese authentischen Ausführungen eines Vertreters der römischen Kirche widerlegen schlagend die Lügenberichte, die die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen über den „Glaubenskrieg“ in der Sowjetunion austreuen. Es ist selbstverständlich, daß sich durch die Schaffung neuer Lebensformen im Verlauf des sozialistischen Aufbaus die Basis für religiöse Tätigkeiten verengt. Die werktätigen Massen kreisen kirchliche Bindungen und religiöse Hemmungen ab und werden mehr und mehr der antireligiösen Propaganda zugänglich, die der Klartheit und bewußtsein Teil des Proletariats der Sowjetunion betrifft.

Die weiße Bestie rast . . .

Eine neue Welle des konterrevolutionären Terrors in allen kapitalistischen Ländern

Eine neue Welle des weißen Terrors geht durch die Pande. Der revolutionäre Aufschwung auf allen Kontinenten zwingt die internationale Bourgeoisie zu einem Verzweiflungskampf gegen die werktätigen Massen. Doch trotz Verstümmelungen, Folterungen und Todesurteile folgt die rote Sturmflut höher und höher. Der Tag rückt näher, an dem die Todesstunde der bluttrüten Kapitalistischen Ordnung schlägt.

Belgrad, 20. März. Im Belgrader Monstercircus gegen jugoslawische Kommunisten wurden 16 Angeklagte zu 10 bis 1 Jahr Zwangsarbeit, insgesamt zu 83 Jahren Zwangsarbeit, verurteilt. Drei der Angeklagten nahmen an den Prozeßverhandlungen nicht teil. Sie wurden dermaßen mißhandelt, daß ihre Erschöpfung in der Offenbarlichkeit unmöglich war.

Unter anderem wurde einem der Angeklagten eine Peitsche abgetragen.

Warschau, 20. März. Hier wurde von der Polizei eine elfjährige (!) Schülerin verhaftet, wegen angeblicher Verbreitung kommunistischer Aufsätze.

Ein Jugendlicher, der einen revolutionären Aufzug an einen Zaun geliefert hatte, wurde vom Gericht in Podz der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Jugend Polens für schuldig befunden und zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der polnische Sejm ließte den revolutionären Bauernabgeordneten Cham nach Aufhebung der Immunität an die Klassejustiz aus, weil er am Schluss einer Rede „Es lebe die Sowjetunion!“ gernhaft hatte.

Paris, 21. März. Wegen Pressedelikten wurden zwei kommunistische Kandidaten bei den Gemeindewahlen in St. Denis und der Geschäftsführer der „Humanité“ zu je zwei Jahren Gefängnis und 2000 Franken Geldstrafe verurteilt.

mehr als alle anderen Punkte des fachlichen Programms, mehr als die Vergütung der Macht des Bundespräsidenten, mehr als Notverordnungsrecht und Wiedereinführung der Abfahrt und Ständekammer, die Arbeiterschaft zum Kampf aufgerufen wurde. Jeder Arbeiter weiß, wie es hier um seine unmittelbarsten Interessen, wie es hier buchstäblich um sein tägliches Brot geht.

Die Regierung sucht der Bewegung in den Fabriken durch Terrormaßnahmen zuvorzukommen. Die „Rote Fahne“ wird nun wieder fast täglich konfisziert. In St. Pölten wurden am 6. März gegen eine Demonstration von einigen hundert Arbeitslosen nebst der südtirolischen Polizei

und Gendarmerie zwei Kompanien Alpenjäger aufgedroht. In Wiener Neustadt hieb Polizei und Gendarmerie mit blanker Waffe die Arbeitslohen auseinander. In Berndorf wurden unter den Arbeitslosen Massenverhaftungen vorgenommen. Hausdurchsuchungen bei Kommunisten sind zu einer alltäglichen Erscheinung geworden.

Das sind natürlich keine Zeichen einer besonderen Stärke des bürgerlichen Regimes oder seiner Stabilisierung, sondern im Gegenteil, des Gefüls der Unsicherheit, von dem die Regierung gegenüber der wachsenden Revolutionierung der Arbeiterschaft beherrscht wird.

Bogold. Wir sind eben Soldat, was gibt's denn da noch zu fragen!“ Ganz ernsthaft sagt er das, als hätte er für ein weltbewegendes Problem die lösende Formel gefunden. Maslowsky bearbeitet seinen Stiefel auf der Bank, hält ob unseres Gesprächs einen Augenblick inne und sagt, als ich gehe: „Was es doch für komische Räume gibt!“, schüttelt den Kopf und lacht.

Hier kommt es wohl nur auf das Körperliche an, ist die weitere Frage, die ich aufwerfe. Alles ist auf Disziplin eingestellt, alles, auch das Unmöglichste, ist nur Scheindurst unzulässig, dient einem Zweck, dem des reibungslosen Einsatzes der Kräfte. Der körperlich am besten durchgebildete Soldat ist das Ziel.

Mit fällt — nebenbei bemerkt — der „Dienst“ nicht allzu schwer. Ich schreibe viel an Klaus und Alfred und an die Frauen. Die Verbindung hält mich aufrecht. In dieser Welt lebe ich, hier bin ich nur ein Fremdkörper. Den „Dienst“ mache ich mechanisch. Ich lebe die landschaftlich schöne Gegend, spite die Wirkung der frischen Luft, das Essen schmeckt mir, und außerdem ist dieser Aufenthalt ja gefährlos. Ich mache alles mit, wie ein notwendiges Werk.

Wir laufen um die Wette über den Exerzierplatz nach der Scheune. Weiß putzt wie ein Saugasmotor und kommt als einer der letzten angekrochen. Maslowsky fällt über seine eigenen Arsch. Fabian hört mittendrin überhaupt auf zu laufen, guckt nach der Scheune hinüber wie ein kranker Elfe. Fabian ist Gefangenenausführer. An seiner guten Gesinnung ist kaum ein Zweifel.

Die körperlich Tüchtigsten sind die Arbeiter. Man braucht sie nicht — wie Weiß — erst auf das Hinterteil zu treten, wenn sie im Liegen schließen. Man braucht sie nicht mit Wasser zu dopenken oder gar heimzuschleppen, wenn man uns insgesamt im Gelände herumgejagt hat. Der Unteroffizier braucht, wenn er durch die Front schreit, nicht erst wiederholen zu rufen, daß dort ein Feindwacht vorsteht, dort einer steht, als hätte er einen Stoßstielnach auf der Schulter unter'm Rock.

Aber wie kommt es nun, daß diese vermanchten Figuren mit den Unteroffizieren und Feldwebeln so intim werden?

Sie haben Geld! Mitunter auch das „Einjährige“. Es dauert nicht lange, dann sind sie selbst Gefreite oder Unteroffiziere, und bringen anderen Soldatenzungen bei. Diese Idealgestalten im Königreich waren es auch, die, als „Spliner“ zwischen den Seiten im Gang sichtbar wurde, fast den Tisch umrissen und ihr „Mächtig!“ durch den Saal gröhnten.

Sie schämen sich nicht vor ihren Frauen, und ihre Frauen fanden wohl auch nichts Entwürdigendes im Verhalten dieses Unteroffiziers. Sie gaben an ihm hoch, wie Hennen.

Sophie ist halb bedrückt und meint, ich würde wohl nun nichts mehr zu lachen haben. Ich jedoch bin ganz ruhig geworden. Ich tan in den vierzehn Tagen zu dem Resultat: Man macht die Menschen zu solchen Idioten, damit ihnen später das Verbrecherische ihres Tuns nicht zum Bewußtsein kommt.

Ich begleite Sophie zum Bahnhof. Nun erst können wir ungestört sprechen. Sophie hat einen Jungen und ist sonst gesund. Teile ich gezeichnet, er liegt in Polen im Lazarett, ist leicht verwundet. Dann packt Sophie die Liebesgaben aus. Von allen ist etwas dabei. Auch eine Aufnahme der Arbeiter und Arbeiterinnen der Granatenfabrik, alle in Arbeitskleidung an den Mädeln. Auf einem Stapel Granaten im Hintergrund ist auf einem Papptablett unschwer zu entziffern: „Gott strafe England!“

Anna läßt lügen, du sollst schreiben, wenn du Wäsche brauchst. Sie alle hoffen, dich bald auf Urlaub zu sehen. Von Klaus soll ich dir noch die vielen Briefe geben.“

Ich freue mich über alles. Aber diese Freude schmerzt mich. Sophie fühlt das. „Du bist so gedrückt, Hans, ich glaube, du verschweigst mir etwas.“

„Nein, du mußt das verstehen. Hier ist alles so neu für mich. Ich kann mich so schlecht daran gewöhnen. Ich fühle mich unwohl. Das wird sich aber legen.“

Ich kann sie nicht ansehen, denn ich läge. Sie kann nicht miterleben, was ich erleide, und ich kann ihr das nicht miterleben. Sie hat das „Gott strafe England!“ nicht beachtet, nicht erwähnt, und kennt nur eine Sorge, daß ich mit den Urlaub in acht Tagen nicht verlierere. Sie ist hilfsbereit, ein wertvoller Mensch, blühte auf vor Freude, als sie mich sah. Aber sie weiß auch nicht mit Tatsachen abzuhelfen. Sie ist Frau, ganz Frau, selbstlos bis zum äußersten. Aber sie erlebt nicht mit mir die qualvolle Qualen der Verzweiflung. Sie sieht nicht die Doppelrolle, die ich spiele. Sie spricht mehr zu dem Soldaten, als zu dem, der in diesen Lumpen steht. Mir ist das alles so gleichgültig, so unangenehm banal. Ich denke an meinen Urlaub, ich denke nicht an die Zeit, da wir verladen werden sollen an die Front, mir macht keine Sorgen, was nach der „Schlußversammlung“ am Nachmittag folgen wird. Ich denke an Klaus und Alfred.

(Fortsetzung folgt)



13. Fortsetzung.

Bei dieser meiner Phantasie habe ich lange nicht erfaßt, daß sich der Soldat nicht mit solchen ästhetischen Schrullen plagt darf, soll er seinem Zweck erfüllen. Es ist eben Krieg. Und taum, daß sich der Knäuel in meinem Hirn zu entwirren scheint, verschwindet schon wieder alles.

Beigagi Ehrenröde haben nämlich blonde Knöpfe. Nachdem ich glücklich so weit bin, rein intellektuell die Notwendigkeit zu begreifen, daß ästhetische Gefühle zurückstehen müssen vor dem praktischen Zweck, sehe ich, daß ich mich in einem verhangenen Zustand befinden. Die ästhetische Seite kommt nämlich zu ihrem Rechte.

Die ganze Stube, die ganze Kompanie putzt abends mit fanatischem Eifer die Knöpfe an den Röcken. Morgens beim Unterricht werden alle Knöpfe sorgfältig deaupiert, und wehe, wenn da irgendwo nicht alles glänzt. „Wir sind doch keine Schweine!“ heißt es dann.

Ich frage ein bißchen herum, was die anderen so über dies und jenes denken. Sie müssen sich doch etwas denken, woher sollte sonst der Eifer kommen? Einige Proletarier sind darunter, die meinen „man macht den Stumpfmus eben mit, weil es keinen Zweck hat, sich dagegen anzulehnen“. Aber das sind ja nicht die etatlichen. Da sprach ich einmal mit Weiß darüber, Maslowsky stand daneben. Die beiden putzten stets mit Feuer-eifer, mußten also von einem fachlichen Grund angefeuert, des geistigen sein? Und ein Oberlehrer ist doch eine wichtige Stütze des Heiteslebens!

Weiß guckt mich an — er weiß gerade seine Stiefel — läßt beide Hände sinken, und sagt: „Was redet du denn für Unsinn,

WIRTSCHAFTS-ABTEILUNG

ein Wagen voll
ein Wagen leer



Auf bequemen
Rolltreppen

bis
zum 4. Stock

zu unserer
vergrößerten

Wirtschafts-
Abteilung

Zahlung kann erfolgen bei Kauf der Ware unter Kürzung von 3% Skonto oder
ohne jeden Aufschlag in 4 aufeinanderfolgenden Monatsraten | Unsere Versandabt. erledigt für
Auswärtige alle Bestellungen

RENN
KAUFAUS AM ALTMARKT

den Gedanken, das Parlament mit Hilfe des Artikels 48 auszuschließen, abstimmen.

Dann ergäbe wichtig wie die Frage, ob eine Regierung den Artikel 48 anwenden soll, ist die Frage, was sie mit dem Artikel 48 durchsetzen will. Wenn jetzt der Reichspräsident zusammen mit dem sozialdemokratischen Reichskanzler den Artikel 48 in Kraft setzt zu dem Zweck, um das für die Sozialdemokratie und die unteren Volkschichten untragbare Finanzprogramm der Regierung über den Kopf des Volksvertretung hinweg durchzuladen, so würden die Sozialdemokraten in dieser Regierung das Amonahmezustandes nur die Sütte der Bourgeoisie sein, deren Abschüsse gegen die Arbeiterschaft sie durchführen. Die Wirkung einer solchen Handlung müßte für die Partei und die Demokratie katastrophal sein."

Willen also die "Linien" die Herrschaft des Artikels 48 als eine Regierungsform bezeichnen, bei der die Sozialdemokratie der "Sütte der Bourgeoisie" ist, so besteht sich das noch mit mehr als die unverantwortliche offene Koalition mit der Volkspartei, wie sie gegenwärtig in der Reichsregierung zum Ausdruck kommt.

Welche Konsequenzen gehen über die "Linien" Sozialschichten in Sachsen aus dieser Tatsache? Ihr Koalitionsangebot an die Volkspartei in Sachsen beweist es, ihre eindringliche tägliche Anleidung noch, und noch trocken formeller politischer Abrede, in ein übriger Beweis. Der Verlust der SPD damit zu restitutieren, daß es sich in Sachsen um ein

"Verwaltungsparlament" handelt, ist eine niederträchtige Erfüllung der Arbeit. Sie wird auch nicht dadurch besser, daß die SPD-Presse eine solche Formulierung von der Volkspartei übernommen hat. Die sächsische Regierung verfügt genau wie die Reichsregierung über Executivegewalt. Sie entscheidet und verfügt über die Polizei- und Justizorgane, über den Sozialstaat, über die Mieterrichter etc. u. a. Auch in steuerlicher Hinsicht ist sie im Rahmen der Reichsregierung weitgehende Vollmacht eingeräumt. Aber auf welches Betrugsmaß der müssen nicht "Linien" verzichten, um ihren Regierungsantritt den arbeitenden Massen plausibel zu machen.

Dort werden sie den Seevering und Müller vor, daß jene "Sütte der Bourgeoisie" sind. Hier in Sachsen können sie nicht die Zeit abwarten, um nicht nur in den Betrieben und Polizeipräsidien, sondern auch in der Regierung "Sütte der Bourgeoisie" zu sein.

Das gilt es, den sozialdemokratischen Arbeitern durch uns klarzumachen. "Linien" demagogischen Wortschläge müssen von uns nichts ausgedacht werden. Die Entwicklung der "Linien" führt nur einhergehend mit der Organisierung der revolutionären Einheitsfront in den Betrieben, Stempelstellen und Massenorganisationen. Sie muß zum Ausdruck kommen bei den Betriebsgewässen, wo die Arbeiter durch die Wahl roter oder sozialdemokratischer Listen entscheiden, ob sie gegen oder für die Große Koalition sind.

Das Kommando der Volkspartei

Mannheimer Parteitag der DDP gegen jedes Zugeständnis an die SPD

Berlin, 22. März. (Eig. Drahtmeldung.)
Gestern trat in Mannheim in der sogenannten Zentralabteilung der Deutschen Volkspartei zusammen. Das Referat hielt Reichsfinanzminister Dr. Scholz. An der Diskussion beteiligte sich auch Reichsfinanzminister Dr. Waldehausen. Gerade deswegen ist das Erstaunlichste der Aussprache über die Finanz- und Steuertagen von großer Bedeutung.

Rudolf Mittelberg der nationalliberalen Korrespondenz wurde beklommen, daß eine weitere Entlastung der Wirtschaft durch Steuerentlastung für das Großkapital unabdingbar erforderlich ist.

Diese Steuerentlastung soll unbedingt an eine Senkung der öffentlichen Ausgaben also der an sich schon niedrigen Ausgaben für soziale Zwecke für Volksgenossen, an den Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung gebunden sein.

Die Deutsche Volkspartei bearbeitet weiter in diesem Kampf jeden Bundesgenossen und jede Unterstüzung ganz gleich, von welcher Seite sie auch kommt. Da gleichzeitig gemeldet wird, daß die Deutsche Volkspartei für Durchführung dieses Programms vor seiner Konfession aufzuhören weiß, bedeuten diese Worte den sozialen Frieden auf die gesamten Koalitionsbündner und die Bereitschaft der Trustbourgeoisie, zeitweise auch mit der bürgerlichen Kürze hinzuhören und in Thäten mit Hitler zusammenzuarbeiten.

In einer Erklärung wurden ausdrücklich die Beziehungen der Reichstagsfraktion und des Parteivorstands vom 2. März genehmigt. Darin wurde das oben erwähnte Programm zum erstenmal in aller Klarheit formuliert. Der junge Sozialist der Volkspartei ist geradezu ein Befehl an die Sozialdemokratie, die Bindungslos und noch konsequenter als bisher ihren Konservativen durchzutreten. Daß die Partei Seevering dann bereit ist, sich aus ihrem ganzen Verhalten im Reichstag und in der Regierung hervor.

Koalitionen der Volkspartei

In Thüringen Fried, in Sachsen Edel

Der Rückzug Seeverings wird erst vollständig klar, wenn man sich der Kommentare der sächsischen SPD-Presse aus den letzten Tagen erinnert. Da knallt es nun so: "Fried, der Hochverrät. Fried muß sofort verschwinden. Der Reichsamtchef muß Anklage wegen Hochverrat erheben." Nichts ist

dann übrig geblieben, Herr Seevering verhandelt mit dem Hochverrät.

Zu einer Reichsbannerversammlung in Weimar, wo er Sonntag sprechen sollte, hat er sein Ersteinen abgesagt.

Die Volkspartei weiß mit ihren Gruppierungen umzugehen. Im Reichstag unterstützen ihre Minister den Seevering, im Thüringischen Landtag erklärt die Volkspartei ihre Verbündetheit mit Fried. Ausdrücklich tut ihr gegenwärtiges Verhalten einzig und allein die Bedeutung, die den Nationalen oder Sozialschichten als Hilfsgruppen der Bourgeoisie im Kampf gegen die Arbeiterschaft zukommt. Entsprechend ihrer Stärke und ihrem Einfluß auf die Massen werden sie von der Bourgeoisie als Reaktionsoberklasse heranreissen oder auf Widerstand in die Wüste schubst.

Die sozialdemokratische Presse kann natürlich über viele doppelseitige Politik der Volkspartei nicht stillschweigend hinwegsehen. Die sächsische "Eduard-SPD-Presse" nimmt folgendermaßen dazu Stellung:

"Dass ein solcher Mann, der noch dazu des offenen Hochverrats gegen die Reichsregierung im Jahre 1923 als schändlich genannt hat, überhaupt Minister eines deutschen Landes werden könnte, ist ein unhalbbarer Zustand. Das eine Verbindungspartei, wie die Deutsche Volkspartei, diesem Mannen ihre Stimmen abgeben hat und ihn nicht duldet, obgleich zahlreiche Handlungen des Herrn Fried beweisen, daß er nicht nach der Verhöhung ironisch als Vorbild zu regieren gedenkt, ist augenscheinlich befremdlich mit dieser Partei.

Die Schuld an diesem Skandal trägt wohl wie wir schon mehrfach bewiesen, selbstverständlich in erster Linie die Volkspartei, die genau wie in Sachsen aus Angst vor dem sozialdemokratischen Einfluss auf das Landarbeiterdorf die Regierung ermöglichte. Dieche Volkspartei, die keinen Antrag der Reichswehr nach Sachsen rief und nach Herstellung der Reichsautonomie Fried, ruft bis jetzt noch keine Hand an, um den staatsfeindlichen thüringischen Minister abzutun. Neben das Scheinehülle liegen Geburten dieser Partei, wird nach der Erledigung des Falles Fried, die höchstlich im Sätze vor sich steht, noch einmal gründlich zu redem sein."

Das alles hindert die lädierte Sozialdemokratie nicht, ihr Koalitionsangebot an viele "honeste" Volkspartei austauschbar zu halten. Ihre Empörung ist in Wahrheit der Beifall gegen die Große Koalition auf den die Volkspartei die "Linien" endlich erhöre.

509 neue Mitglieder für die KPD Gochsens

Die örtlichen Arbeiter antworten auf das Juchthausangebot durch Massenbeitritt in die KPD

Bis zum 19. März traten, wie aus dem Bezirkssekretariat der KPD gemeldet wird, 509 neue Mitglieder der Partei in die Lem Monat bei.

Dieser Massenbeitritt der Arbeiter in die Partei der Revolution ist eine Antwort auf den Aufruf in Deutschland, wie sie klarer nicht sein kann. Sie ist die Erkenntnis der Arbeiter, daß die Lösung der kommunistischen Partei Deutschlands "Nur die proletarische Revolution erreicht den Youngplan" richtig ist, gewaltig macht. Die neuen Parteimitglieder, Arbeiter und Arbeitnehmer, sind in die Kommunistische Partei eingetreten, um die proletarische Revolution zu organisieren. Eine Übersicht über die täglichen Beiträge zeigt folgendes Bild:

Am 17. März traten 30, am 18. März 26, am 19. März 36, am 20. März 38 und am 21. März 35 Mitglieder in die Kommunistische Partei ein.

Besonders heroisch für die Werbetätigkeit ist die städtische Juniorschaft von Mitgliedern und Zeitungslesen in den kleinen und mittleren Ortsgruppen. In den großen Orten, und besonders in den Betrieben ist die Werbetätigkeit ungängig. Die Hochburg der proletarischen Revolution ist der Betrieb, dort gilt es, verläßt anzufeuern. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin muß durch die Betriebszeitungen, durch Flugblätter und Versammlungen systematisch aufgerufen werden, dadurch, daß die Betriebs- und Straßenbenennungen eine viel stärkere Bearbeitung der Betriebe organisieren. Die gesamte Partei muß an der organisatorischen Stärkung unserer Arbeitnehmern mitarbeiten. In jede Arbeitserwohnung muß die "Arbeiterstimme" dringen, das Ziel, 5000 neue Leute ist noch nicht erreicht. Es wird aber bei einiger Anspannung der Kräfte weit überschritten werden, wenn jedes Parteimitglied und jeder revolutionäre Arbeiter mit hilft, die kommunistische Bewegung zu stärken.

Rot-Front-Demonstration gegen Republikschutzgesetz

Dresden, den 21. März.

Gestern demonstrierten in Dresden-Löbtau 100 uniformierte Rot-Frontkämpfer gegen das Juchthausangebot. Begleitete Rot-Front-Arme der Arbeiter von Löbtau begrüßten die führenden Soldaten der Revolution. Diese Demonstration zeigte, daß sich Herr Seevering und seine Austraggeber irren, wenn sie glaubten, daß revolutionäre Arbeiter die Verbots ihrer Organisation durch die Trustbourgeoisie und ihre Knechte respektieren. Die Dresdner Roten Frontkämpfer marschierten trotz Seevering, trotz Rücks. Der geistige Aufruhr ist Beweis dafür, daß die revolutionäre Arbeiterschaft allen Widerständen zum Trotz vorwärts marschiert.

Landarbeiter wählen rote Guträte

Vor den Jungarbeitern bis quis Blut gepföhnt, von den Stahlhelm-Inspektorat gelöscht und von den Bonzen des Landarbeiterverbandes an die Gutsbesitzer vertraten und verfaßt, traten die Landarbeiter allen ihren Feinden. Im Bezirk Magdeburg, so auf Gut "Stern" in Halberstadt, Rittergut Leipziger Domäne, Gröningen, Domäne und Klostergut Leipziger Domäne und einer ganzen Anzahl großer Güter haben die Landarbeiter den vom DGB zusammengeschlossenen reformistischen Listen rote Guträte entgegengestellt.

Wer die Lage der Landarbeiter kennt und weiß, welche Opfer es kostet, sich offen als revolutionär zu zeigen, wer da weiß, daß die revolutionären Landarbeiter nicht aus der Arbeit, sondern auch noch aus der Wohnung gefeuert werden, der muß alle Achtung vor diesen Arbeitern haben, die allen Gegnern zum Trotz revolutionäre Listen aufstellen. Bravo den Landarbeitern!

An diesen mutigen Landarbeitern können sich viele Industriearbeiter ein Beispiel nehmen.

Schlachthof Leipzig

Bei den gestern stattgefundenen Betriebsratswahlen auf dem Schlachthof Leipzig erhielt die rote Liste 119 Stimmen und 4 Sätze, die Reformisten 84 Stimmen und 3 Sätze.

Der Dolchstich

Mannheim, 22. März. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Stich der Belegschaft der Vereinigten Metallwarenfabrik ist durch eine schändliche Betriebsabstimmung des reformistischen Betriebsrates und der Gewerkschaftsbürokratie mit der Direktion abgewürgt worden. Demnach soll die Arbeit zu den Bedingungen des Schlachtpfades wieder aufgenommen werden. Es sollen nur die Brüderinjekte einiger Abteilungen um etwa 30 Prozent erhöht werden. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition erklärte sich gegen diese Betriebsabstimmung. Dem verfeindeten Vorzeichen des Betriebsrats und der Gewerkschaftsbürokratie gelang es jedoch, die Belegschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen.

Begeisterte Durchführung der Saat-Sampagne in der Sowjetunion

Die "Pravda" vom 16. März teilt mit, daß nun auch im Donetsbergbau der Bezirk in einigen Tausend die Saat-Sampagne begonnen hat, 150 Maschinen-Traktoren-Sättelarbeiten bereits intensiv. Am unteren Don werden täglich 300 Zentner Saatgut die ausgetragen. In Nordostfalen und an der mittleren Wolga hat ebenfalls die Saat-Sampagne einen guten Anfang genommen. Im Autonomiebezirk wurde vor Beginn der Aussaat ein Meeting veranstaltet. Mit dem Gelang der "Internationale" wurde auf den Feldern die Aussaat begonnen. Auf der Sowjetzentralkommission "Gisgan" arbeiten 25 Traktorenkolonnen, die in 8 Tagen 74.500 Hektar Acker bearbeiten werden. Aus Amerika und mit dem Dampfer "Weltling" 750 schwere Traktoren in Odessa angelangt, die zur Frühjahrs-Sampagne auf Sowjetwirtschaften und in den Maschinen-Traktoren-Sättelarbeiten Verwendung finden werden.

Witterungsausichten. Keine wesentliche Veränderung des erheblichen oder länger dauernden Niederschlags. Temperaturverhältnisse wenig geändert. Tagessüber im Flachland mild schwache bis mäßige Winde aus südlichen bis westlichen Richtungen.

Warum kam ich zur KPD?

SPD-Redakteur u. früheres Mitglied der Georgischen menschewistischen Partei

Darüber spricht am Dienstag, dem 25. März, 20 Uhr, im „Reichsbanner“ der ehemalige Unkostenbeitrag 20 Pf. Erwerbslose 10 Pf.

Herr Rösch:

Ministergehälter werden erhöht

Von Alfons Sublimer

In der letzten Stadtverordnetenversammlung beantragte der Sozialdemokrat Rösch unter Bezeichnung Olga Rösch als Schauspielerin, daß sie gegen mögliche die Ministergehälter seien mit den Gehältern der „Damen“ erhöht werden.

Weil's den Ministern eben geht,
hat man jetzt ihr Gehalt erhöht,
Und zwar, wie sich's gehöhrt, recht nüll...
Müller hat hundertzwanzig Mille.

Weil Hermann uns bepanzt steigt,
Kriegt er pro Tag dreihundertdreißig
Reichsmark vor zu den Tisch gehau'n...
Ja, lohnend ist das Kreuzerbau'n!

Und wie bei ihm, so ißt's bei allen:
Oh, he ist richtig umsehn, fallen —
Ob bürgerlich, ob Capedech —
Jehntousende ins Portemonnaie.

Da wird bei Kavia und Selt
Noj Brunnbänkchen rumgeschleift
Für Deutschlands Wiederauferstehung
Und lohnende Gehalts erhöhung.

Indes drohn hungernde Proleten
Den Gasbahn auf, um sich zu töten —
Minister klippern, bauchgeschwoll,
Mit ihrem Geld... mit unserm Geld...
So untreich ist es auf der Welt!

Liebespaar beacht Selbstdom

Um Mittwochabend in der fünften Stunde wurde die Sanitätsaufsicht der Feuerwehr nach einer Wohnung auf der Johann-Meissner-Straße gerufen, wo eine 17jährige Haushälterin und ein 19jähriger Maurer gesamtgefallen waren. Wiederlebungsversuche blieben ohne Erfolg. Die beiden jungen Leute sind, nach bürgerlichen Blättermeldungen, aus Viecksummen in den Tod gegangen.

Wer hat, dem wird gegeben

Weiter hierzulande. Wer mit 7, 10 oder 12 RM Erwerbslosenunterstützung Niedersachsen erzielt, ohne sie dem Arbeitsamt zu melden, ist nach dem „Gesetz“ ein Betrüger und muß ins Gefängnis. Wer aber mit monatlich 350 RM Renten lädt, bis 1,50 RM Nebenverdienst erzielt, hat ihmheraus auf Grund der heutigen „Ordnung“ erhöhte Bedürfnisse. Deswegen kommt auch unter Polizeiinspektor a. D. Müller, mit seiner Renten nicht aus und muß im Vorhof die Eintrittstüren abreißen. Scheinbar ist unter den 60 000 Dresdner Erwerbslosen keiner, der diese Tätigkeit ausführen kann. DR. 878.

Ein Kinderwagen von einem Pferdegekämpf umgerannt. An der Straßenkreuzung Löbtauer Ecke Tharandter Straße ereignete sich in den Mittagsstunden am Freitag ein bedauerlicher Unfall. Die Pferde eines Geckhirscher überliefen und den Kutscher verlor die Gewalt über das Fahrzeug, in das dieses auf den Fußstein geriet und dort einen Kinderwagen umwarf. Das darin befindliche Kind mußte infolge schwerer Verletzungen im das Krankenhaus gebracht werden.

Autobrand. Am Freitag gegen 12 Uhr brannte auf dem Autorennplatz ein zweckloses Automobil. Das Feuer verzehrte den Wagen bis auf das Unterteil.

Vom Seehaus. Die im Juli 1929 aufgenommenen, im Oktober 1930 fällig gewordenen Pfandnotdienlehen sind bis 2. April 1930 zurückzuzahlen oder zu verlängern, andernfalls die Pfänder vom 1. April an versteigert werden.

Die österreichische genossenschaftliche Propaganda-Revue kommt nach Dresden

Vom Sekretariat des Konsumvereins „Wormärkt“ wird uns geschrieben: Die österreichischen Genossenschaften stellen den Film in den Dienst genossenschaftlicher Propaganda. Nicht nur das Wort, das den Wert und die Bedeutung der Genossenschaften darstellt, nicht nur das Bild, das die Leistungen der Genossenschaften zeigt, soll nun werden, sondern ein Spiel, das wirkend und bunt um die Welt führt, um die Welt der Genossenschaft. Am 22. März kommt diese Revue, die in Österreich zahllose Male aufgeführt worden ist, nach Sachsen. Sie kommt, wie sie ist, mit Kind und Kegel, d. h. mit Dekorationen und Lautsprecheranlagen, mit Scheinwerferbatterien und Koffermänen, mit Tänzerinnen und Darstellerinnen. Dr. Dent, Hans Gregor und Rudolf Anselm sind die drei Hauptdarsteller des Spiels, bewährte Schauspieler; Gisela Grecht, eine bekannte Wiener Tanzfüßlerin, hat die Tänze eingeschult; Martha Lenz tanzt drei Solotänze; ein ganzes, großes, fahrbares Theater ist diese Revue.

„Marxist“ Dr. Ebert als „Arbeiterfreund“

Ein standhafter Urteilsspruch des Arbeitsgerichts / Die Glashölle siegt über den Arbeiterrat — vor einem sozialdemokratischen Arbeitsrichter

Die Aktiengesellschaft für Glasindustrie norm. Siemens (im Volksmund als Glashölle Löbtau bekannt) ist das führende Unternehmen einerseits bei der Ausweitung ihrer Arbeiterschaft, andererseits aber auch bei der Missachtung der gewählten Arbeiterräte. Reformistische Arbeiterräte führen die Unternehmer in der Durchführung ihrer arbeiterfeindlichen Maßnahmen nicht — anders aber rote Arbeiterräte. Diese unmöglich zu machen, ist das Hauptziel der Direktion der Glashölle. Und dazu gibt es genugende gesetzliche Maßnahmen. Die beliebteste und durchdringendste Methode hierzu ist die Teilstilllegung eines Betriebes.

Auf diese einfache und ebenso billige Weise wird am schnellsten das geforderte Ziel (Brotlosmachung von achtzehn Arbeiterräten) erreicht. Hierzu nun mochten der Scharfmacher Dr. Wodrich und der Obercharfmacher des Glasindustriellenverbands, Dr. Heselstrand (siehe Bild), gebraucht. Sie konnten auch gar nicht den Tag des Herauskommissars des oppositionellen Betriebsrates, des Gen. Magde, erwarten, und beschwerten beim Gewerbeaufsichtsrat die geistliche vierwöchige Sperrfrist auf 14 Tage zu verlängern. Der Scharfmacher des Glasindustriellenverbands meinten sie aber hinteruntertun. Aber am 26. Februar liegen dann prompt 39 Kochmacher (Diese Abteilung wurde stillgelegt). Da aber Ge-

**Statistik des Elends in Dresden**

Der Fleischverbrauch sinkt stark, aber der Bestand an Kraftfahrzeugen wächst

(Von unserem HS-Arbeiterkorrespondenten)

Die Bevölkerung breiter proletarischer Siedlungsgebieten zeigen die Zahlen des Statistischen Amtes der Stadt Dresden, die in den Berichten „Dresdner Statistik“ enthalten sind. Wie sich die Erbschaftsfolge auswirkt, wird ersichtlich, wenn man die Bevölkerungsziffer bei der Straßenbahn vom Januar 1929 mit der im Januar 1930 vergleicht. Befordert wurden:

Januar 1929 20 351 000 Personen.

Januar 1930 18 390 000 Personen.

Als ein starker Rückgang an befördernden Personenträgern, der auch nicht im entferntesten mitgemessen wird durch die etwas angestiegene Beförderungsziffer bei den Kraftomnibusen, so befördert wurden:

Januar 1929 1 138 000 Personen.

Januar 1930 1 196 000 Personen.

Bei dem Eisenbahnverkehr zeigt sich das gleiche Bild des harten Rückganges. Im Stadtgebiet wurden an Fahrräten verkauft:

im Januar 1929 640 000

im Januar 1930 604 000

Dog es einer Sicht von Leuten, der Sicht der Fehlenden, besser und besser geht, zeigt die Zunahme an Personenzugwagen, von denen vorhanden waren:

im Januar 1929 772

im Januar 1930 9421

Das Elend und die Größe der Erbschaftsfolge wird durch die Zahlen der Erwerbstätigkeit verdeutlicht:

im Januar 1929 waren es 42 476

im Januar 1930 waren es 62 000

Eins- und Auszahlungen bei der Sparkasse spiegeln ebenfalls die Größe der Wirtschaftskrise wider.

Einschätzungen:

Januar 1929 4 414 126 RM

Januar 1930 3 238 615 RM

Auszahlungen:

Januar 1929 1 616 882 RM

Januar 1930 2 667 700 RM

Die immer wachsende Zahl der Ausgeleseneben in der Gewerkschaftsverfassung zeigt sich in der steigenden Zahl der vom Fürstgeamt unterstützten Gewerkschaften:

im Januar 1929 3236

im Januar 1930 5886

Wie gering der Betrag ist, der auf den einzelnen Gewerkschaften nicht verteilt wird, die überhaupt nichts bekommen? Das Elend und die Not verjüngt, die die Bandenstrafen benötigen, ist ebenfalls im Steigen. Innerer größer wird ihre Anzahl. Das Obdachlosencafé war belegt:

im Januar 1929 von 382 Menschen,

im Januar 1930 von 714 Menschen.

Am Harten kommen aber die Not und die außerordentlichen Verhältnisse in dem Rückgang an Schließungen zum Ausdruck. Für den Proletarier bedeutet eben Arbeitslosigkeit in dieser kapitalistischen „Ordnung“ beständiges Kriem und eingeschlossenes, hungriges.

Schließungen in Rimbach, Rößla, Schmölln, Schafstädt, Jürgen, Zittau 1929 3000 7200 12 573 3511 31

Zittau 1930 2087 8136 11 007 2774 11

Diese wenigen Zahlen zeigen die wachsende wirtschaftliche Verelendung des Proletariats. Mehr noch, organisiert den Kampf. Der nächste Schlag:

Wahl roter Betriebsräte!**Gashahn, Strich und Sprung ins Wasser**

Sind kein Ausweg aus dem Elend! — Kampf gegen Verelendung heißt: Wahl roter Betriebsräte!

Bei der Nacht zur Zeit gegen 1,30 Uhr wurde in der Polizeiinspektion am Schiepler eine ältere Dame mit Schilderung und Gesamtpapieren der 18 Jahre alten Stadt Dresden, Kaiser von Preußen, gegen zwei Männer, welche die Tochter aus der Wohnung gründen und sonst noch unbefriedigte Verlossen geben haben, doch die Frau aus der Stadt in die Säle gekommen ist. Die Männer bei der Siedlungshütte in einer Gemeinschaftswohnung 1 Uhr verloren und sie nicht in die Wohnung gelassen. Sie wurde auch bisher nicht aufgefunden. Sie wurde nach ihrer Wahl aus dem Elend wieder aus der Wohnung ausgetragen und wieder von Wohnung nach dem Reinraum, Zimmer 12, gebracht.

Vor einigen Wochen konnte man in den bürgerlichen Zeitungen in einer Kommentarlosen Notiz lesen, daß 1928 in Deutschland 16 000 Menschen durch Selbstmord starben, aber darüber geht die Bürgerpresse ohne Aufschluß hinweg. Es handelt sich ja schließlich nur um 16 000 Proletarier, die sich durch ihren Tod sogar noch „ums Vaterland verdient gemacht haben“. 16 000 Menschen weniger müssen vom Staat unterstützt werden. Und schließlich wäre man gezwungen, manches zu sagen, was kein gutes Licht auf die geplante Ordnung, in der sich die Schreiber der Bürgerpresse sehr wohl fühlen, werfen könnte.

Ein großer Teil all dieser Selbstmörder sind Kleingewerbetreibende, Handwerkmeister und Geschäftsführer, die durch die Konzentration des Kapitals und Wirtschaftsteile wirtschaftlich

zusammenbrechen, wenn sie nicht den Weg des Verbrennens gehen, oder nicht darf genug sich, sich im Hoffnungslosen einzurichten, greifen sie zum Gashahn oder Revolver. Ein ebenso großer Teil der Selbstmörde kommt direkt aus dem Proletariat. Jahrtausende Erbschaftsfolge, mangelnde Unterstützung und damit verbundene Zerrüttung der familiären Verhältnisse treiben unglaubliche Männer, Frauen und auch Jugendliche in den Tod. Ein dritter und wichtigster Grund ist auch die Gleichschaltung im Proletariat, sowie der Schandparagraph 215. 16 000 Selbstmörder im Jahre 1928. Über das Jahr 1929 liegen noch keine Statistiken vor, die Zahl wird aber sicher noch größer sein. Zugleichlich ist auch das Jahr 1930 herangekommen. Das Lebensniveau der Arbeiter wird weiter fallen und die Zahl der Selbstmorde wird steigen. Über keine Angst: auch das Kleingewerbe kennt den gesammelten menschlichen Hass und der Tag der endgültigen Verelendung mit den Verantwortlichen für die unmäßigen Selbstmorde wird nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen. Dann werden wir die Willkür aus der Selbstmordstatistik ziehen. Die Vorbereitung dazu soll die Betriebsräte wählen.

Kampf gegen Not und Elend durch Wahl roter Betriebsräte!

Hundsfötische Verleumder in der Volkszeitunggeben „Eigenberichte“ an den Elgen-Vorwärts, die nicht den Tatsachen entsprechen
Fälschermethoden der sozialföderalistischen Presse gegen die KPD

Die Presse der sozialföderalistischen Partei verteidigt den Stand der kapitalistischen Ausbeutung. Sie tut es soffiniert aber mit den erbärmlichen Methoden des Bürgertums, gegen die die alte sozialdemokratische Bewegung vor dem Jahrhundertende einen zähen und erbitterten Kampf geführt hat. Die Sozialföderalisten haben von ihren früheren Lehrern viel gelernt. Sie haben das Lügen gelernt und beherrschten die Methode besser

als die, bei denen sie in Schule gingen. So schreibt der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialföderalisten, in seiner Ausgabe vom Donnerstag unter den fetten Überschriften „KPD-Tat!“: Kommunisten verschwinden — Mittäuber erhalten Siebte, folgende Gemeinde, die den Gipfel dessen herstellt, was sich die sozialföderalistische Journalistik am Lügen bis jetzt aus den Fingern gelogen hat:

Dresden, 19. März. (Eigenbericht)

Die Hälfte der bei den jüngsten Dresdner Verurteilen verhafteten Personen sind nach den Feststellungen der Polizei Deutsche, die schon wegen gemeinsamer Verbrechen oder Vergangenheit festgenommen. Bekannte Kommunisten wurden auch bei den Dresdner Verurteilen von der Polizei nicht gefangen. Dieses Rätsel findet seine Lösung durch eine Mitteilung der „Dresdner Volkszeitung“, nach der sich der 28 Jahre alte kommunistische Funktionär Oskar Hennig, der zweimal zu Kurien in Rücken weglief, wie folgt gekennzeichnet hat: „Von unseren Freunden gerät feiner in die Hände der Polizei. Durch ein Rätsel, das die Polizei lösen soll, werden die Mitglieder der KPD beschaffen, sich zusammenzuhören und der Polizei sofort aus den Demonstrationen zu entziehen und zu verschwinden.“ Als Opfer der KPD-Tat kann ein die unorganisierten Gewerkschaften von der kommunistischen Führung aussehen.“

Kein Mensch wird beim Nachschlagen der Dresdner Volkszeitung eine solche Witterung in ihren Spalten entdecken. Es ist aber damit bewiesen, daß die Volkszeitung von sich aus Verschwendungen an dem Vorwärts gibt, die selbst abdrucken sie sich nicht wagt, weil sie mit den Verhältnissen vertraut Dresdner Verbrechen verdeckt werden. Wir hängen die erbärmlichen Methoden der hundsfötischen Verleumder in der Dresdner Volkszeitung hiermit niedriger. Die Arbeiter werden erkennen, daß sie sich an dem erbärmlichen Lügenorgan Dresdner Volkszeitung die Finger schmutzig machen! Sie werden die Volkszeitung aus ihren Wohnungen werfen und dafür die Arbeiterstimme abonnieren; denn nur diese besteht ernsthaft den Freiheitskampf der Arbeiterklasse, den die KPD längst verloren und fortwährend verraten hat.

Wollen Sie in der schweren Zeit sparen? Die Zeitung wird von allen Hausfrauen sicherlich mit ja beantwortet; es fehlt ihnen aber nur der Wegweiser. Zugleichzeitig der Zeitschrift die größte Schonung der Wäsche durch Klammer, Abreißung ihres Haushaltstisches durch die aufgedruckten Klammern. Das ist Sparkramkeit.

„Wenn dor fu wetter macht, hummt'r hale a de Schweenß!“

So äußert sich SPD-Meister über den schönen Ball!

Schönauersdorf. Das ist die richtige Antwort, die ein SPD-Genossen auf den Bericht des schönen Emil in der Nummer für der Löbauer Volkszeitung betreffs Einwohnererstattung ausgabte. Wie Einwohner und Wohlbefinden der Gemeinde lebten werden mit dem Kopf schütteln und sagen: „Bei dem stimmt's nicht mehr.“ Über in ihm diese Ratsversammlung in die Knochen gefahren? Stäupung der Kommunisten! nennt er das Refusat der Versammlung. Und dabei ergaben die Debatte und die Abstimmung (die nebenher beweist der Oberleiter Ilgen eine Komödie nannte) eine politische Verirrung der Sozialdemokraten. Wein liebet, kleine Herrenzöglinge, das weint du wohl nicht mehr, daß dir das Referat eine ganze Reihe marxistischen Unterricht geben mußte. Nicht von marxistischen Wissen und Denken merkt man bei dir. Eine solche Versammlung herzubringen, das ist auch durch diesen dreifachen Artikel nicht möglich. Bei einer solchen Überarbeitung und Rücksicht wirkt du wohl leicht bei deinen eigenen Genossen unter den Schülern kommen. Wir wollen einiges richtig stellen: Die schwierigen, rückwärtsgängigen Anstrengungen gegenüber dem Genossen Körster wegen des 20. März (Teile und Dresden waren der Sanierung fallen auf sich selbst zurück; denn der Genossen Körster ist von Anfang gegen die Sanierung des Almos Oppelt gewesen, trocken ihm Aufschlagsnoten usw. angeboten wurden). Die 20. März sind Szenen für 2. Mann gewesen. Eine ganz harmlose Sache, die von jedem Versammlungsteilnehmer voll und ganz verstanden wurde. Darum liegt man daraus an, daß über die sichtbare Ausdehnung. Aber, Emil, wie wäre es denn? Mit allen diesen harmlosen 20. März deine Vierabende Schlaflosigkeit, kleinen Säumen gegenüber und dann deinen neuen Posten als Aufsichtsratsmitglied. Was deinem Artikel spricht grenzenlose Dummbheit und Frechheit. Und dann haben die Kommunisten eine richtige politische Linie. Jamohl, die Erwerbslosen sind im Auftrag der Gemeinde kammen gegangen. Und dieses Gesetz bestreite die Gemeinde, um den Wahlabschluß aufzufrischen. Oder ist das nicht wahr? Ich habe doch noch nie etwas für die Erwerbslosen übrig gehabt – Beweis: die letzten Ratsversammlungen eine mit unterstützte. Dann beweist auch die Debatte auf einem höheren Niveau: „Während du aus, Es sprachen allerhand Redner verschiedener Parteirichtungen. Hier wird du wohl elende ein Feindappel gefolgt sein.“ Aus diesem Geschriebel erfährt man nichts über die Sanierung der Almos Oppelt, auch nichts über die Ausführungen des Genossen Simon. Hier schweigt der Sängers Höflichkeit. Also nicht mit sind die Blasmusik, sondern ihr. Wenn ihr kommt für die Arbeiter bei dieser Sanierung herausgeholt habt, warum macht ihr dann keine Einwohnererstattung? Aber mit eurer Arbeitserfordernis lädt ihr keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor.

Also der Tanz war gut, die Musik hat gezogen; wir werden noch mehr ausspielen. (890)

Wiegelmans Ehre ist gerettet

Sachsen. Am Sonnabend voriger Woche fand vor dem Schönengesicht Dresden ein Prozeß gegen den Genossen Jörnig, Schriftleiter der Arbeiterstimme, statt, den der Altmärkische Oberverwaltungsgerichtsleiter Wiegemann wegen Beleidigung verklagt hatte. In einem Artikel war geschrieben, daß Wiegemann einen Knaben, den er von Niedersachsen nach Coswig brachte, in einem Waldchen bei Coswig niedergelassen habe. In dem Artikel wurden noch weitere schwere Anklagen gegen das Niedersächsische Gericht erhoben. Diese Punkte, für die augenscheinlich Zeugen vorhanden sind, waren wohlweislich nicht zum Gegenstand der Klage gemacht worden. In dem einen inframißbaren Satz aber, für den nur der Altmärkische Anglinge zeigte, ich hos' Gericht als Altmärkischer die Bekämpfung als erwiesen an. Der Staatsanwalt beantragte 2000 Goldmark; das reaktionäre Gericht glaubte, um der Berechtigtheit zum Siege zu verhelfen, um die Chancen des Herrn Wiegemann zu reparieren, 1500 Mark anzuerufen, um die Chancen des Herrn Wiegemann zu wahren.

An die Schmierfinnen der Löbauer Tante

Borsdorf. In der Oberlausitzer Volkszeitung vom 13. März sind gegen die Freidenzgegnung Borsdorf die unglaublichesten Angriffe und unmaßlichen Beschimpfungen erhoben worden. Wir begreifen uns damit, diese Methoden der politischen Verleumdung niedriger zu halten. Uns mit der Partei der Freiheit und Stolzen in eine Diskussion über proletarische Rechtsprinzipien einzufassen, ist nicht notwendig. Die formelle SPD wird dadurch nicht laufen können. Die Kreispartei der Oberlausitzer Volkszeitung erreicht uns nicht. Die Arbeiter wissen, was sie von den Verleumdungen zu halten haben.

Freidenzgegnung Borsdorf.

Die Frau und die Religion

Borsdorf. Am Sonnabend, dem 13. 3., sprach die Genossin Meyer, M. d. P., über das Thema „Die Frau und die Kirche“. Ausgehend von der Entstehung der Religion behandelte sie besonders die Einbildung der Frau in früheren Zeiten. An Hand von Bibelstellen zeigte sie den anwesenden Frauen, daß gerade die Kraft die Frau am meisten in der Entwicklung zur geistigen Mutter geworden ist. Es ist bestab, innerständlich, daß gerade die Frauen noch am meisten die Kirche tragen. In ausführlicher Weise legte die Genossin Meyer die Ursachen der Not und des Elends dar und forderte alle Anwesenden auf, sich von der Kirche abzumelden und darüber hinaus den Kampf aufzunehmen gegen den Feldzug des Kapitals gegen das Land der Arbeiter und Bauern. Sonnenblume. (892)

kleines Feuilleton

Tanzabend Anna Pawlowsa. Eine Museumsausstellung im Albert-Theater; dem Arbeiter der hohen Preise wogen nicht zugänglich. Das ist sein Schaden, denn preiswerte Feierabendkonzerte erweisen höchst höhing Gaben. Daraus kann auch die Leichtigkeit und Grazie einer Anna Pawlowsa nichts ändern, wenn sie auch manchmal die ungedeckte geheimdichte Muß (Puppenpuppe von Bayreuth) und den albernen pantomimischen Inhalt vergessen mögte. Bewundernswert bleibt allein ihre Energie, mit der sie ihre Tänze zu überwinden sucht. Ihre zahlreiche Truppe bleibt völlig im Rahmen des alten verstaubten Balletts. Altmärkisch ist sich in einem Ton nach Prokofjeff modernere Praktiken des Tanzes zu eigen gewordet. Demgegenüber wirkt die Weißlichkeit der übrigen männlichen Tänzer abstoßend, den elektrischen Partner der Pawlowsa, Pierre Vladimiroff, nicht ausgenommen. So läßt auch der leise mezzoforte Tanz nach Pawlowsa ein lässiger Verlust. Vollstund mit den abgetannten Mitteln des Spontaneitäts auszuführen. A. K.

14. Sinfoniekonzert der Volksbühne. Der Abend begann in „Kulturtatbestimmung“ mit dem Requiem (Totenmelodie) von Wagner, nach einem Text von Hebbel. Das Werk ist dem Andenken der im großen Kriege gefallenen Helden gewidmet und bringt – abgesehen von dieser bürgerlichen Verherrlichung des Kriegerheldentodes – die ältere Totenbestimmung in Frage. Hitler und Thor erzielten zum Ausdruck, wenn auch der Letztere die Dresdner Singakademie seine Aufgabe nicht restlos meisterte. Es folgte Haydns Gellokonzert, eine ganz andere Stimmung, heitere, einfache Muß. Von Paul Schnellburg etwas zu sentimental angelegt. Zum Schlus Scheinpflug, um allgemeine Liebe“ Brudner. Sinfonie D-Moll, die chatoherlichste und deshalb auch unangemessene Muß dieses sehr lärmfreudigen Richterbieners.

Brüderlein Jean (Albert-Theater). Das Lustspiel in drei Akten von Ludwig Fulda ist ein schwacher Versuch auf harmlose Weise eine Länge für die in Aufblüte und Verfall begriffene bürgerliche Ehe zu brechen. Ein fröhliggedebenes Ehepaar befindet sich auf Hochzeitsestreife. Die junge Frau hat ihren Mann schon nach 6 Wochen lass. Sie schwärmt für „moderne“ Ehe und sieht sich nach der nötigen Überzeugung um.

Sozialfaschisten haben nur für arbeiterfeindliche Pläne Interesse

Heidenau. Als erster Punkt der Heidenauer Stadtversammlung vom 18. März wird die Neuwahl zweier unehelicher Stadträte vorgenommen. Die kommunistische Fraktion schlägt Genossen Höhnrich vor. In geheimer Abstimmung erhält der Vorschlag der SPD 10 Stimmen, der Vorschlag der Bürgerlichen 8 Stimmen. Genossen Höhnrich erhält 8 Stimmen (Genossen Hoffmann fehlt wegen Krankheit). Die kommunistische Fraktion ist somit im Stadtrat nicht vertreten. Den ersten Nachtrag zur sozialen Lotterieausstellung hat ein Genosse der SPD an die Verwaltung der Stadt Heidenau um Gewährung des Abstimmungsrechts gestellt. Die Stadtratssitzung am 18. März wird die Neuwahl zweier unehelicher Stadträte vorgenommen. Die kommunistische Fraktion schlägt Genossen Günther vor. In geheimer Abstimmung erhält der Vorschlag der SPD 10 Stimmen, der Vorschlag der Bürgerlichen 8 Stimmen. Genossen Günther erhält 8 Stimmen (Genossen Hoffmann fehlt wegen Krankheit). Die kommunistische Fraktion ist somit im Stadtrat nicht vertreten. Den ersten Nachtrag zur Verwaltung der Stadt Heidenau, monatlich der Stadtrat soll zusammenkehren aus dem Bürgermeister, zwei befahrbarten und zwei unehelichen Stadträten, lehnt die kommunistische Fraktion ab. Genossen Günther gibt zur Begründung der Abstimmung an, daß er erstens durch die Anstellung eines dritten befahrbaren Stadträten (weswegen dieser Nachtrag überhaupt zur Beratung steht) die Stadt finanziell belastet wird und die Mittel besser für die Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen verwendet werden sollten, und zweitens, weil durch diesen Nachtrag die Zahl der unehelichen Stadträte von 2 auf 2 reduziert wird und die Kommunisten dadurch aus dem Stadtrat ausgeschlossen werden. Gegen die 8 Stimmen der SPD wird der Nachtrag angenommen. Ein zweiter Nachtrag zum Ortsgetrag über die Lotterieausstellung steht hier vor, der in Zukunft die Stadtratssitzungen von Ausländern und Wirtschaftsprüfern, die anderen Gemeinden angehören, verhindern soll, um dem Stadtrat über die betreffenden Gemeinde, der die Verantwortlichen angehören. Die kommunistische Fraktion stimmt gegen diesen Nachtrag, weil sie in ihm den Anfang zu einer Verschärfung der

sozialen Lotterieausstellung sieht. Ein Antrag der KPD an die Verwaltung der Stadt Heidenau um Gewährung des Abstimmungsrechts gestellt. Die Stadtratssitzung am 18. März wird die Neuwahl zweier unehelicher Stadträte vorgenommen. Die kommunistische Fraktion schlägt Genossen Günther vor. In geheimer Abstimmung erhält der Vorschlag der SPD 10 Stimmen, der Vorschlag der Bürgerlichen 8 Stimmen. Genossen Günther erhält 8 Stimmen (Genossen Hoffmann fehlt wegen Krankheit). Die kommunistische Fraktion ist somit im Stadtrat nicht vertreten. Den ersten Nachtrag zur Verwaltung der Stadt Heidenau, monatlich der Stadtrat soll zusammenkehren aus dem Bürgermeister, zwei befahrbaren und zwei unehelichen Stadträten, lehnt die kommunistische Fraktion ab.

Unter Witterungen gibt der Vorsteher bekannt, daß die kommunistische Fraktion Anträge – 1. über die Errichtung einer Sexualtherapieschule, 2. über Haftnahmen für die Tropen, 3. über Befreiung der Erwerbslosen, 4. über Befreiung der Erwerbslosen, 5. über Befreiung der Erwerbslosen, 6. über Befreiung der Erwerbslosen, 7. über Befreiung der Erwerbslosen, 8. über Befreiung der Erwerbslosen, 9. über Befreiung der Erwerbslosen, 10. über Befreiung der Erwerbslosen, 11. über Befreiung der Erwerbslosen, 12. über Befreiung der Erwerbslosen, 13. über Befreiung der Erwerbslosen, 14. über Befreiung der Erwerbslosen, 15. über Befreiung der Erwerbslosen, 16. über Befreiung der Erwerbslosen, 17. über Befreiung der Erwerbslosen, 18. über Befreiung der Erwerbslosen, 19. über Befreiung der Erwerbslosen, 20. über Befreiung der Erwerbslosen, 21. über Befreiung der Erwerbslosen, 22. über Befreiung der Erwerbslosen, 23. über Befreiung der Erwerbslosen, 24. über Befreiung der Erwerbslosen, 25. über Befreiung der Erwerbslosen, 26. über Befreiung der Erwerbslosen, 27. über Befreiung der Erwerbslosen, 28. über Befreiung der Erwerbslosen, 29. über Befreiung der Erwerbslosen, 30. über Befreiung der Erwerbslosen, 31. über Befreiung der Erwerbslosen, 32. über Befreiung der Erwerbslosen, 33. über Befreiung der Erwerbslosen, 34. über Befreiung der Erwerbslosen, 35. über Befreiung der Erwerbslosen, 36. über Befreiung der Erwerbslosen, 37. über Befreiung der Erwerbslosen, 38. über Befreiung der Erwerbslosen, 39. über Befreiung der Erwerbslosen, 40. über Befreiung der Erwerbslosen, 41. über Befreiung der Erwerbslosen, 42. über Befreiung der Erwerbslosen, 43. über Befreiung der Erwerbslosen, 44. über Befreiung der Erwerbslosen, 45. über Befreiung der Erwerbslosen, 46. über Befreiung der Erwerbslosen, 47. über Befreiung der Erwerbslosen, 48. über Befreiung der Erwerbslosen, 49. über Befreiung der Erwerbslosen, 50. über Befreiung der Erwerbslosen, 51. über Befreiung der Erwerbslosen, 52. über Befreiung der Erwerbslosen, 53. über Befreiung der Erwerbslosen, 54. über Befreiung der Erwerbslosen, 55. über Befreiung der Erwerbslosen, 56. über Befreiung der Erwerbslosen, 57. über Befreiung der Erwerbslosen, 58. über Befreiung der Erwerbslosen, 59. über Befreiung der Erwerbslosen, 60. über Befreiung der Erwerbslosen, 61. über Befreiung der Erwerbslosen, 62. über Befreiung der Erwerbslosen, 63. über Befreiung der Erwerbslosen, 64. über Befreiung der Erwerbslosen, 65. über Befreiung der Erwerbslosen, 66. über Befreiung der Erwerbslosen, 67. über Befreiung der Erwerbslosen, 68. über Befreiung der Erwerbslosen, 69. über Befreiung der Erwerbslosen, 70. über Befreiung der Erwerbslosen, 71. über Befreiung der Erwerbslosen, 72. über Befreiung der Erwerbslosen, 73. über Befreiung der Erwerbslosen, 74. über Befreiung der Erwerbslosen, 75. über Befreiung der Erwerbslosen, 76. über Befreiung der Erwerbslosen, 77. über Befreiung der Erwerbslosen, 78. über Befreiung der Erwerbslosen, 79. über Befreiung der Erwerbslosen, 80. über Befreiung der Erwerbslosen, 81. über Befreiung der Erwerbslosen, 82. über Befreiung der Erwerbslosen, 83. über Befreiung der Erwerbslosen, 84. über Befreiung der Erwerbslosen, 85. über Befreiung der Erwerbslosen, 86. über Befreiung der Erwerbslosen, 87. über Befreiung der Erwerbslosen, 88. über Befreiung der Erwerbslosen, 89. über Befreiung der Erwerbslosen, 90. über Befreiung der Erwerbslosen, 91. über Befreiung der Erwerbslosen, 92. über Befreiung der Erwerbslosen, 93. über Befreiung der Erwerbslosen, 94. über Befreiung der Erwerbslosen, 95. über Befreiung der Erwerbslosen, 96. über Befreiung der Erwerbslosen, 97. über Befreiung der Erwerbslosen, 98. über Befreiung der Erwerbslosen, 99. über Befreiung der Erwerbslosen, 100. über Befreiung der Erwerbslosen, 101. über Befreiung der Erwerbslosen, 102. über Befreiung der Erwerbslosen, 103. über Befreiung der Erwerbslosen, 104. über Befreiung der Erwerbslosen, 105. über Befreiung der Erwerbslosen, 106. über Befreiung der Erwerbslosen, 107. über Befreiung der Erwerbslosen, 108. über Befreiung der Erwerbslosen, 109. über Befreiung der Erwerbslosen, 110. über Befreiung der Erwerbslosen, 111. über Befreiung der Erwerbslosen, 112. über Befreiung der Erwerbslosen, 113. über Befreiung der Erwerbslosen, 114. über Befreiung der Erwerbslosen, 115. über Befreiung der Erwerbslosen, 116. über Befreiung der Erwerbslosen, 117. über Befreiung der Erwerbslosen, 118. über Befreiung der Erwerbslosen, 119. über Befreiung der Erwerbslosen, 120. über Befreiung der Erwerbslosen, 121. über Befreiung der Erwerbslosen, 122. über Befreiung der Erwerbslosen, 123. über Befreiung der Erwerbslosen, 124. über Befreiung der Erwerbslosen, 125. über Befreiung der Erwerbslosen, 126. über Befreiung der Erwerbslosen, 127. über Befreiung der Erwerbslosen, 128. über Befreiung der Erwerbslosen, 129. über Befreiung der Erwerbslosen, 130. über Befreiung der Erwerbslosen, 131. über Befreiung der Erwerbslosen, 132. über Befreiung der Erwerbslosen, 133. über Befreiung der Erwerbslosen, 134. über Befreiung der Erwerbslosen, 135. über Befreiung der Erwerbslosen, 136. über Befreiung der Erwerbslosen, 137. über Befreiung der Erwerbslosen, 138. über Befreiung der Erwerbslosen, 139. über Befreiung der Erwerbslosen, 140. über Befreiung der Erwerbslosen, 141. über Befreiung der Erwerbslosen, 142. über Befreiung der Erwerbslosen, 143. über Befreiung der Erwerbslosen, 144. über Befreiung der Erwerbslosen, 145. über Befreiung der Erwerbslosen, 146. über Befreiung der Erwerbslosen, 147. über Befreiung der Erwerbslosen, 148. über Befreiung der Erwerbslosen, 149. über Befreiung der Erwerbslosen, 150. über Befreiung der Erwerbslosen, 151. über Befreiung der Erwerbslosen, 152. über Befreiung der Erwerbslosen, 153. über Befreiung der Erwerbslosen, 154. über Befreiung der Erwerbslosen, 155. über Befreiung der Erwerbslosen, 156. über Befreiung der Erwerbslosen, 157. über Befreiung der Erwerbslosen, 158. über Befreiung der Erwerbslosen, 159. über Befreiung der Erwerbslosen, 160. über Befreiung der Erwerbslosen, 161. über Befreiung der Erwerbslosen, 162. über Befreiung der Erwerbslosen, 163. über Befreiung der Erwerbslosen, 164. über Befreiung der Erwerbslosen, 165. über Befreiung der Erwerbslosen, 166. über Befreiung der Erwerbslosen, 167. über Befreiung der Erwerbslosen, 168. über Befreiung der Erwerbslosen, 169. über Befreiung der Erwerbslosen, 170. über Befreiung der Erwerbslosen, 171. über Befreiung der Erwerbslosen, 172. über Befreiung der Erwerbslosen, 173. über Befreiung der Erwerbslosen, 174. über Befreiung der Erwerbslosen, 175. über Befreiung der Erwerbslosen, 176. über Befreiung der Erwerbslosen, 177. über Befreiung der Erwerbslosen, 178. über Befreiung der Erwerbslosen, 179. über Befreiung der Erwerbslosen, 180. über Befreiung der Erwerbslosen, 181. über Befreiung der Erwerbslosen, 182. über Befreiung der Erwerbslosen, 183. über Befreiung der Erwerbslosen, 184. über Befreiung der Erwerbslosen, 185. über Befreiung der Erwerbslosen, 186. über Befreiung der Erwerbslosen, 187. über Befreiung der Erwerbslosen, 188. über Befreiung der Erwerbslosen, 189. über Befreiung der Erwerbslosen, 190. über Befreiung der Erwerbslosen, 191. über Befreiung der Erwerbslosen, 192. über Befreiung der Erwerbslosen, 193. über Befreiung der Erwerbslosen, 194. über Befreiung der Erwerbslosen, 195. über Befreiung der Erwerbslosen, 196. über Befreiung der Erwerbslosen, 197. über Befreiung der Erwerbslosen, 198. über Befreiung der Erwerbslosen, 199. über Befreiung der Erwerbslosen, 200. über Befreiung der Erwerbslosen, 201. über Befreiung der Erwerbslosen, 202. über Befreiung der Erwerbslosen, 203. über Befreiung der Erwerbslosen, 204. über Befreiung der Erwerbslosen, 205. über Befreiung der Erwerbslosen, 206. über Befreiung der Erwerbslosen, 207. über Befreiung der Erwerbslosen, 208. über Befreiung der Erwerbslosen, 209. über Befreiung der Erwerbslosen, 210. über Befreiung der Erwerbslosen, 211. über Befreiung der Erwerbslosen, 212. über Befreiung der Erwerbslosen, 213. über Befreiung der Erwerbslosen, 214. über Befreiung der Erwerbslosen, 215. über Befreiung der Erwerbslosen, 216. über Befreiung der Erwerbslosen, 217. über Befreiung der Erwerbslosen, 218. über Befreiung der Erwerbslosen, 219. über Befreiung der Erwerbslosen, 220. über Befreiung der Erwerbslosen, 221. über Befreiung der Erwerbslosen, 222. über Befreiung der Erwerbslosen, 223. über Befreiung der Erwerbslosen, 224. über Befreiung der Erwerbslosen, 225. über Befreiung der Erwerbslosen, 226. über Befreiung der Erwerbslosen, 227. über Befreiung der Erwerbslosen, 228. über Befreiung der Erwerbslosen, 229. über Befreiung der Erwerbslosen, 230. über Befreiung der Erwerbslosen, 231. über Befreiung der Erwerbslosen, 232. über Befreiung der Erwerbslosen, 233. über Befreiung der Erwerbslosen, 234. über Befreiung der Erwerbslosen, 235. über Befreiung der Erwerbslosen, 236. über Befreiung der Erwerbslosen, 237. über Befreiung der Erwerbslosen, 238. über Befreiung der Erwerbslosen, 239. über Befreiung der Erwerbslosen, 240. über Befreiung der Erwerbslosen, 241. über Befreiung der Erwerbslosen, 242. über Befreiung der Erwerbslosen, 243. über Befreiung der Erwerbslosen, 244. über Befreiung der

Warum schweigt die Textilarbeiterverbandsbürokratie?

Von Herbert Wehner, Dresden

Am 2. März tagte im Altenburg der Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Er beschäftigte sich unter anderem auch mit der Lohnfrage. In dem Bericht des „Textilarbeiters“ von dieser Tagung, der sich lang und breit über Abhandlungen über das Berufsausbildungsgebet beschäftigt, fand der Lohnfrage folgende Zeile: „Zwei Tage später, am 4. März, berichtete noch über „Die gegenwärtige lohnpolitische Lage“. Der Beirat beschloß, im Stunde der Ausschüttungen des Kollegen Feinhals zu handeln.“

Das ist alles, was die Verbandsbürokratie für die Mitglieder übrig hat. Nicht ein Wort verlief sie zur Mobilisierung, nicht eine Zeile bewußt sie zur Darlegung der elenden Lage der Textilarbeiterchaft. Dabei läuft der Tarif in der ländlichen Textilindustrie ab, und bis heute wissen selbst die Mitglieder des DTB noch nicht, was werden soll. Es wird ihnen nur immer klarer, daß an der Spitze ihres Verbandes Saboteure der Arbeitersabemigung stehen, die ihre ganze Kraft zur Verschärfung der hungernden undfordernden Arbeiter verwenden.

Der wenigen Wochen wurde ein Schiedspruch für die württembergische Textilindustrie gefällt, der die 80-Stunden-Woche als Möglichkeit vorsieht. Angestellt der riesigen Erwerbslorenzahl im Textilarbeiterkariat wirkt dieser Spruch als Provokation. Die Verbandsinstitute verloren jedoch ihre letzte Ruhe nicht. Sie geben nicht die Lösung aus, jetzt alle Kräfte zu mobilisieren, um in Sachen den Textilkapitalisten eine Schlacht zu liefern, sondern sie ruhen weiter. Jetzt ist dem württembergischen Spruch eine neue Entscheidung gefolgt, nach der die bündischen Textilarbeiter festgelegt werden, bis zum 1. März 1931 zu Löhnen zu arbeiten, die im Lohnarbeits vom Dezember 1927 vereinbart wurden. Auf diese neue Provokation erwidert der „Textilarbeiter“ nichts weiter, als daß er den Spruch als „unfaßbar“ bezeichnet (woran sich die Unternehmer nicht stoßen werden).

Die Textilarbeiter stehen jetzt vor der entscheidenden Frage, ob sie weiter diese Schiedsprüche über sich ergehen lassen wollen, oder ob sie aus eigener Kraft an die Organisierung des Kampfes um den Siebenstundentag und höhere Lohn gehen wollen.

Der erste Weg bringt weiteres Verhältnis in dem tiefen Elend, in dem sich schon jetzt die Textilarbeiter befinden. Selbst die Bürokratie, die zu den ehrlichsten Einheitsparteien der Nationalisierung gehört, muß jetzt schreiben: „Durch die einseitigen Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmer sind dauernd Tausende und aber Tausende von Textilarbeitern arbeitslos.“ („T. A.“ Nr. 11.) Gebunden durch die Hungertarie der vergangenen Jahre hat sich die Lage der Textilarbeiter immer mehr verschärft.

Der Stundenlohn des gelehrten Textilarbeiters liegt 29,5 Prozent unter dem Gesamtdurchschnitt, der einer ungeliebten Textilarbeiterin gar 44,2 Prozent.

Auch selbst der „Textilarbeiter“ muß zugeben, daß die Textilkapitalisten sich durch diese Hungerlöhne mästen können. In Nr. 11 lesen wir: „Von einem Roßjahr kann man also beim besten Willen nicht sprechen. Selbst wenn man von der Dividendenhöhe ausgeht, muß man feststellen, daß die Textilindustrie an der Berliner Börse noch immer die Papiere stellt, die eine verhältnismäßig hohe Dividende zahlen.“

Gerade die ländlichen Textilarbeiter erleben in den vergangenen Monaten einen Angriff der Unternehmer nach dem anderen. Der Versuch, den Recens-Arbeitern in Hartmannsdorf über 35 Prozent ihres Lohnes zu fützen, steht nicht ver einzelt da. Ihre Lage ist bedrohlich geworden.

Die Feinhals u. Co., die sich 1928 über den jetzt ablaufenden Tarif schenkelig entrüsteten, trümmern nicht einen Finger zur Verbesserung der Lage der Arbeiter. 1928 schrieben sie: „Die ländlichen Löhne, die früher mit an der Spitze der Textilarbeiterlöhne im Kreise standen, stehen heute an letzter Stelle. Hier tragen die Schlichtungsinstanzen, die den Erfordernissen der Textilarbeiterchaft jedenfalls aus Unkenntnis nicht entgegengekommen sind, die Schuld. Die Löhne in Sachen sind im allgemeinen zu einer wirtschaftlichen Gefahr geworden, da die selben teilweise unter dem von Staat und Reich erlassenen Erhöhungsmöglichkeiten liegen.“ Der Vorwärts schrieb zu den Schieds-

„Unorganisierte, Gelbe und Wirtschaftsfriedliche“

Jahrestag des „Proletariats“ am 22. 2. 30, „wollen nur, was die Unternehmer wollen“, und deswegen dürfe kein gewerkschaftlich organisierte Arbeiter die nicht gewerkschaftlich organisierten als gleichberechtigte Kollegen betrachten. Dagegen haben sich die Vorstände der freien Gewerkschaften, der gelben und grünen, friedlich geöffnet und mögen gemeinsame Parteidienstpolitik mit den Unternehmern, und sind jetzt zu Aktionsräten geworden. Dieser Einheitsfront zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsvertretern muß die Einheitsfront aller revolutionären Kräfte in den Betrieben gegenüberstellen werden. Darauf gilt es bei den Betriebsrätewahlern Abrechnung halten. Hinter den Schimpfworten der Reformisten verbirgt sich die Angst vor den revolutionären Räten.

Aus der Stadt der künstlichen Blumen, Gebnis

Die Auschlußmaschine des Hauptvorstandes des Bauarbeiterverbandes ist jetzt auch in Södnic in Tätigkeit. Ausgeschlossen wurde mit sofortiger Wirkung der Genossen Josef Haselböck. Warum? Der Genosse hat das „verbandschädigende Verbrechen“ begangen, in einer Blumenarbeiterversammlung den Reihenkollegen Großmann aus Hannover Sozialfaschist zu nennen. Zweitens hat er auch an dem Erwerbslosenfangtanz teilgenommen. Das ist die Aufschlußbegündung des Verbandsvorstandes. Ganz anderer Meinung sind die Funktionäre und die gesamte Mitgliedschaft der Södnicer Jahrstelle. In einer Blumenarbeiterversammlung wurde zum Ausdruck gebracht, daß wohl Haltenkreuzler in den sogenannten Freien Gewerkschaften Platz haben. Kommunisten aber nicht.

Auschlußanträge können nach Meinung selbst der SPD-Funktionäre und der Mitgliedschaft nur aus dem Jahrstellenbereich gestellt werden. Nur erkannten die Bauproleten, daß die Taktik des Hauptvorstandes den Verband spalten müßt. Die unverhohlene Lügenparole der Verbandszeitungen, daß die Kommunisten im Auftrag Moskaus die Gewerkschaften spalten, ist mit einem zerstört. Nicht in Moskau, sondern in Berlin und Hannover agieren die gutbezahlten Später der proletarischen Kampforganisationen, im Auftrag der deutschen Bourgeoisie. Diese Meinung wurde den Herren in der Verbandsleitung unter äußerlichem Protest mitgeteilt und die Widerbelebung unter äußerlichem Protest verzögert und die Widerbelebung des genannten Kollegen verzögert. Bis jetzt hatten die Herren noch keine Zeit, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Die Kommunisten und die ausschließliche Opposition werden in

sprüchen: Den Textilarbeitern soll der Hungertarie auf den Weihnachtsstisch gelegt werden. Ober sind die ländlichen Textilarbeiter keine Hungertarie? Sie lassen, wie wir bereits an einigen Beispielen gezeigt haben, den Lohn noch unter der Armenunterstützung.“

Die Schönredner, die ja taten, als gebe ihnen die Lage der Textilarbeiter nahe, sind nicht an einer Stelle gegen die willkürlichen Lohnentscheidungen aufgetreten. In der Praxis handelten sie wie der Streitkämpfer Kelson, der es sich zur Ehre antreibt, daß den Hartmannsdorfer Stein, den selbst ein Blutbad nicht zum Zusammenbruch brachte durch einen solgen Dolchstoß besiegt zu haben.

Die Haltung der DTB-Bürokratie zum Hartmannsdorfer Stein, das Rückspringen des Arbeitszeitabkommen und die eigene Haltung zu den Schiedsprüchen für Württemberg und Baden sind deutliche Fingerzeige für die Haltung, die diese Bürokratie zur ländlichen Bewegung einnimmt.

Wo hat die Führung des DTB-Mitgliedern zur Aufnahme des Kampfes getrieben? Wo wurden auch nur die Arbeiter mit ihren Forderungen gehörig? Niemand. Im engsten Kreis der Bürokratie wird über die Taktik gesprochen, und die Taktik ist einfach und klar: Verrat an den Arbeitern, wo sich dazu die Gelegenheit bietet.

Deshalb kann es für das ländliche Textilarbeiterkariat nur einen Weg geben: Organisierung des Kampfes vom unten her in den Betrieben.

Die Betriebsrätewahl muss der Auftakt sein.

Die Wahl roter Betriebsräte ist die Quittung für den Verrat der Feinhals, Immer und Co. Kein ehrlicher Textilarbeiter kann eine Stimme einem Kandidaten geben, der für die Bürokratie eintritt.

Doch die Betriebsrätewahl sind nicht alles. Zur Vorbereitung des Kampfes gehört die Bildung betrieblicher Komitees.

an die ohne Zögern heranzugehen ist. Unverzüglich müssen in Betriebsversammlungen Komitees aus den Kampfmotivierten und flottenbewussten Arbeitern und Arbeiterninnen gewählt werden. In Delegationskonferenzen der revolutionären Textilarbeiteropposition werden sodann gesetzliche zentrale Leitungen gebildet.

Auch die Organisationsstelle des DTB dürfen nicht mächtig sein. Ohne auf die Bürokratie zu hören, müssen die Mitglieder in Versammlungen zu den Lohn- und Arbeitsförderungen Siebenstundentag, vollen Lohnausgleich,

15 Prozent Lohn erhöhung für alle Textilarbeiter und -arbeiterinnen Stellung nehmen.

Nur durch eine solche, von unten her, unter der Führung und den Leitungen der revolutionären Textilarbeiteropposition organisierte Bewegung werden die ländlichen Textilarbeiter ihre Forderungen durchsetzen können. Niemals dürfen sie auf die Bürokratie vertrauen! Sie schwiegen, damit die Zeit verschreit. Sie wird mit allen Mitteln gegen jeden Kampf nehmten.

Zwei Wege:

Abwarten und耐en nach dem Beispiel der Feinhals und Co.

Organisierung des Kampfes um die Forderungen: Siebenstundentag, Lohnausgleich und 15 Prozent Lohn erhöhung unter der Führung der revolutionären Opposition.

Den zweiten Weg muß das ländliche Textilarbeiterkariat gehen und den entschiedenen Kampf führen, gegen die Unternehmer und die kapitalistische Bürokratie, die täglich beweist, daß sie der erbitterte Feind der Textilarbeiter ist.

Sozialfaschistische Betriebsräte in der Waggonfabrik Bauken als Denunzianten

Elemente stehen im Bunde mit der Direktion gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

Im Bunde mit den sozialfaschistischen Anhängern geht man dazu über, die Kandidaten aus dem Betrieb hinauszumachen. Der Spitzenkandidat der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist gefährdet worden. Die Rätevertreter und einige andere ebenfalls. Der Arbeiterrat höchstens gegen zwei Stimmen, den Einspruch eines vor einer Woche gekündigten Kandidaten abzulehnen. Das ist die „Sachkenntnis“ der „allen erfahrenen“ Gewerkschaftsbürokraten.

Die Opposition hat Rüge beim Arbeitsgericht am Antritt der Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition eingereicht.

Aber die Reformisten machen es sich leicht; das alte Wahlmuster wurde abgenommen und an seine Stelle wurde mit neuen Daten ein anderes ausgeschoben. Diese Arbeit wurde vollbracht, nachdem der DVW-Vorstand mit seinen Getreuen und der Betriebsleitung einen Tag lang konferierte. Diese

Die Kollegen der Waggonfabrik haben diese Maßnahmen zu korrigieren. Nun erst recht rote Betriebsräte, das muß die Antwort der in den Betrieben ausgebreteten und gefestigten Bürokratie sein.

Abernung vor, während und nach den Betriebsrätewahlen ist das Gehör der Zeit.

Kollegen der Waggonfabrik, am 26. März wählt die Liste der klassenbewußten Arbeiter, die Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Arbeitskorrespondenz 891.

Betriebsstilllegung und Einschränkung in der Glasindustrie Birna-Copitz

Die Glasbarone gehen zum Generalangriff über. Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen dienen als Druckmittel zum Abbau der Löhne an und für sich schlechten Löhne.

In der Siemenschen Glasfabrik Copitz ist durch Aushang die vierzehntägige Kündigung ausgesprochen worden. Nach dem 28. März erfolgt nach Bescheid die einzige Kündigung. Am gleichen Tag soll der Osten nicht mehr mitmachen.

Auch auf den Zwieseler Werbenglaswerken ist am 18. 3. eine Bekanntmachung herausgegeben worden, die eine bedeutende Einschränkung des Betriebes anzeigen. An die 70 Arbeiter sollen aus Strafengeschäften geworfen werden, meist familiäre Ratsgosten in Mitteldeutschland gezogen werden. Wassermangel wird hier vorgeschaut. Das bekannte Ziel, welches die Arbeiterschaft schon längst als Mittel zum Zweck erkannt hat, gerade die gebrauchten Räder, die jetzt gearbeitet werden, sind nicht im Überschuss vorhanden.

Wir sind der festen Überzeugung, daß diese Stilllegungen und Einschränkungen ganz andere Gründe haben. Wie bei vielen

anderen Industriegruppen, so ist auch in der Glasindustrie am 1. April der Tarif abgelaufen. Jetzt heißt es, die Arbeiterschaft müsse und prüfig zu machen, damit die verdeckten Kündigungsmethoden durchgesetzt werden können. Die Stilllegungen und Einschränkungen sind kein Zufall, sondern liegen in der Linie der Tarifpolitik, die sämtliche Unternehmerverbände durchführen werden. Die Glasbarone haben schneller als sonst ihren Tarif selbst gekündigt und fordern 8 Prozent Entnahmen. Deutlich auch das widertrügliche Mandat.

Die Arbeiterschaft muß zur Abwehr und zur Erringung höherer Löhne alle Kräfte mobilisieren. Uebertoll gibt es jetzt rote Betriebsräte zu wählen!

Arbeitskorrespondenz 892.

Die Arbeiter wählen rot

Ein Erfolg für die Opposition ist die Rätewahl in der Glasmalerei in der Glasmalerei Berlitz. Rätewahl am 28. März abgegebenen Stimmen erhielt Liste 2 (Opposition) 182 Stimmen, Liste 1 (Reformisten) 129 Stimmen. Die revolutionäre Opposition erhielt diesmal einen Sieg mehr mit 4 Vertretern im Arbeiterrat, während die Reformisten einen Sieg abgeben mußten und dieses Jahr 3 Siege erhalten.

Roter Sieg im Schuhmacherverband Weißensee

Bereinigte Sozialdemokratie und Sozialistische Freiheit

Am Schuhmacherverband Weißensee fand am 18. März die Wahl der Ortsvertretung in der Generalversammlung statt. Brandierer und Sozialfaschisten hatten der Opposition einen gemeinsamen Wahlvorschlag entgegengestellt. Der sozialfaschistische Hauptvorstand der Schuhmacher hat die im Januar dieses Jahres 227 gegen 159 Stimmen der SPD gewählte oppositionelle Ortsvertretung in Weißensee nicht bestätigt. Der aus der SPD erst vorige Woche ausgeschlossene Angehörige Schäffer machte offen für die SPD Brandierer und entwarf sich als wichtiger Posten der Gewerkschaftsbürokratie.

Die Stimmenzahl ging jetzt von 159 auf 140 in der Spalte zurück. Die Opposition erreichte mit 268 Stimmen (im Januar waren es 227) den Sieg. Eine rein oppositionelle Ortsvertretung wurde auf Grund politischer Kampfforderungen gewählt.

Zur Bezirkskonferenz nach Erfurt wurden mit 281 Stimmen ledige Kollegen von der Opposition gewählt. Der sozialdemokratische Angehörige Schäffer erhielt 85 Stimmen.

Der rote Sieg von Weißensee ist von militärischer Bedeutung. Er zeigt, daß die Brandierer, die mit ihren ihm geliebten Verleumdungen des SPD zum Szenario die Verhängung des Rechtschaffenseigentums erlebten, bei tiefen Verachtung aller klassenbewußten Arbeiter anheimgefallen sind. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition profitiert.

Bauarbeiterverband Gebnis borgt Unternehmern Geld!

Bei der Jahresabschlußfeier des Gewerkschaftsrats hellte sich heraus, daß einige tausend Mark, die eingenommen waren, nicht mehr im Kassenbuch waren. Es werden wohl Arbeiterschecks, genannt Beiträge, gewesen sein. Wer sucht, der findet — und ich wurde bald erklärt, daß man die tausende Mark (es soll sich um achtzigtausend handeln) an einen Unternehmer verpumpt hätte. Der betreffende Unternehmer bekommt augenblicklich kein Geld herein, sonst hätte er es bestimmt schon wieder zurückgezahlt. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat ein Interesse daran, zu wissen, wer dieser Unternehmer ist. Sollte man etwa bürgerlichen Unternehmern Gewerkschaftsgelder borgen oder hat man einem Mitglied des Bauarbeiterverbandes, der nebenbei Unternehmer ist und im letzten Geschäftsjahr allein für circa 160 000 RM. in Worte einhunderttausend Reichsmark.

Städtische Räte hatte, Gewerkschaftsgelder gepumpt? Sollte letztere guttreffen, dann können wir allen bürgerlichen Arbeitern helfen: Hinzu in den Bauarbeiterverband, unter dem Motto: „Ich rufe deine Hand, Verband, und allen finanziellen Räten lebt ihr entgegen.“ (870)

Rund um den Erdball

Kofain für USA.

Fieberhafte Suche nach dem gemeldeten Gifttransport — Neuhörter Hafen im Kriegszustand — Kofainierter Schmugglerbluff — Kriminalpolizei in Erwartung der „Europa“

Trotzdem die Pariser Polizei bereits vor Wochenfirst viele New Yorker Kollegen die Meldung zukommen ließ, daß sich zur Zeit riesige Mengen von Kofain, das aus Deutschland stammen soll, auf dem Transport nach Amerika befinden, ist es der New Yorker Kriminalpolizei nicht gelungen, auch nur die tiefste Spur von diesem geheimnisvollen Transport zu ermitteln.

Im Hafen von New York herrscht zur Zeit ein Leben, das an die aufgeregten Spionagetaugen während des Krieges erinnert. Patrouillenboote der Polizei durchqueren Tag und Nacht den Hafen und begleiten jedes eilaufende Schiff, das von Übersee kommt, bis zum Liegeplatz.

Auf dem soeben eingelaufenen Dampfer „France“ ist die Suche ohne jeden Erfolg geblieben, trotzdem man im ganzen Schiff das unterste zu oberst gesucht hat. Die Schiffe, die in den nächsten zehn Tagen New York anlaufen, werden mit denselben Vorsichtsmahzegeln behandelt werden. Nach die „Europa“, die in den nächsten Tagen in New York eintreffen wird, soll keine Ausnahmedehandlung erfolgen.

Nach der französischen Meldung soll das Kofain vor zwei Monaten in Deutschland entweder gestohlen oder aber hier heimlich hergestellt und dann von Berlin über Straßburg nach Paris transportiert worden sein.

Wohl das Rauchgut von hier aus transportiert wurde, war nicht zu ermitteln. Bisher steht nur das eine fest, daß die New Yorker Polizei, die den Transport auf der „France“ vermutete, auf einen geschickten Bluff der Schmuggler hereingefallen ist, die nämlich selbst die Aufmerksamkeit der Polizei auf diesen Dampfer gelenkt haben. Während also die Polizei ihre Nachforschungen auf die Durchsuchung dieses Schiffes konzentrierte, ist es nicht ausgeschlossen, daß zu derselben Zeit das Kofain auf anderen Schleppern an Land gebracht worden ist.

Doch es läßt hier um eine gut organisierte internationale Rauchgutschmugglerbande handeln, beweisen verschiedene Verhaftungen in Paris, London und New York. Von dem in London Verhafteten, namens Joseph Blum, steht bereits einwandfrei fest, daß er an diesem geheimnisvollen Rauchguttransport irgendwie interessiert ist. Ihm könnte nachgewiesen werden, daß er mit einem in New York verhafteten Karl Wimmer zusammengearbeitet hat, der als einer der geschicktesten Schmuggler von Rauchgütern bekannt ist. Dieser Wimmer hat nach eigener Bekündung jahrelang mit grossem Erfolg Kofain in einer Koffer geschmuggelt, auf dem er den Namen eines bekannten Amerikaners anbrachte. Bei der Zollkontrolle erstarben dann regelmäßig

die Beamten vor Erschreck und Eherbleitung und ließen ihn nach einer verhältnismäßig leichten Durchsuchung höchst passieren.

Über einmal verlich dem Kaltblütigen bei dieser „Kontrolle“ doch die Ruhe. Er wurde unsicher und nahm Reizgas. Bei dem

Verlust, am anderen Tage seinen Koffer abzuholen, wurde er dann verhaftet.

Die Namen seiner Schmugglerkollegen in Europa und Amerika, sowie die Namen der Großabnehmer verbleibt er natürlich. Die einzige Hoffnung der New Yorker Polizei ist nun der in London verhaftete Josef Blum, der sich bereits auf dem Transport nach Amerika befindet.

Zugewilligt, bis alle das Rauchgut in illegalen Handel gebracht ist, wird sich die deftigste amerikanische Bourgeoisie nach anderen Kofain- und Morphinquellen umsehen müssen. Was ihr übrigens nicht schwer fallen wird, da sie ja genügend Mittel zur Gründung des Rauchgutlagers besitzt.

„Europas“ Jungfernreise

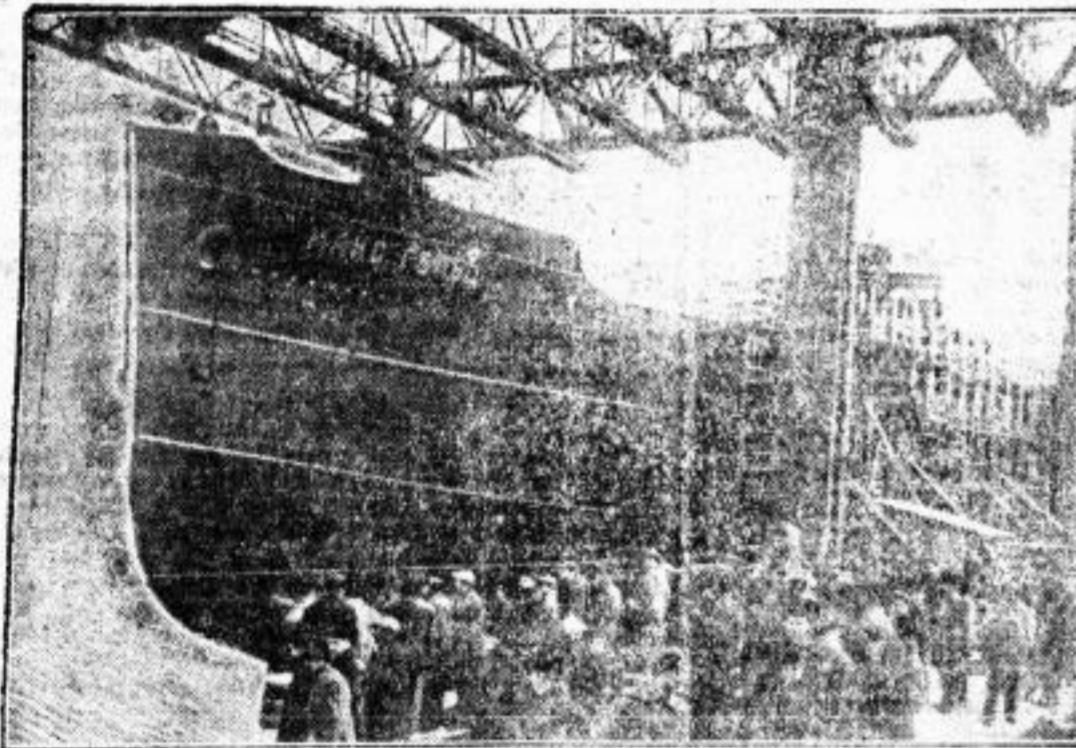
Der Schnelldampfer „Europa“ des Norddeutschen Lloyd, der zur Zeit seine erste Reise nach Amerika macht, possierte gestern auf der Fahrt von Southampton nach Cherbourg sein Schwesterschiff die „Bremen“, die von Amerika kam. Diese Begegnung wurde von den Passagieren beider Schiffe zum Anlaß einer lärmenden patriotischen Kundgebung genommen.

Hochkonjunktur im Bootsbau



Ber den Bootsbauern ist jetzt Hochkonjunktur. Vereine und Einzelpersonen, die es sich leisten können, lassen sich für den bevorstehenden Beginn der Wassersportsaisons neue Fahrzeuge anfertigen, oder die alten umbauen und aufrüsten. Unser Bild zeigt die Bootsbauer bei der Arbeit. Ein Rennvierer wird beplankt. Die Modellspannen werden später wieder entfernt. Auch die Ausbalancierung des Rennbootes muß bei der Bauarbeit genauso berücksichtigt werden.

Sowjetdampfer „Max Hölz“



Auf der Leningrader Nordwerft ist das neue Küstenschiff, das den Namen unseres unerschrockenen Märkten Max Hölz trägt, der sich zurzeit auf einer Reise durch die Sowjetunion befindet, vom Stapel gelassen. So ehren die russischen Arbeiter einen proletarischen Kämpfer und erbitterten Todfeind der bürgerlichen Klasse.

Schwert und Weinrauch



Bajuvarisch-katholische Sittlichkeit

Im Februar 1929 wurde die Soz. eines Baunaubauers in Schönwald in Oberbayern gerichtlich verhört. Nach der Schenkung kamen aber Mann und Frau überein, sich nicht zu trennen. Sie leben also in aller Freundschaft weiter zusammen und haben sich inzwischen in aller Form wieder miteinander verheiratet. Da sie aber in der Zeit zwischen Scheidung und neuer Heiratung als mauretanische Leute zusammengelebt haben, erhalten sie von einer bayrischen Polizeiabteilung einen Prozeß an den Hals gehängt. Die bajuvarisch-katholischen Sittlichkeitsräuber brauchen es natürlich jetzt, um Bauerleiter und seine Frau wegen „Konkubinats“ zu bestrafen.

Zu welcher Höhe dieses „Sittlichkeitsoverbrechen“ geahndet wurde, verrät leider die bayerische Zeitung, aus der wir diese Ungehörlichkeit entnehmen, nicht. Immerhin: Ob leicht, ob schwer verhakt, tut hier nichts zur Sache! Das Standgericht ist, daß sich heute noch im wölfsten Jahre der glorreichen deutschen Republik derartig mittelalterlich Reaktionäres ereignen kann.

Wahrsch, liebliche Auslöser eröffnen sich für den Fall, daß es diesen kommenden Feiertagen gelingen sollte, die Welt nach ihrem Rezept zu beherrschen.

Der Osnabrücker Justizskandal

Tron erwiesener Unschuld zwei Jahre Gefängnis für Dieblingen

Im Wiederaufnahmeverfahren des Mordprozesses gegen den Richter von Dieblingen kam das Osnabrücker Schwurgericht zu dem Urteil, daß das gegen den Angeklagten gefällte Todesurteil zwar aufgehoben, er dafür aber wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu verurteilen sei.

Dieses empörte Urteil trat zustande, trotzdem sämtliche Sachverständigen für den Angeklagten günstige Gutachten abgegeben hatten. Nur um seine eigene Plomage nicht eingestehen zu müssen, ward das Gericht die Plombe, auch jetzt noch dem Angeklagten, der nach wie vor eine offizielle Unschuld beteuert, die fahrlässige Schuld an dem Tode der Emma hohen aufzubürden.

Trotzdem blieb unrichtige Urteil am Donnerstag in später Nachstunde gefällt wurde, hatte sich vor dem Gerichtsgebäude eine Menschenmenge angesammelt, die ihre Empörung über diesen neuen Schandstreich der Klassenjustiz erregt zum Ausdruck brachte. Polizei erschien und hielt die Protestierenden mit brutalen Gummiknüppelchen auseinander.

Drei Kinder verbrannt

In Tron im amerikanischen Staat Oklahoma wurde durch einen Brand die Schule vollkommen eingehäuft. Dabei sind drei Kinder den Tod in den Flammen. Nur mit knapper Not gelang es, 80 weitere Kinder zu retten.

Arbeitslosenragödie in Remscheid

In seiner Wohnung in der Düsseldorfer Straße stand man den Arbeiter Fichtner mit schweren Halsverletzungen auf, während sich seine Frau auf der Polizeiwache mit durchtrennten Pulsadern meldete. Anfolge des starken Blutverlustes ist sie noch nicht vernichtungsfähig. Aller Wahrscheinlichkeit nach sind Menschen, die infolge der langen Arbeitslosigkeit des Mannes entstanden sind, der Grund zu der Bluttat.

Warum Arbeiter-Sender? Weil auch gegen den bürgerlichen Rundfunk gekämpft werden muß
Daraum heraus mit den bürgerlichen Rundfunkzentren!

Neuerscheinung! Arbeiter-Sender

Jeden Freitag erscheint

Der „Arbeiter-Sender“ enthält das gesamte Berliner und Amlandsprogramm, ist reichhaltig illustriert. — Mitarbeit prominenter Techniker zum Basteln, Anleitung zur Beseitigung von Siderungen. Mitarbeit von Arbeiter-Radio-Bund. — Unterlagen im Arbeiter-Radio-Bund.
AUS DEM INHALT: Rückblick auf zwei Tagungen — Kritische Programmvorlesung: Flucht vor der Wirklichkeit / Ansatz Republikaner-Partei / Roswitha-Peter — Wo bleiben unsere Funkabonnenten? Das Wunder der Reichspost — Gertrud Morgen-Wöllein: Wohnungs- und Küchengeschichte im Rundfunk — Wie ein Lexus-Schiff gesichert wird — Die Stimme des werktäglichen Hörens: Handfrauen-, Arbeiter- und Angestelltenzuschriften — Ein billiger Zwei-Röhren-Netzempfänger — Wirkungsweise der Dreielektronenröhren — Der Kurzwellenempfänger des Arbeiteramateurs — Albert Holzapf: Jack und sein Jimmys.
zu bestellen bei dem Verleger Arthur Müller Berlin N 54, Grenadierstr. 45. — Preis 25 Pf. Durch die Post zu bestellen im Abonnement 80 Pf. Außerdem erhältlich bei allen Spediteuren und Austrägern unserer Zeitung sowie bei allen Literatur-Kolporteurs.

Bestellschein

Ich bitte um laufende Zustellung des

Arbeiter-Sender

durch die Botenfrau zum Preis von 25 Pf. pro Nummer.

Name und Adresse



Jeder Arbeiter nimmt eine Verteidigungsmarke!

Brief aus den Käfigen der Trubelbourgeoisie

Heraus mit den proletarisch-politischen Gefangenen! Gedenktag am 18. März der Opfer des proletarischen Klassenkampfes!

Genosse Ludwig Kaiser schreibt aus Gollnow:

... Ich verfolge mit großem Interesse die lebhafte Steigerung der von Euch durchgeföhrten Amnestiekampagne. Besonders im Interesse derjenigen Genossen, die -- wie hier bei uns Karl Peters -- hinter Zuchthausmauern sitzen, und deren Lage eine unvergleichlich schrecklichere ist als die unsere, hoffe ich, daß die Massenbewegung der Arbeiterschaft für die Amnestie von Erfolg begleitet sein möge.

Wir hatten heute Gelegenheit gehabt, mit Genosse Karl Peters, der bekanntlich zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt ist, zu sprechen. Genossen, wer gesehen hat, mit welcher Schärfe dieser aufrechte Klassenkämpfer den Augenblick erwartet, wo er wieder im Rhythmus des Klassenkampfes stehen kann, der wird seine Arbeit im Kampf um die Befreiung der politischen Gefangenen verdoppelt haben.

Nicht um meinest wegen, die nur verhältnismäßig kurze Zeit mit Geduld zu tragen, sondern um vieler Opfer einer verteidigten Klassenjustiz willen, die schon seit Jahren schändlich besiegt sind, und die noch Jahrzehnte dieses entsetzlichen Vergräbeneins vor sich haben, um dieser Klassenkämpfer willigen bitte ich Euch, nicht zu erlauben, den letzten Proletarier aufzurütteln, damit diese Helden ihrer Klasse endlich wieder genommen werden. Mit diesem Wunsch und den herzlichsten revolutionären Grüßen klicke ich mein heutiges Schreiben. Ludwig Kaiser."

Ungeheures Anwachsen der politischen Prozesse

steigerte die Ausgaben der Roten Hilfe für Rechtschutz. Allein in den Monaten Juli, August, September 1929 waren mehr Rechtschutzfälle als im ganzen Jahre 1928! Das neue Zuchthausgesetz wird an die RH für Rechtshilfe noch verzehnfachte Anforderungen stellen.

Stärkt den Verteidigungsfonds der RHD!

Marxistische Arbeiterschule Dresden

24. 3 20 Uhr	Strafrecht Rechtsanwaltspraxis	Büro der SAW, Döppig 18
25. 3 20 Uhr	Umwelt-Mair, Probleme Gesellschaftsstrukturen	Weisse Schleife, Joh.-Georg-Ufer
26. 3. 20 Uhr	Mariannus Bau und Börsen	Weisse Schleife, Windelnmannstr.

Anfragen, Schulberatung und Anmeldung in Buchhandlung Weimarstraße 21 (Literaturabteilung) sowie bei den techn. Kurzstudiengängen während der Dauer der einzelnen Kurse

Funktionäre

der Arbeiter-Organisationen finden alljährlich Dauerbeschäftigung bei hohem Verdienst ab.

Werber

für die größten proletarischen Zeitungen
Annonsen-GmbH, Berlin SW 48, Friedrichstr. 27, I

Bewerbungen sind zu richten an Herrn Carl Dahl, Freital-Deuben, Restaurant „Stadt Freit“ / Mündl. Befragung dortselbst ab 8 Uhr abends

Arie
Kluge Frauen
gassen preiswert

+ Bumm +
Handtuch, Leibbinden
Gummistrümpfe

Kleiderwaren, waschende
Waschsalben, Unisize
die Frauen-Spüler
Muttersalben
Klyses, Duschen
die Frauen-Artikel

Postplatz
Fiale: Wallstr. 4
Fache, Frauensiedlungen
Maschine für Fäden
Gummi-Freiesleben

büllig
FELLE
für Bezaubernde Peter
Schäferleiter Nr. 42

Hutblumen
immer nur von
Hesse, Schaffhausenstr. 12, II.
bis IV. Etage

Ringzuckerhaus voll dieses
für alle 100 Ausweise

**Käse, Butter, Milch,
und Quark; diese
vier machen stark!**

Bettfedern
Dr. Jähnig, gut verziert
Preis je Kilo 800,- bis 1000,-
die alten Preise ab 800,-
neue Preise ab 450,-

verkauft
Ullmann
Kötzenhoden-Händler
Am Bahnhof
Gassebandung u. Mühlenstr.
Fahrgeld wird vergütet

ANZEIGEN
dauen das Werkhof
jetzt eröffnet in der
ARBEITERSTIMME

JUSIUS SCHUSTER
Molkereiprodukte
Heidenau
Bahnhofstraße Nr. 63

Der Frühling kommt Macht alles fein!



Lasst diese drei die Helfer sein!

Persil IMI Ato zum Frühlings-Hausputz!

Bettfedern-Reinigung mit elektr. Betrieb (hygienisch)

Marie Steiner
Metzen, Blossenweg 2

Günstige
Kaufgelegenheit
in
Leib-, Tisch-
und
Bettwäsche

Während des Umbaus
10% Rabatt

Ernst Venus

Dresden-A., Annenstraße 28

Kohlen - Beckert

+ Pirna, Nikolaistraße 4
über der Knabenstube
liefern sämtl. Heizmaterial

Deutscher Krug
Neidenau, Bismarckstr. 14

Jäpelts Restaurant
Heim der Arbeiter-Sportler
Hermann Jäpel u. Frau, Pirna

Heinrich Schuster
Neudorf, Seestraße 10
STRUMPF-UND
WOLLWÄLZEN

Dutschkes Kaufhaus
Neudorf, Hauptstraße — Rosenstraße
Autohaltestelle — Tel. 9895

+ Kreuz-Apotheke +
Neudorf, Hauptstraße

ADOLF SCHUSTER
Neudorf, Albertstraße 32

Spezialhaus für Herren-, Damen- und
Kinderverkleidung / Anfertigung nach
Maß / Großes modernes Stockwerk
Dankbar niedrigste Preise

Schokoladenhaus Hommel
Neudorf, Seite Blaum- und Rosenthalstr.
hat den reinsten Kaffee

Artur Boruvka

staatlich geprüfter Dentist in
Brockwitz, Dresdner Str. 40c
hält seine Sprechstunden wie folgt:

Täglich von 9 bis 12 und 1/2 bis 6 Uhr
außer Montags nachm. u. Donnerstags vorm.

Sonnabends nachm. u. Sonntags unbestimmt

Achtung! Bischofswarda Achtung!

I. Stiftungsfest

der Freien Spielvereinigung
am Sonnabend, dem 22. März 1930, pünktlich
18 Uhr, im Gasthof „Zum Neuen Anbau“

Parole: „Strohhut“

Stimmung / Prima Kapelle / Humor



STOEWER
KLINIK-SCHREIBMASCHINE
FÜR GESELLSCHAFTS- U. PRIVATKORRESPONDENZ

Universitätsliche Medizinische
Georg-Kurth, Dresden-III
Große Zwingerstraße 10

Wochen-Spielplan der Dresdner Theater vom 24. bis 30. März

mit aufgeteilten Nummern der Dresdner Volksbühne

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend	Sonntag
Opernhaus	19.30 Uhr Orpheus in der Unterwelt VB.: 6495-6509	19 Uhr Tannhäuser	19 Uhr Die Hochzeit des Figaro	19.30 Uhr Der Wildschütz V.B.: 2961-3033	19.30 Uhr Ein Maskenball V.B.: 3034-3113	19.30 Uhr Schwanda, der Dudelsackspieler V.B.: 3114-3188	18 Uhr Lohengrin V.B.: 3189-3234
Schauspielhaus	19.30 Uhr Nioche VB.: 4800-4451	19.30 Uhr Julius Cäsar VB.: 4482-4518	19.30 Uhr Nioche VB.: 4519-4551	19.30 Uhr Katharina Knie VB.: 4582-5087	19.30 Uhr Nioche VB.: 4582-5087	19.30 Uhr Die schwarze Maske Elga V.B.: 5082-5196	19.30 Uhr Katharina Knie V.B.: 5082-5196
Albert-Theater	20 Uhr Der Widerspenstigen Zähmung	20 Uhr Der kleine Napoleon	20 Uhr Der unheimliche Mönch	20 Uhr Fräulein Frau	20 Uhr Wegen Generalprobe zu Menschen im Hotel geschlossen	20 Uhr Menschen im Hotel	20 Uhr Menschen im Hotel
Komödie	20.15 Uhr Rasende Reporter VB.: 3801-3800	20.15 Uhr Rasende Reporter VB.: 3801-3800	20.15 Uhr Rasende Reporter VB.: 3781-3800	20.15 Uhr Rasende Reporter VB.: 3881-3840	20.15 Uhr Rasende Reporter VB.: 3881-3840	20.15 Uhr Rasende Reporter VB.: 3881-3840	20.15 Uhr Rasende Reporter VB.: 3881-3840
Residenz-Theater	20 Uhr Die Herzogin von Chicago VB.: 98-147	20 Uhr Die Herzogin von Chicago VB.: 148-197	20 Uhr Die Herzogin von Chicago VB.: 198-247	20 Uhr Die Herzogin von Chicago VB.: 248-297	20 Uhr Die Herzogin von Chicago VB.: 348-397	20 Uhr Die Herzogin von Chicago VB.: 348-397	20 Uhr Die Herzogin von Chicago VB.: 348-397
Central-Theater	20 Uhr Das Land des Lächelns VB.: 5494-5520	20 Uhr Das Land des Lächelns VB.: 5527-5560	20 Uhr Das Land des Lächelns VB.: 5561-5600	20 Uhr Das Land des Lächelns VB.: 5604-5626	20 Uhr Das Land des Lächelns VB.: 5627-5660	20 Uhr Das Land des Lächelns VB.: 5661-5680	20 Uhr Das Land des Lächelns VB.: 5661-5680

im Bürgergarten Dresden-Löbtau

Montag, den 24. März: Dokument von Shanghai

Dienstag, den 25. März: Brand in Kasan

Mittwoch, den 26. März: Die Todeskarre

Donnerstag, den 27. März: Ein Sohn der Berge

Eintritt 60 Pfennig, Erwerbslose 30 Pfennig / Eintritt 10 Uhr / A.

Filmabende

Der sächsische Hungeretat für 1930 und die Gemeinden

Wie Bünker „sparen“ will

Wir entnehmen dem „Kommunallistischen Gemeindevertreter“, herausgegeben vom Landesverband der KPD Sachsen, nachstehende Ausführungen:

Die Regierung auf Abbruch, die in Sachsen bis zum endgültigen Abschluss des Kuhhandels um die Beliebung der Militärschule in der zukünftigen sozialföderalistisch-bürgerlichen Koalitionsgouvernierung die Gescheite führt, hat dem Landtag den Etat für 1930 vorgelegt. In diesem Etat sind die Beziehungen der Industriellen Welt für Punkte eingearbeitet. Die Bünkerregierung hat den Untergang, vor ihrem Tode ihren Auftraggebern einen balancierenden, d. h. in Einnahme und Ausgabe ausgeglichenen Etat vorzulegen. Diese Regierung des Hungers, die durch die Herren Bünker und Weber manstelang mit ihrem Willen zum „Sparen“ Reklame macht, zeigt ihrem Auftraggeber, daß die Verpflichtungen zu halten verkehrt. Sie legt einen eigentlich verfügbaren Etat vor. Schön die Lauerzeitigkeit zeigt den Auto. Es soll dadurch angeblich Zeit und Aufwand gespart werden. In Wirklichkeit ist es die Durchführung eines Teiles der Verwaltungsreform, nämlich die Einführung zweijähriger Etappperioden, wie sie von den Industriellen gefordert wird auf saltem Wege. Mit dieser Verkürzung, bei der sie keinen vollständigen Etat, sondern nur die gegenüber dem Vorjahr ergebenen Verhältnisse zur Genehmigung vorlegt, erleichtert sie sich die Durchführung ihrer sozialrevolutionären Pläne. So hat sie das Muster sozialrevolutionärer Vorschläge für 1930 vorgelegt.

Die folgende Kostüle zur Gesamtbewegung und zentralen Ausschöpfung der Sozialpolitik in den Staats der letzten Jahre werden in diesem Etat gesteigert. Er übertrifft in seiner realisierten Gestaltung alle seine Vorgänger der Nachkriegsperiode. Die Liebesgabenpolitik an die Bourgeoisie, die Steigerung der Massenbelastung, die Drosselung der sozialen Ausgaben haben Massmaß erreicht, die von der Arbeiterschaft nicht willkürlich hingenommen werden können.

Youngplan über Sachsen

Der Angriff, den die Bünker-Regierung mit diesem Etat auf die Lebenshaltung der Werktätigen führt, ist ein Teil des von der Bourgeoisie zur Abmilderung des sich aus dem Youngplan ergebenden Drucks geführten Generalangriffs. Es ist die Erhöhung der von der Trustbourgeoisie mittels Rationalisierung und Unterwerfung in den Betrieben gegen die Arbeiter geführten Diktaturen und verschärfend diese. Wenn die Bourgeoisie, um den Rahmenziel an den Verhältnissen herabzugehen, die Rationalisierung verzögert und die Unterwerfungshöhe herabsetzt, wenn diese zum direkten Angriff auf die durch diese Methoden in ihrem realen Wert gesunkenen Lohnsätze übergeht, Betriebe lädt und Hunderttausende von Arbeiterinnen auf Straßenspaziergänge mit, dann sind die Ergebnisausfälle der Bourgeoisie vorhersehbar; deshalb trog Reagender Arbeitskreis außer: „Abbau der Sozialausgaben.“

Die Sozialausgaben sollen auf diese Weise gezwungen werden, sich dazu Unternehmer zu jedem Preis anzupinzen, womit das Ziel der Bourgeoisie erreicht sein würde.

Die Bünker-Regierung kennt ihre Aufgaben und handelt korrekt. So sind gegenüber dem Haushaltsposten 1929 die Gesamtausgaben des öffentlichen Haushaltsposten für 1930 von 434 828 640 RM auf 14 642 984 RM auf 420 285 600 RM, die gesamten Ausgaben des Haushaltsposten der Zuläufe von 419 513 840 RM um 13 226 600 RM auf 408 286 740 RM, und der Gesamtaufschuß des Haushaltsposten der Zuläufe von 300 826 480 RM um 17 746 120 RM auf 283 178 360 RM herabgesetzt worden.

Als Maßstab für die sozialen Drosselungen muß die letzte Summe genommen werden. Die Herabsetzung der Zuläufe um 17 746 120 RM läßt allein den Grad dieser Drosselungen noch nicht erkennen. Diese Herabsetzung erfolgt nämlich bei gleichzeitiger Steigerung der Zuläufe auf anderen, nicht in die Sozialausgaben hineinfallenden Gebieten. So stieg u. a. die Zuläufe für die Staatschulden um 4 240 000 RM, der Bedarf zur Tilgung der Aufnahmeschulden um 910 000 RM; weiter wurde 1 000 000 RM zur Tilgung der schwedischen Schulden des Staates eingestellt, und außerdem sind die persönlichen Ausgaben für

die Beamtenbefördlung

folgende Herabsetzung des bürokratischen Apparates um 1 300 000 RM gestiegen. Diese Summe, insgesamt 7 466 000 RM, muß einzugerechnet werden.

Die Gesamtsumme der Einsparungen ist nicht nur durch Streichungen und Kürzungen, sondern auch durch Steigerung der Einnahmen in den betreffenden Kapiteln erreicht worden. Diese Steigerungen sind in ihrer Wirkung brutalen, die man sich vorstellen kann. Sie offenbaren den ganzen sozialrevolutionären Kurs dieser Regierung.

So sind beispielsmässig die Einnahmen im Kapitel 38, Wohlfahrtspflege, herabgesetzt worden von 650 000 RM auf rund eine Million RM, das ist um 35 Prozent. Dieses Mehr soll durch weitere Handhabung der Rückerstattungspflicht herabgesetzt werden. Weiter sind in den Frauenkliniken, den Heil- und Pflegestalten und den Universitätskliniken die Belegschaftsbeteiligungen für die Kosten erhöht worden. Diese Erhöhung soll bei den Frauenkliniken allein rund 700 000 RM, und bei den Heil- und Pflegestalten 600 000 RM für den Staatsfonds einbringen.

Mit brutalem Janusmus eröffnet der Finanzminister Weber (Wirtschaftspartei) in seinen allgemeinen Erläuterungen zum Haushaltsposten, Seite 2/3:

„Nebenbei ist es im Hinblick auf das Budget der Sozialfunktionen verkehrt (v. l.) und auch notwendig erüben, die Belegschaften bei den Frauenkliniken, den Heil- und Pflegestalten, sowie den Universitätskliniken um kleine Beträge (für die Zulage des Ministers, der 30 000 RM Jahresgehalt erhält — d. Red.) zu erhöhen.“

Zuerst ist eine 18prozentige Erhöhung förmlicher Gehälter vorgesehen. Herr Weber legt zur Begründung in herkömmlichen Erörterungen:

„Endlich hat sich die Regierung, unter Zurückstellung einer ähnlichen Bebenheit, dazu entschließen müssen, auf die Dauer eines, als Notjahr (Wienieß gibt's denn da und für wen? — d. Red.) vorausgehenden Jahres, die Erhöhung eines Zuschlags von 15 % h. zu dem Gehältern vorzusehen, die nach dem Bevölkerungsfortschreiten und dem ökonomischen Geist über die Gehaltsosten erhoben werden.“ Daraus lassen 3 267 120 RM mehr einfommen.

Durch „Sparung“ (Wie vorlängig! — d. Red.) des Zwangsabonnements in der Presse, daß den Beamten „freigestellt“ werden soll, bis zum 68. Lebensjahr im Dienste zu verbleiben,

will sie weitere Einsparungen machen. Diese Maßnahme möglicht die Regierung notzulängen in einem Moment, da hunderttausende in Sachsen ohne jede Einkommensmöglichkeit ein formelles Dasein fristen müssen.

Ein weiterer Angriff wird geübt gegen die Lehrer an den Volksschulen. Dieser soll im ersten Jahre ihrer Tätigkeit das Gehalt, der gleichbleibende Arbeitseinsatz, um 30 Prozent, d. h. um die Hälfte gefügt werden.

Während sie hier abbaut, hat sie bei der Jung und bei den staatlichen Aufsichtsorganen über die Gemeinden perfekt lehrlinge aufgebaut. Diese Kapitel erfreuen sich der besonderen Fürsorge Bünkers, und es doch die Organe zur Sicherhaltung der Arbeiterschaft. So wurden mehr eingesetzt bei der Polizei 97 Beamte, bei der Post 24 Angestellte, den Kreis- und Amtshauptmannschaften 14 Angestellte. Zur Sicherhaltung der Puffstabschaft legt sie im außerordentlichen Etat 78 890 RM neu ein. Für die Stadtkasernen ist der Zulauf ebenfalls wieder um mehrere Hunderttausend gestiegen.

Spitzenleistung steuerlicher Massenbelastung

Auf dem Gebiet der kommunalen Belastung der Massen werden Spitzenleistungen erreicht. So erhält Sachsen vom Reich als Anteil an den

Einführungsteuer	111 410 000 RM
Körperhaftsteuer	16 930 000
Haushaltsteuer	12 900 000
Kreisfahrzeugsteuer und Kennzeichensteuer zusammen	8 275 000
gleich 250 000 RM mehr als im Jahre 1929	

Bei eigenen Landessteuern sind eingespart aus der

	gegenüber 1929 mehr
Grundsteuer	30 600 000 RM
Gewerbesteuer	21 500 000

Steuer vom Gewerbebetrieb

im Mühlenbetrieb	450 000	100 000
Schlachtfesteuer	18 000 000 RM	2 500 000 RM
Stempfsteuer	6 000 000	
Wietzsteuer	40 000 000	1 000 000

Die sonstigen Einnahmen sind in die Höhe geschraubt. So sollen die Zugungen des Staatsobermägents und der Staatskanzlei gegenüber 1929 ein Mehr erbringen von 3 839 940 RM, darunter:

das Elterbed	30 000 RM
die sozialen Rentenversicherungen	625 000
die Landeslotterie	1 216 440
die Posten	428 000

die wiederaufgestellten Betriebe 61 400 die allgemeine Kostenverminderung 1 257 000 und so weiter.

Diese Landessteuern sind durchweg massenbelastende Steuern. Sachsen ist das einzige Land, in dem die Schlachtfeste erfüllt. Diese belastet noch amlich Augaben, jedes Pfund Fleisch mit 3½ Pf.

Es ist ein beispiellos Witz der Geschichte, daß ausgerechnet der Staat, der ein Mitglied der Wirtschaftspartei zum Finanzminister hat, in seinem Programm die Hochsetzung nach Abschaffung dieser Steuer enthalten ist, von Jahr zu Jahr steigende Erträge aus dieser Steuer herauszuholen.

Sehr missverständlich wäre eine Feststellung, welche Zugungen durch die gelegentlich auf dem Verordnungsweg erlaubte Stundung der Wietzsteuer den Haushaltsgern gelockt werden. Darüber schweigt sich Herr Weber aus. Sicher dürften 4½ Millionen RM nicht in hoch begriffen sein. An den Abbau dieser Gelände denkt Herr Weber nicht. Seine Freunde, die Haushaltsgern, sind nach seiner Meinung sicher entzückt als in mancher langjährig Erwartete, dem durch die Streitungen in diesem Etat die leichten Hoffnungen zertrümmert werden.

Alle diese Maßnahmen übertrifft die Bünkerregierung durch ihre rigorosen Streichungen bei den sozialen Posten, welche bei dem Kapitel Volksschule.

Abbau des Sozialstaats

Unbekannt war die möglich machende Art, als so überhaupt keine Erwerbstätigkeit und Hilfsbedürftigkeit unter den breiten Massen bestünde. Streift sie diese Ausgaben zusammen, hier fallen ihrer Spurwut zum Opfer: die Schwangerenbelohnung für erwerbstätige Frauen, die sie um 50 Prozent, also um die Hälfte, herabsetzt. Titel 3a betrifft einmalige Sonderzuläufe und Darlehen an Bezirkshilfsverbände zur Belebung des durch die allgemeine Wirtschaftskrise verursachten Arbeitsmarktes, ist von 800 000 RM auf 300 000 RM, das ist mehr als 60 Prozent, herabgesetzt. Die Staatsbeiträge für Aufgaben der Wohlfahrtspflege an die Bezirkshilfsverbände sind von 1 847 600 auf 1 007 500 RM, das sind 250 000 RM weniger, herabgesetzt. Ferner sind die Zuläufe herabgesetzt bei den

Arbeitskliniken	um 1 304 800 RM
Heil- und Pflegestalten	um 588 200
Landesgegenstandsamt	um 15 500
Aufzulagen für öffentliche Gesundheitspflege	um 47 870
Arbeitsmessen und Arbeiter	um 17 100
Reichsversicherung und Rentenversorgung	um 87 000
Erziehungsaufgaben	um 366 700
Landesfürsorgeverband und Wohlfahrtspflege	um 1 025 000
Heils- und Berufsschulen	um 625 000

Gerede toll sind die Einsparungen an den Ausgaben, die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge angeprochen werden fanden und deren Ausbau für die Gemeinden in der gegenwärtigen Periode zu einer Lebensnotwendigkeit wird.

So hab die Ausgaben im Kapitel 38 für Unterhaltung der Straßen und Brücken herabgesetzt von 12 700 000 RM im Jahre 1929 auf 8 700 000 RM, das sind 4 Millionen RM weniger.

In einer Tenthilfe waren für dieses Jahr für diesen Zweck 24 Millionen RM für unumgänglich notwendig gehalten worden. Die Regierung erlässt dazu in ihren Erklärungen.

Die Finanzlage verbietet es, die in der Tenthilfe für das Rechnungsjahr 1930 vorgelegten Mittel in Höhe von 24 Millionen RM aufzumachen. Es bleibt daher nichts, an dem übrig, als die weitere Verbilligung des Straßennetzes auf eine längere Reihe von Jahren zu erfordern und sich im Rechnungsjahr 1930 darauf zu beziehen, nur das für die Straßen aufzumachen, was unbedingt notwendig ist, um einen neuen Verfall zu verhindern...

Diese Stellungnahme bedeutet partiale Belastung der Gemeinden, die niemals daran denken können, die ihm verliehenen Stufen loszuwerden und deren Ausgaben für die Insel der Strafenunterhaltung damit geprägt werden. Sie bedeutet aber gleichzeitig Verhöhung der Erwerbslosen in den Gemeinden, für die nach der Auflösung des Wohnungsbauens in den Gemeinden jede Hoffnung, Rettungsarbeit zu erhalten, schwimmt.

Der Abbau der sozialen Ausgaben, wie der bei den Schulen bedeutet starke Belastung der Gemeinden. Bei den Schulen sind gerade die Bezirke für notwendige Bauten und benötigte Verbesserungen an die Schulgemeinden der Sparsatz zum Opfer gefallen.

Trotzdem hat die Bünkerregierung den Mut, in den Erklärungen zu behaupten, daß bei der Senkung der Ausgaben grundsätzlich vermieden werden sei, eine Gleichsetzung der Finanzlage des Staates durch eine Verbilligung von Ausgaben auf andere Träger herzuführen. Auf der selben Seite macht er aber Vorschläge, die das Ziel haben, den Gemeinden noch weitere Ausgaben zu überwälzen und auf diesem Wege soziale Ausgaben abzubauen. Es heißt dort:

Weiter schlägt die Regierung zur Vermeidung der hohen Steigung der Ausgaben bei Kapitel 38, Titel 2 (Unterstützung Hilfsbedürftiger), die dem Landesfürsorgeverband zur Last fallen) eine Änderung des Wohlfahrtsgeleis und des Gefechts über die Verwaltungsfreigabe vor.

Bor schweren Auseinandersetzungen in den Gemeinden

Das alles zeigt, daß der Kurs in den Gemeinden noch verdeckt werden wird. In den Gemeindeparlamenten werden die Gemeinderatungen unter dem Druck der Sparwut der Bünkerregierung stattfinden. Bei den Gemeinderatungen in den Gemeinden ist der Kampf aufzunehmen gegen die sozialrevolutionären Pläne und Absichten des Finanzkapitals, deren Brautstift die Bünkerregierung eben ist, wie die Hermann-Müller-Regierung im Reich und wie es die kommende sozialrevolutionäre-bürgerliche Koalitionsregierung in Sachsen sein wird.

Die sozialföderalistische Kommunalverwaltung und ihre Bürgermeister sind in den Gemeinden viel zu gern bereit, den Kurs, den Bünker für Sachsen führt, in den Gemeinden zur Anwendung zu bringen. Sozialföderalistische Bürgermeister sind hier genau so lästige Amtsinhaber wie die national-faschistischen Minister, und in der Durchführung der Sparmaßnahmen noch rücksichtloser als diese.

Die kommunalpolitischen Gemeindeneinrichtungen müssen vor dem Druck der weitsichtigen Mollen den Kläffendruck des Bünkerregierung aufzugeben und ihre Zusammenhänge feststellen. Den Trägern der Kläffendruck der Bourgeoisie und ihrer sozialföderalistischen Handlanger im Staat und Gemeinde gilt der ideale und rücksichtlose Kampf. Organisiert den sozialparlamentarischen Kampf gegen reelle Vereidigung und Ausbeutung der breiten Massen!



Um das Ausnahmegesetz gegen die österreichische Arbeiterschaft

Der Kampf um das „Antiterrorgesetz“ genannte Ausnahmegesetz gegen die österreichische Arbeiterschaft hat eine erneute Wendung genommen.

Die Sozialdemokraten hatten mit den bürgerlichen Parteien die Vereinbarung getroffen, daß die Wintersession des Nationalrates am 12. März geschlossen werde, so daß das „Antiterrorgesetz“ erst in der Frühjahrstagung vor die Vollzügung des Staates gelangen würde. Inzwischen dachten sie die Arbeiterschaft auf den Unfall vorsichtig vorzubereiten und hofften, mit den christlichen und deutschösterländischen Gewerkschaften zu irgend einem Abkommen zu gelangen.

Die sozialdemokratische „Arbeiterzeitung“ hält ihr Urteil über das Vorgehen der christlichen und völkischen Gewerkschaften in den Worten zusammen: „Sie desertieren zum Feinde! Alle diese jungen Gewerkschaften sind nicht der Feind der Massen, benötigen Arbeiterschaft, sie gehören eigentlich als gleichberechtigte Parteifreunde in einer Front mit den freien Gewerkschaften, können nur sind sie daran, zum Feind zu desertieren! Das ist der Autonomismus in der Gewerkschaftsarbeit.“

Die Sozialdemokraten waren bemüht, den eigentlichen Zweck des „Antiterrorgesetzes“, nämlich das Monopol der freien Gewerkschaften zu brechen und den Geldern alle Betriebe zu öffnen, durch eine Vereinbarung mit den Gelben aus eigenen freien Stücken durchzuführen.

Was will die Regierung, wenn sie auf das Inkrafttreten des Gesetzes im Wege eines Diktates im Nationalrat besteht? Nun kann nur sagen: Schober provoziert bewußt die Arbeiterschaft. Die Regierung will eine Kraftprobe.

Die Arbeiterschaft merkt das. Die Arbeiterschaft ist sich durchaus über das Gefahren bewußt, die ihr aus diesem Zuthauß drohen.

Die sozialistische Regierung will aber das „Antiterrorgesetz“ so wie es ist, „ohne Abänderungen und Verminderungen“, und zwar sofort. Daher haben die Regierungsparteien das Abkommen mit den Sozialdemokraten glatt gebracht, die Tagung des Nationalrats geht weiter. Zweitens haben die Vertreter der christlichen und völkischen Gewerkschaften die gemeinsame Beratung mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten gelungen.

In den Fabriken herrscht eine Erregung, wie sie selbst während des Kampfes um die fachistische Verfolgungsänderung nicht zu bemerken war. Die Regierung, die von der Kampfeszeitung der Arbeiter unterrichtet ist, hat darauf in Wien wieder die öffentlichen Gebäude unter verdeckten Polizeiabschluß gestellt, hat neuerdings auf den wichtigsten Straßen und Plätzen Doppelposten aufführen lassen. So die Polizeipatrouillen in der Stadt umher und hat sich sogar die Prozession gefestigt, die Zugänge zu den größten Fabriken mit Polizei besiegeln zu lassen.

Die Arbeiter der Fiat-Werke in Wien-Floridsdorf haben auf der Stelle mit Streik geantwortet. An die Direktion wurde die ultimative Forderung gestellt, daß sie für das sofortige Verschwinden der Polizei sorge. Das mußte auch geschehen, und so wurde die Arbeit nach kurzer Zeit wieder aufgenommen. In den anderen Fabriken ist die Stimmung ähnlich. Es kann täglich zum Ausbruch eines großen Kampfes kommen.

In einer Vertrauensmännerkonferenz der sozialdemokratischen Partei in Floridsdorf kam es zu einem Sturm gegen die Taktik der Führer. Viele Redner verlangten, daß das Antiterrorgesetz mit allen Mitteln verhindert werden müsse.

Nächste Woche will die Regierung das Ausnahmegesetz im Nationalrat durchsetzen. Und von den sozialdemokratischen Bürgern wird sie bestimmt keinen ernsthaften Widerstand finden.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftskomitees laufen in den Fabriken herum und warnen die Arbeiter vor „Unbesonnenheiten“. Sie sind bemüht — trotz aller Frustration, die sie von Schober erhalten —, auf jeden Fall ihre Zutriebserolle für den Faschismus zu spielen.

Aber ob es der Gewerkschaftsbürokratie gelingen wird, diesmal die Arbeiter zu beruhigen, ist noch gar nicht sicher. Denn das Band von allem hängt fest, daß dieses „Antiterrorgesetz“

Katholischer Priester widerlegt clerikale Lügen

Der Verweier der Diözese Minsk über die Kirche in der Sowjetunion

Minsk, 21. März (TASS). Der Verweier der Diözese Minsk-Mohilew, der katholische Priester A. M. Anglo, erklärte in einem Interview mit Pressevertretern auf die Frage, ob ihm Fälle von Verfolgungen der katholischen Geistlichkeit auf wegen Ausübung religiöser Amtshandlungen bekannt wären: Ich muß befunden, daß mir kein einziger derartiger Fall bekannt ist.

Ich kenne Fälle der Verhaftung von Priestern, die zu meinem kleinen Bedauern eine mit ihrer Würde unvereinbare, regierungsförderliche Tätigkeit, ja sogar Arbeit zu tun scheinen in fremden Staaten treiben. In diesen Fällen wurden die Schuldigen unabhängig von ihrer geistlichen Würde in gleicher Weise wie andere Bürger gemäß den Sowjetgesetzen zur Verantwortung gezogen. Darin vermag ich nicht etwa Religionsverfolgungen in der Sowjetunion zu erkennen.

Zu der Frage, ob Fälle der Verfolgung von Katholiken wegen ihres Glaubensbekenntnisses zu verzeichnen waren, erwiderte Angelo: Die römisch-katholische Kirche und ihre Gläubigen waren Verfolgungen und Unterdrückungen seitens der zaristischen Regierung ausgesetzt. Alle erinnern sich noch der Gewalttätigkeiten der zaristischen Verwaltung gegenüber Katholiken und Uniaten, die gewaltsam zum griechisch-orthodoxen Glauben bekehrt wurden.

Die Sowjetunion hat Kirche und Staat getrennt, die privilegierte Stellung der griechisch-orthodoxen Kirche aufgehoben, alle Konfessionen rechtlich gleichgestellt und ihnen durch die Verfassung Glaubensfreiheit gestattet. Aus meiner Amtszeit in verschiedenen Gebieten der

Sowjetunion und jetzt als Verweier der Diözese Minsk-Mohilew-Minsk kann ich keinen einzigen Fall anführen, der als Beweis dafür, daß die durch die Verfassung geführte Freiheit des Glaubensbekenntnisses von den Sowjetbehörden verletzt werde, ausgelegt werden könnte.

Auf die Frage, ob Fälle der gewaltsamen Schließung katholischer Kirchen durch Behörden vorliegen und ob ihm solche Fälle bekannt seien, erklärte Angelo: Die im Ausland einflussreichen Verbündeten Meldungen, die Sowjetunion schließe Kirchen, entsprechen nicht den Tatsachen. Es gab und gibt keine derartigen Fälle, sondern es kommt etwas ganz anderes vor; und zwar übergeben Gläubige aus eigener Initiative, gejagt auf das verfassungsmäßige Recht über die Gewissensfreiheit, manchmal ihre Kirchen zwangsweise Einrichtung von Kulturinstitutionen, was teilsweise als Verlegung der Religions- und Glaubensfreiheit durch Organe der Sowjetmacht ausgelegt werden kann.

Die authentischen Auskünfte eines Vertreters der russischen Kirche widerlegen schlagend die Lügenberichte, die die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen über den „Glaubenssterot“ in der Sowjetunion ausspielen. Es ist selbstverständlich, daß sich durch die Schaffung neuer Lebensformen im Verfolg des sozialistischen Aufbaus die Basis für religiöse Tätigkeit verstärkt. Die werktätigen Massen treiben kirchliche Bindungen und religiöse Hemmungen ab und werden mehr und mehr der antireligiösen Propaganda zugänglich, die der stärkste und bewußteste Teil des Proletariats der Sowjetunion betreibt.

Die weiße Bestie rast . . .

Eine neue Welle des counterrevolutionären Terrors in allen kapitalistischen Ländern

Eine neue Welle des weißen Terrors geht durch die Lande. Die revolutionäre Aufschwung auf allen Kontinenten zwingt die internationale Bourgeoisie zu einem Verzweiflungskampf gegen die weltweiten Massen. Doch trotz Verhaftungen, Folterungen und Todesurteile steht die rote Sturmfront höher und höher. Der Tag rückt näher, an dem die Todeshunde der bluttrückenden kapitalistischen „Ordnung“ schlägt.

Belgrad, 20. März. Im Belgrader Montevideo gegen jugoslawische Kommunisten wurden 16 Angeklagte zu 10 bis 1 Jahr Zwangsarbeit, insgesamt zu 65 Jahren Zwangsarbeit, verurteilt. Drei der Angeklagten nahmen an den Prozeßverhandlungen nicht teil. Sie wurden dermaßen mißhandelt, daß sie Erkrankungen in der Leidenschaft unmöglich waren. Unter anderem wurde einem der Angeklagten eine Zelle abgerissen.

mehr als alle anderen Punkte des fachistischen Programms, mehr als die Vergroßerung der Macht des Bundespräsidenten, mehr als Notverordnungrecht und Wiedereinführung der Adels- und Ständekammer, die Arbeiterschaft zum Kampfe aufzutreiben. Jeder Arbeiter merkt, wie es hier um seine unmittelbaren Interessen geht, es doch für törichte Käufe gibt, schüttelt den Kopf und lacht.

Die Regierung läuft der Bewegung in den Fabriken durch Terrormaßnahmen zuvorkommen. Die „Rote Fahne“ wird nun wieder fast täglich konfisziert. In St. Petersburg wurden am 8. März gegen eine Demonstration von einigen hundert Arbeitslosen nebst der städtischen Polizei

Warschau, 20. März. Hier wurde von der Polizei eine elfjährige (?) Schule verhaftet, wegen angeblicher Verbreitung kommunistischer Aufrufe.

Ein Jugendlicher, der einen revolutionären Aufruf an einen Jungen gerichtet hatte, wurde vom Gericht in Podz der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Jugend Polens für schuldig befunden und zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der polnische Sejm ließte den revolutionären Bauarbeiterabgeordneten Thon nach Aushebung der Immunität an die Klassejustiz aus, weil er am Schlus einer Rede „Es lebe die Sowjetunion!“ gerufen hatte.

Paris, 21. März. Wegen Pressedelikten wurden zwei kommunistische Kandidaten bei den Gemeindewahlen in St. Denis und der Geschäftsführer der „Humanité“ zu je zwei Jahren Gefängnis und 2000 Franken Geldstrafe verurteilt.

und Gendarmerie zwei Komponisten Alpenjäger aufgedeckt. In Wiener Neustadt hielt Polizei und Gendarmerie mit blanker Waffe die Arbeitslosen auseinander. In Berndorf wurden unter den Arbeitslosen Schlägereien und Verhaftungen vorgenommen. Hausdurchsuchungen bei Kommunisten sind zu einer alltäglichen Erscheinung geworden.

Dies sind natürlich keine Zeichen einer besonderen Stärke des bürgerlichen Regimes oder seiner Stabilisierung, sondern im Gegenteil, des Gefühls der Unsicherheit, von dem die Regierung gegenüber der wachsenden Revolutionierung der Arbeiterschaft beherrscht wird.

Sie schämen sich nicht vor ihren Frauen, und ihre Frauen fanden wohl auch nichts Entwürdigendes in dem Verhalten dieses Unteroffiziers. Sie gassen an ihm hoch wie Hennen.

Sophie ist halb bedrückt und meint, ich würde wohl nun nichts mehr zu lachen haben. Ich jedoch bin ganz ruhig geworden. Ich kam in den vierzehn Tagen zu dem Resultat: Man macht die Menschen zu solchen Idioten, damit ihnen später das Verbrecherische ihres Tuns nicht zum Bewußtsein kommt.

Ich begleite Sophie zum Bahnhof. Nun erst können wir ungeniert sprechen. Lotte hat einen Jungen und ist sonst gefund. Letzte hat gekriegt, er liegt in Polen im Lazarett, ist leicht verwundet. Dann packt Sophie die Liebesgaben aus. Von allen ist etwas dabei. Auch eine Aufnahme der Arbeiter und Arbeiterrinnen der Granatenfabrik; alle in Arbeitskleidung an den Maschinen. Auf einem Stapel Granaten im Hintergrund ist auf einem Papptablett unschwer zu entziffern: „Gott frage England!“ Anna läßt lagern, du sollst schreiben, wenn du Wölfe brauchst. Sie alle hoffen, dich bald auf Urlaub zu sehen. Von Klaus soll ich dir noch diesen Brief geben.“

„Ich freue mich über alles. Aber diese Freude schmerzt mich. Sophie fühlt das. „Du bist so gedrückt, Hans, ich glaube, du verriegelst mir etwas.“

„Nein, du mußt das verstehen. Hier ist alles so neu für mich. Ich kann mich so schlecht daran gewöhnen. Ich fühle mich unzert. Das wird sich aber legen.“

„Ich kann dir nicht ansehen, denn ich liege. Sie kann nicht mitteleiden, was ich erlebe, und ich kann ihr das nicht mitteilen.“

„Sie hat das „Gott frage England!“ nicht beachtet, nicht erwähnt, und kommt nur eine Sorge, daß ich mit den Urlaub in acht Tagen nicht verschwinde. Sie ist hilfsbereit, ein wertvoller Mensch, blühte auf vor Freude, als sie mich sah. Aber sie weiß sich auch mit Taschen abzufinden. Sie ist Frau, ganz Frau, lebenslustig bis zum Überqueren. Aber sie erlebt nicht mit mir die häufenden Qualen der Verfestigung. Sie sieht nicht die Doppelrolle, die ich spiele. Sie spricht mehr zu dem Soldaten, als zu dem, der in die Lumpen steht. Mir ist das alles so gleichgültig, so unbedeutend banal. Ich denke an keinen Urlaub, ich denke nicht an die Zeit, da wir verladen werden sollen an die Front, mir macht keine Sorgen, was nach der „Achtungswachtung“ am Nachmittag folgen wird. Ich denke an Klaus und Alfred.“



Copyright by Main-Verlag, Wien-Berlin.

13. Fortsetzung.

Bei dieser meiner Phantasie habe ich lange nicht erfaßt, daß sich der Soldat nicht mit solchen ästhetischen Scherzen plagen darf, soll er seinen Zweck erfüllen. Es ist eben Krieg. Und taum, daß sich der Knäuel in meinem Hirn zu entwirren scheint, verschwindet schon wieder alles.

Belagte Ehrentöchter haben nämlich blonde Knöpfe. Nachdem ich glücklich so weit bin, rein intellektuell die Notwendigkeit zu begreifen, daß ästhetische Gefühle zurückstehen müssen vor dem praktischen Zweck, lehne ich, daß ich mich in einem vorhängnisvollen Zustand befinden. Die östliche Seite kommt nämlich zu ihrem Recht.

Die ganze Stube, die ganze Kompanie ruht abends mit sonnigem Eisern die Knöpfe an den Nüssen. Morgens beim Antreten werden alle Knöpfe sorgfältig deaugapfelt, und wehe, wenn da irgendwo nicht alles glänzt. „Wir sind doch keine Schweine!“ heißt es dann.

Ich frage ein bisschen herum, was die anderen so über dies und jenes denken. Sie müssen sich doch etwas denken, wodurch sollte sonst der Eisern kommen? Einige Proletarier sind darunter, die meinen, „man macht den Stumpf an eben mit, weil es keinen Zweck hat, sich dagegen aufzulehnen“. Aber das sind ja nicht die effektiven. Da sprach ich einmal mit Weiß darüber, Maslowitsch stand daneben. Die beiden sahnen Stein mit Feuer-eiser, mußten also von einem sozialen Grund angefeuert, des geistigen! Und ein Oberlehrer ist doch eine wichtige Stütze des Geisteslebens!

Weiß guckt mich an — er weiß gerade seine Stiefel — läßt beide Hände sinken, und sagt: „Was redest du denn für Unsinn,

Bogold. Mit sind eben Soldat, was gibt's denn da noch zu fragen!“ Ganz ehrlich sagt er das, als hätte er für ein weltbewegendes Problem die lösende Formel gefunden. Maslowitsch bearbeitet seinen Stiefel auf der Bank, hält ob unteres Gespräch einen Augenblick inne und sagt, als ich gehe: „Was es doch für somatische Rätsel gibt!“, schüttelt den Kopf und lacht.

Hier kommt es wohl nur auf das körperliche an, ist die weitere Frage, die ich aufwerfe. Alles ist auf Disziplin eingestellt, alles, auch das Unvernünftige, ist nur Scheinbar unvernünftig, dient einem Zweck, dem des reibungslosen Einschuges der Kräfte. Der körperlich am besten durchgebildete Soldat ist das Ziel.

Mit säßt — nebedei bemerkst — der „Dienst“ nicht allzu schwer. Ich schreibe viel an Klaus und Alfred und an die Frauen. Diese Verbindung hält mich aufrecht. In dieser Welt lebe ich. Hier bin ich nur ein Fremdkörper. Den „Dienst“ mache ich mechanisch. Ich sehe die landhaftlich schöne Gegend, spüre die Wirkung der kalten Luft, das Essen schmeckt mir, und außerdem ist dieser Aufenthalt ja gefahrlos. Ich mache alles mit, wie ein notwendiges Nebeld.

Wir laufen um die Wette über den Exerzierplatz nach der Scheune. Weiß passt wie ein Sauggasmotor und kommt als einer der letzten angelangt. Maslowitsch läßt über seine eigenen Knöpfe. Fabian hört mittendrin „verhaupt auf zu laufen, guckt nach der Scheune hinüber wie ein französischer Eifer. Fabian ist Gefangenenausführer. An seiner guten Gesinnung ist kaum ein Zweifel.

Die körperliche Tüchtigkeit sind die Arbeiter. Man braucht sie nicht — wie Weiß — erst auf das Hinterteil zu treten, wenn sie im Liegen schläft. Man braucht sie nicht mit Wasser zu besprühen oder gar herumzuschleppen, wenn man uns tagsüber im Gelände herumgejagt hat. Der Unteroffizier braucht, wenn er durch die Front zieht, nicht erst wiederholte rufen, daß dort ein Feindwacht vorsteht, dort einer steht, als hätte er einen Stichelnachtkampf auf der Schulter unter'm Kopf.

Aber wie kommt es nun, daß diese vermanchten Figuren mit den Unteroffizieren und Feldwebeln so intim werden? Sie haben Geld! Mitunter auch das „Einhäufige“. Es dauert nicht lange, dann sind sie selbst Gefreite oder Unteroffiziere, und bringen anderen Soldatenzeugen bei.

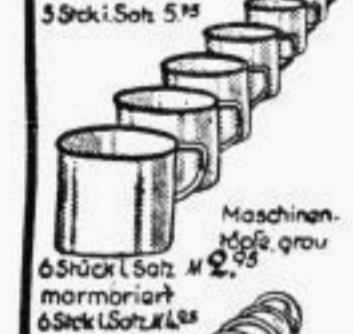
Die Soldaten im Königsstall waren es auch, die, als „Splinner“ zwischen den Ketten im Gang sichtbar wurde, hast den Tisch umrisst und ihr „Achtung!“ durch den Saal gröhnten.

Wirtschaftshofe

ein Wagen voll
Emaillewaren



Schmar.-
Köpf. grau
5 Stück im Satz M 3.25
6 Stück im Satz M 3.75
marmoriert
5 Stück/Satz 5.15



Maschinen.
Köpf. grau
6 Stück/Satz M 2.95
marmoriert
6 Stück/Satz 3.65



Dekot. grau
Q.05 Q.10 Q.15
Q.20 Q.25 Q.30
Glas bis M 0.15
marmoriert Glas
Q.05 Q.10 Q.20



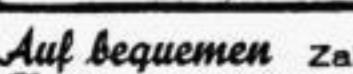
Kaffeekanne, mor.
marmoriert M 0.10
1.10 1.20 1.35



Kaffeekanne
weiß M 0.95



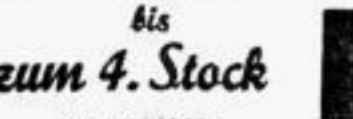
Wanne, rund, grau 36 cm
weiß 36 cm M 0.95



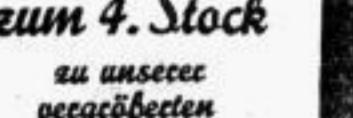
Wanne, oval, Fuß grau 36 cm 38 cm M 0.95
marmoriert M 0.85 0.90 0.95 1.00



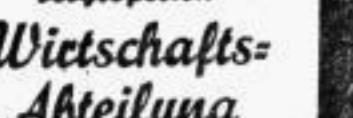
Wanne, oval m. Fuß grau 36 cm 38 cm M 0.95
marmoriert M 0.85 0.90 0.95 1.00



Müllkästen weiß m.
Deckel u. Schrift M 1.90



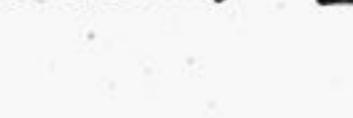
Müllkästen weiß m.
Deckel u. Schrift M 1.90



Müllkästen weiß m.
Deckel u. Schrift M 1.90



Müllkästen weiß m.
Deckel u. Schrift M 1.90



Müllkästen weiß m.
Deckel u. Schrift M 1.90



Müllkästen weiß m.
Deckel u. Schrift M 1.90



Müllkästen weiß m.
Deckel u. Schrift M 1.90



Müllkästen weiß m.
Deckel u. Schrift M 1.90



Müllkästen weiß m.
Deckel u. Schrift M 1.90



Müllkästen weiß m.
Deckel u. Schrift M 1.90



Müllkästen weiß m.
Deckel u. Schrift M 1.90



Müllkästen weiß m.
Deckel u. Schrift M 1.90

Müllkästen weiß m.
Deckel u